Nr. 334. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9.— Mk. monatl. 3.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mk., für das übrige Ausland 10.25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1.20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 3. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Amerika gegen den Friedensvertrag.

Amsterdam, 2. Juli. Der „Times" vom 28. Juni wird von ihrem New Yorker Korrespondenten gemeldet, daß der erste Absatz der Botschaft Wilsons an die Vereinigten Staaten bei der Unterzeichnung des Friedens von den republikanischen Senatoren als Verhöhnung des Senats ausgelegt worden ist und zur Folge gehabt hat, daß die vor 48 Stunden noch vollständig entzweiten Parteien sich wiederum eng aneinander geschlossen hätten. Der Appell des Präsidenten wegen Ratifikation des Vertrages und rascher Durchführung seiner Bedingungen hat genau den gegenteiligen Erfolg gehabt und nicht nur alle Elemente der Opposition, sondern auch die Mehrheit der Senatoren mit Anschluß von drei Demokraten, die bisher noch unentschlossen waren, vereinigt. Der alte Vorwurf, daß Wilson den Senat ignoriere und ihm vorschreiben wolle, was er zu tun habe, ist wieder aufgelebt. Selbst die gemäßigten republikanischen Senatoren sagen jetzt, daß der Vertrag nicht uneingeschränkt ratifiziert werden kann. Es sind alle Anzeichen für einen scharfen Kampf vorhanden.

Waffenstillstandskommission bis zur Friedensratifikation.

Spa, 2. Juli. Fortdauer der Tätigkeit der Waffenstillstandskommission bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages. General Rudant übergab der deutschen Kommission in Spa am 30. Juni folgende Note: Die internationale permanente Waffenstillstandskommission wird ihre Tätigkeit bis zur Ratifizierung fortsetzen. In beiderseitigem Interesse ist eine Verminderung des Personals wünschenswert. Die internationale permanente Waffenstillstandskommission wird von Spa verlegt. Der neue Aufenthaltsort wird in kürzester Frist festgesetzt werden. Die deutsche Waffenstillstandskommission wird zu gegebener Zeit von den Entschließungen des Marschalls verständigt werden. Es liegt in ihrem Interesse, ohne abzuwarten, sich nach Möglichkeit zu verkleinern.

Das neue Waffenbündnis der Gegner.

Ein Zeugnis gegen ihr eigenes Werk.

Der belgische „Maasbode" vom 30. Juni abends bemerkt zum französisch-amerikanischen Defensivvertrag, die neue Weltordnung, worin für politische Verträge nach der Erklärung der alliierten Staatsmänner kein Platz mehr sein sollte, würde also auf diese Weise eingeleitet. Die Alliierten hätten kaum anders von ihrem Mißtrauen gegen ihr eigenes Werk Zeugnis geben können.

Amsterdam, 2. Juli. Laut „Algemeen Handelsblad" meldet „Morning Post" zu dem zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrag, daß wenn das eine oder andere dieser Uebereinkommen nicht ratifiziert werde, die anderen von selbst ungiltig werden. Es sei ein vorläufiges Uebereinkommen, laut dessen England und Amerika eingreifen, wenn Frankreich von Deutschland angegriffen wird, aber in keiner Weise die allgemeine Politik Frankreichs unterstützen.

Vergewaltigung von 200 000 Deutschtirolern.

Ein Gewinn, an dem Italien nicht glücklich werden wird.

Amsterdam, 2. Juli. Nach englischen Blättern will Lord Bryce heute die Aufmerksamkeit des Oberhauses auf die Bestimmung im Friedensvertrag mit Oesterreich-Ungarn lenken, daß über 200 000 deutschsprechende Tiroler, Bewohner eines Gebietes, das niemals unter italienischer Herrschaft gestanden habe, dem Königreich Italien einverleibt werden.

Das Programm der Internationale in Luzern.

Amsterdam, 2. Juli. Nach dem sozialistischen „Daily Herald" trat nach Schluß der Arbeiterkonferenz in Southport, das internationale Aktionskomitee zusammen und setzte ein vorläufiges Programm für eine am 1. August in Luzern abzuhaltende vorbereitende Konferenz der Internationale fest.

Auf dem Programm stehen folgende Fragen: Untersuchung der internationalen Lage, Zulassung aller Staaten zum Völkerbund, Besprechung der neuen Satzungen der Internationale, Berufung einer Weltkonferenz zum Neuaufbau der Internationale und zur Errichtung einer internationalen sozialistischen Pressoagentur. Es wurde auch beschlossen, die Bemühungen zur Entsendung einer Abordnung nach Rußland wieder aufzunehmen; auch verlautet, daß eine Abordnung sobald wie möglich Deutschland besuchen wird.

Ueberreichung der Finanz- und Wirtschaftsbedingungen an Oesterreich.

Genf, 2. Juli. (T. U.) Der „Temps" meldet, daß die vom neuen Fünferrat genehmigten finanziellen und allgemeinen wirtschaftlichen Klauseln zu den Friedensbedingungen dem Vertreter Oesterreichs, Renner, übermittelt werden. Es dürfte aber noch eine Weile dauern, bis die komplizierten Adriafragen geregelt sein werden.

Auch die Bankbeamten Opfer kommunistischer Treibereien.

Zu dem Belastungsmaterial, das zur Verhaftung Emonts geführt hat, gehört ein Brief, den Emonts am 12. April 1919 geschrieben hat. Es ist bereits mitgeteilt worden, daß dieser Brief den schlüssigen Beweis für die kommunistische und hochverräterische Propaganda Emonts liefert. Außerordentlich bemerkenswert sind die letzten Absätze des Briefes. Sie sind ein einwandfreies Zeugnis dafür, daß **Emonts die Bankangestellten für seine besonderen politischen Zwecke schon im März d. J. mißbrauchen wollte** und daß er überhaupt die Bankangestelltenbewegung nur als Mittel zur Durchführung des von ihm für das ganze Reich geplanten Generalaufstandes benutzt hat.

In dem Brief, dessen Echtheit Emonts vor dem Richter bereits zugegeben hat, heißt es:

„Ich vermisse auch seitens der Kommunistischen Partei jegliche Unterstützung gelegentlich meiner Proklamation des Generalstreiks der Bankangestellten. Gerade bei diesem Streik müßte und muß meines Erachtens unbedingt die Gewähr vorhanden sein, die Arbeiter zu einer Aktion gegen die Regierung zu veranlassen. Die einschneidende Wirkung, die durch das stillgelegte Bankgewerbe herbeigeführt wird, brauche ich wohl nicht erst zu schildern. Um so nötiger wäre es, daß jetzt die Arbeiterschaft Berlins aufgerufen wird, um nicht wieder die im ganzen Reiche sich vollziehenden Aktionen zu vergetteln. Ich habe heute veranlaßt, daß alle größeren Bankinstitute in den Generalstreik einbezogen werden sollen. Ich bitte dringend darum, daß nun endlich auch in Berlin irgendwie eine Aktion seitens der Arbeiterschaft in die Wege geleitet wird. In der Elektrizitätsindustrie dürften die Verhältnisse mehr als reif sein."

Was wir für die Eisenbahner schon gesagt haben, daß mit ihrer Gutmütigkeit und Gutgläubigkeit ein elender verbrecherischer Mißbrauch getrieben wird, ist nun auch für die Bankbeamten aktenmäßig bewiesen. Emonts hat sich in das Vertrauen dieser Männer eingeschlichen und ihnen glauben gemacht, daß er sich für ihre wirtschaftlichen Sorgen einsetze. In Wirklichkeit war ihm das materielle Wohl derer, die sich vertrauensvoll seiner Führung anvertraut hatten, höchst gleichgültig. Er ging seinen bolschewistischen, auf den Sturz der Regierung und den Umsturz der inneren Ordnung gerichteten Zielen nach und bediente sich der ahnungslosen Bankangestellten dabei als Werkzeug. Er wußte sehr wohl die Bedeutung des Bankbetriebes für das Wirtschaftsleben einzuschätzen; erkannte die Wichtigkeit der Bankbeamtenarbeit für den ruhigen Verlauf der inneren Entwicklung. Darum hat er sich gerade diese als Mittel für die Verfolgung seiner Absichten ausgesucht.

Die Bankbeamten müssen jetzt sehen, welche Gesellen sich zu ihrer Führung gedrängt haben. Es gibt keinen Zweifel, daß sie sich davon frei machen, daß sie nicht dulden, daß sie vor fremde Interessen gespannt werden.

Es ist notwendig, daß die Verräter der wahren Interessen der Arbeiter — und in der Regel sind dies die wüstesten Hetzer — allenthalben entlarvt werden. Solcher Emonts gibt es noch viele in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

•

Zur Verhaftung Emonts. Der Angestelltenausschuß der Fettstelle Groß-Berlin (Milch) erklärt, „daß wegen der Verhaftung des Führers der Bankbeamten Emonts nur dann eine Abstimmung über den eventuellen Streik erfolgen wird, wenn einwandfrei feststeht, daß der Kollege Emonts nicht wegen **politischer**, sondern wegen **gewerkschaftlicher**, Tätigkeit verhaftet worden ist. Der gestern von dem Kollegen Heinricht (nicht Heinrich) für die Magistratsangestellten Berlins abgegebenen Erklärung stehen wir vollkommen fern". Der Vollzugsausschuß der Angestellten der Metallindustrie fordert auf das Entschiedenste die sofortige Freilassung Emonts, dessen provokatorisch wirkende Verhaftung Folgen haben könne, für die der Vollzugsausschuß eine Verantwortung ablehnt.

Beschleunigte Ratifikation des Friedens.

Durch die deutsche Friedensdelegation in Versailles ist dem französischen Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, folgende Note überreicht worden:

Herr Präsident!

Auf die Note vom 28. Juni betreffend die Aufhebung der Blockade beehre ich mich, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereit sind, sobald sie von der ordnungsmäßigen und vollständigen Ratifikation des Friedensvertrages durch das Deutsche Reich amtlich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, Anfang der nächsten Woche in der Lage zu sein, den alliierten und assoziierten Regierungen von der erfolgten Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften und von der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können.

Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Zusage einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßt hat, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimsendung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Müller.
Reichsminister des Auswärtigen.

Die Notlage Deutschlands zwingt uns, rasch zum Frieden zu kommen. Am 28. Juni haben die Vertreter Deutschlands im Spiegelsaal zu Versailles den Frieden unterschrieben. Damit war der Kriegszustand noch nicht beendet. Die Entente hat vielmehr sofort wissen lassen, daß von einer Aufhebung der Blockade oder von der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen so lange keine Rede sein könne, als nicht der Frieden ratifiziert sei. In dieser Haltung sprach sich nochmals das tiefe Mißtrauen gegen Deutschland aus, daß es die den Frieden endgültig abschließende Handlung geflissentlich hinauszögern würde, um dadurch eventuell Situationen abzuwarten, die ihm gestatten könnten, das erst unvollkommene Friedenswerk in Gefahr zu bringen.

Nun hat die deutsche Regierung durch die vorstehende Note des Ministers des Aeußeren erklärt, daß sie die Vollziehung des bereits unterschriebenen Friedens durch die gesetzgebende Körperschaft und durch den Reichspräsidenten aufs höchste beschleunigen würde. Sie will dem Kriegszustand ein Ende machen und unserem geplagten Lande endlich die Möglichkeit öffnen, die für sein Leben nötigen Verbindungen mit dem Auslande wieder herzustellen. Die Blockade, die Verkehrs- und Handelsbehinderungen, die uns durch den Krieg auferlegt worden sind, haben uns die für unser Wirtschaftsleben notwendige Atemluft abgeschnürt. Diese Fesseln müssen nun endgültig gesprengt werden. Jetzt darf es kein Zögern mehr geben, und solange der Frieden nicht völlig hergestellt ist und die aus der Kriegführung entstandenen Hemmnisse für Deutschland nicht beseitigt sind, müssen alle anderen gesetzgeberischen Aufgaben zurückstehen. Dafür spricht auch die Sorge um die endliche Heimführung unserer Kriegsgefangenen.

Wenn, wie es in der Note heißt, Deutschland schon Anfang nächster Woche den Frieden ratifizieren wird, so gibt das Zeugnis von der angestrengten Arbeit, die Deutschland in diesen Tagen für den Frieden leistet. Deutschland wird wohl als erster Staat durch die Ratifikation den Frieden vollziehen. Aber auch die anderen Mächte werden nach den bisherigen Zeitungsmeldungen in schnellstem Tempo den Schlußstrich unter den Krieg ziehen.

Wir haben in unseren früheren Artikeln zu dem schändlichen Diktat des Gewaltfriedens unsere Stellung ihm gegenüber klar gekennzeichnet. Es ist heute nicht möglich, alle Wirkungen des Friedens noch einmal aufzuzählen.

Das, was uns in dieser Stunde bei dem Gedanken des endgültigen Abschlusses des Friedens am tiefsten bewegt, ist das Schicksal unserer Brüder im Westen, im Osten und im Norden. Wenn der Frieden ratifiziert sein wird, gelten für Deutschland neue Landesgrenzen. Weite Gebiete des deutschen Reiches und darunter un-

zweifelhaft deutscher Boden werden von den Truppen fremder Herren besetzt und vom Mutterlande getrennt werden. Nicht die Erde ist es, deren Verlust uns düster stimmt! Das Glück eines Volkes hängt schließlich nicht allein von der Menge der Quadratkilometer ab, die ihm zugezählt werden. Aber die Menschen auf dieser Erde, Blut von unserem Blute, Brüder unserer Sprache und unserer Kultur, Angehörige unserer Volksfamilie, die von uns gerissen und unter fremde Herrschaft unter rückständigere Verwaltung und inferiore Kultur gepreßt werden, ohne daß sie Machtmittel zur Abwehr dagegen haben, die sind uns ein Verlust von ungeheurer Bedeutung. Ein Verlust, den wir nie verschmerzen werden.

Man mag uns unsere Schiffe nehmen, mag die Kolonien rauben, mag uns die Lüge unserer Schuld unterzeichnen lassen, mag unseren Wohlstand zertrümmern, mag uns materiell schädigen, — alles das zusammen wiegt nicht so schwer und wird viel leichter vergessen werden können als der Schrei des Blutes, der für alle Zeiten in der Geschichte lebendig bleiben wird.

Selbst in den Ländern der Entente sind die Stimmen häufig und laut, die ob der Vergewaltigung von Millionen deutscher Landeskinder und rein deutschen Gebietsteilen den Frieden nur als ein Provisorium und als latenten stillen Kriegszustand ansprechen. Die Stimme des Blutes läßt sich nicht verleugnen, und das Zeitalter der Irredenta, das noch den hochtrabenden Erklärungen Wilsons endgültig mit diesem Frieden abgeschlossen werden sollte, ist noch nicht beendet. Jeder aufmerksame Betrachter der Geschichte weiß das gefährliche Gift, das in der Irredenta, in dem kochenden Unwillen vergewaltigter und unter fremde Herrschaft gepreßter Völkerschaften lebt, als schwere Gefahr für den Frieden einzuschätzen. Bisher gab es keine deutsche Irredenta. Von der nächsten Woche ab wird sie da sein. Und alle schönen Verheißungen und aller guter Wille, Frieden und Eintracht in der Welt zu halten, werden an den stärkeren natürlichen Kräften scheitern, die in den vergewaltigten Völkerschaften und ihren Bluts- und Stammesverwandten sich aufbäumen und nach Gerechtigkeit suchen.

So sehr wir die Ratifikation des Friedens und den endlichen formellen Abschluß des Krieges wünschen, so wenig vermögen wir den Glauben an seinen Bestand zu haben. Unrecht und Gewalt vermögen nur so lange ertragen zu werden, als die Macht, auf die sie gegründet sind, zusammenhält.

Wir warten voll heißer Sehnsucht auf den Tag, an dem sie zusammenbrechen muß.

Vor dem Ende des Eisenbahnerstreiks.

Mit einer Beendigung des Eisenbahnerstreiks kann heute gerechnet werden. Zwar liegen bis zum Redaktionsschluß noch nicht die endgültigen Ergebnisse der Abstimmung in den einzelnen Betrieben vor, doch besteht kein Zweifel darüber, daß außer einigen Unentwegten die Mehrheit der Eisenbahner für die Aufnahme der Arbeit ist. Diejenigen, die ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl immer noch im Streik verharren, die — gewollt oder nicht — es darauf ankommen lassen wollen, zu Verbrechern am Proletariat zu werden, werden sich freilich auch durch die Drohung der Entlassung von ihrem Vorhaben nicht zurückschrecken lassen.

Der Vorstand der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat erklärt, daß er seinen Mitgliedern die Aufnahme der Arbeit in vollem Ausmaße empfohlen habe. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß man die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins in Frage stellen wolle. Dem widerspricht die Meldung einer Korrespondenz, daß in den Außenbezirken etwa 2000 Wagen mit Lebensmitteln stehen. Abgesehen von der Lebensmittelversorgung ist aber auch die Kohlenzufuhr in Frage gestellt, wenn die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen wird. Einige wirtschaftliche Forderungen werden noch aufrecht erhalten, insbesondere die Aufhebung der zehn Wirtschaftsklassen, statt deren jetzt nur drei eingeführt werden sollen. So sehr wir die Streiks im gegenwärtigen Moment bekämpfen müssen, so machen doch auch wir uns die Forderung zu eigen, daß den Eisenbahnarbeitern geholfen werden muß, sobald es die Staatsfinanzen wieder gestatten, wenn nicht inzwischen diese Frage durch einen allgemeinen Preisabbau für alle Lebens- und Bedarfsmittel eine Erledigung findet, die dem Volksganzen zugute kommt.

•

Rhc. Das Ergebnis der Abstimmung hat bis zum späten Abend noch nicht endgültig festgestellt werden können. Die Eisenbahnhauptwerkstätte in Potsdam beschloß mit 147 gegen 107 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit, ebenso verschiedene Dienststellen, u. a. der Hamburg-Lehrter Bahnhof, die Güterbodenarbeiter desgleichen Bahnhofs, die Nebenwerkstätte des Lehrter Bahnhofs usw. Dagegen haben für den Streik gestimmt die Werkstätten Tempelhof und Grunewald. Die Arbeiterschaft dieser Werkstätten ist jedoch von ihrer bevorstehenden Entlassung im Falle des Beharrens im Streik unterrichtet und wollte um 6 bezw. 7 Uhr nochmals eine zweite Versammlung einberufen. Die Pforten blieben jedoch geschlossen. Die Direktion macht also Ernst.

Der Fernverkehr wurde gestern aufrechterhalten, der Güterverkehr nur in geringem Umfange. Da die meisten der Güterbahnhöfe durch den Zulauf an Wagen, die nicht zur Entladung gebracht werden konnten, überfüllt sind, so können auch weitere Sendungen nicht herangeführt werden. In den Außenbezirken stehen etwa 2000 Güterwagen mit Lebensmitteln. Auch in Oberschlesien macht sich ein Mangel an Wagen bemerkbar. Die Oberpostdirektion hat den Berliner Betrieb ziemlich aufrecht erhalten können. Allerdings ist die Anzahl der von einem Auflieferer aufzugebenden Pakete auf 10 Stück beschränkt worden. Der Postdienst nach den weiter gelegenen Vororten Berlin wird soweit als möglich mit Pferdegespannen und Kraftwagen aufrecht erhalten.

Berlin, 2. Juli. Die Marinebrigaden Löwenfeld und Ehrhardt und Teile der Technischen Abteilung des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps haben sich freiwillig bereit erklärt, den Verkehr der Lebensmittelzüge sicherzustellen.

Lokomotivmangel.

Der Eisenbahnverkehr leidet besonders unter dem Umstande, daß aus den Reparaturwerkstätten, die völlig still liegen, keine Maschinen herauskommen. Dieser Ausfall an reparierten Maschinen wird sich auch noch lange nach Beendigung des Streiks bemerkbar machen. Wie überhaupt die Folgen des Streiks Berlin noch auf Wochen hinaus belasten werden, selbst dann, wenn er schon in den nächsten Stunden abgebrochen würde.

Das Reichsarbeitsministerium zum Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 2. Juli. Das Reichsarbeitsministerium hat es abgelehnt, in den Arbeitsstreitigkeiten im Berliner Verkehrsgewerbe vermittelnd einzugreifen. Es sieht in dem Streik einen unverantwortlichen Vertragsbruch. Erst unter dem 5. Juni 1919 ist zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen und Privateisenbahnen einerseits und dem deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands andererseits nach langen und mühseligen Verhandlungen ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. In diesem Vertrag ist die Schlichtung von Streitigkeiten letzten Endes einem Hauptausschuß übertragen worden, der aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und einem unparteiischen Obmann besteht. Nach § 21 Ziffer 3 des Tarifvertrages ist das Urteil des Hauptausschusses für beide Parteien endgültig und bindend. Am 24. Juni hat nun der Hauptausschuß seinen Spruch gefällt und einstimmig dahin entschieden, daß die verlangte einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 700 M. im gegenwärtigen Augenblick nicht bewilligt werden könne, daß es aber angezeigt sei, die Frage in etwa 6 Wochen erneut zu prüfen, wenn sich die Wirkung des Friedensschlusses auf den Lebens- und Bedarfsmittelmarkt übersehen lasse.

Wenn die Angestellten ungeachtet der tariflichen Vereinbarungen, nach denen der Spruch für beide Teile endgültig und bindend ist, und trotz der Tatsache, daß der Spruch einstimmig gefällt worden ist, gleichwohl in den Ausstand getreten sind, so brachen sie damit ihre feierlich übernommene Vertragspflicht. Lange Jahre haben die Angestellten um Tarifverträge gekämpft; nachdem sie endlich ihr Ziel erreicht haben, entwerten sie das Ergebnis ihrer Bemühungen selbst durch Nichtachtung des Vereinbarten.

Wie richtig der Schiedsspruch die Sachlage übrigens beurteilt hat, zeigt die von der Regierung neuerlich zugesagte Senkung der Lebensmittelpreise. Auch dies Zugeständnis nötige, zunächst einige Zeit abzuwarten, ehe über eine Forderung entschieden werden kann, die die Unternehmen wirtschaftlich zu tragen nicht in der Lage sind.

Bei dieser Sachlage sieht sich das Reichsarbeitsministerium außer Stande, zugunsten der Angestellten einzugreifen, kann ihnen vielmehr nur warm ans Herz legen, von einem Beginnen abzulassen, das nicht nur ihren Arbeitskollegen und der Allgemeinheit, sondern letzten Endes auch ihnen selbst nur zum Nachteil gereichen kann.

General Hoffmann wieder eingesetzt.

Berlin, 2. Juli. W. T. B. meldet: Vom Kriegsministerium wird mitgeteilt: Die dem General Hoffmann zugeschriebene Presseveröffentlichung ist tatsächlich von ihm nicht ausgegangen. General Hoffmann hat persönlich, wie viele andere und wie im Innern gewiß alle Offiziere gegen die Schmachbedingungen protestiert und hat zum Ausdruck gebracht, daß er bei Auslieferung des Kaisers nicht weiterdienen könne. Nachdem die durch die Annahme des Friedens geschaffene Lage bei den Truppen bekannt geworden war, hat General Hoffmann ausdrücklich gemeldet, daß er den Befehlen seiner Vorgesetzten gehorsam bleibe, nur die Bitte hinzufüge, ihn von seinem Posten zu entheben, falls sein Grenzabschnitt geräumt werden müsse.

Den Truppen war vom Oberkommando Süd im Anschluß hieran besonders eingeschärft worden, daß sie den Räumungsbefehlen der Regierung zu folgen haben werden.

Diese Aufklärung entzieht den zahlreichen Presseangriffen gegen General Hoffmann den Boden. **Die Regierung hat keinen Anlaß, einen tatkräftigen und gehorsamen Führer kurz vor dem Abschluß der ihm gestellten Aufgaben zu entlassen.**

In der augenblicklichen Lage kann niemand unseren Offizieren den Ausdruck ihres bitteren Schmerzes verargen. Diesen Empfindungen trägt auch die Regierung volle Rechnung, solange Ordnung und Gehorsam gewahrt bleiben. Das ist tatsächlich bis heute unverändert der Fall gewesen und gereicht den Offizieren und Truppen zum hohen Lobe.

Daß wir die Haltung derjenigen Offiziere, die angesichts des uns aufgezwungenen Friedens um ihre Entlassung bitten, verstehen, haben wir oft genug betont.

Bedeutsamer ist die Frage, woher das schöne Mißverständnis stammt. Die „Deutsche Tageszeitung" und die „Berliner Neuesten Nachrichten" erklärten sich in gleicher Weise für ausdrücklich ermächtigt, die Erklärung des General Hoffmann, er werde die Grenze mit bewaffneter Hand verteidigen, wiederzugeben.

Wir fragen: Wer ist der wahre Schuldige, der den alldeutschen Treibern das Wasser auf die Mühle geliefert hat.

Keine Breslauer Herbstmesse. Der Verwaltungsrat der Breslauer Messe-Gesellschaft m. b. H. hat mit Rücksicht auf die ungewisse Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse beschlossen, von der Veranstaltung einer Breslauer Herbstmesse in diesem Jahre Abstand zu nehmen.

Klippen der Deutschen im Auslande.

Von Isolde Kurz.

Jüngst hat Isolde Kurz, die lange in Italien gelebt hat, vor Stuttgarter Hörern mit handelspolitischen Interessen über „Deutsche und Italiener" gesprochen. Sie sagte, man könne eine fremde Kultur nicht anziehen wie ein neues Kleid. Aber darauf kommt es auch nicht an, wenn gefordert werden muß, daß wir im Auslande durch unsere Haltung die fremde Kulturwelt achten. Inwiefern der deutsche bürgerliche Durchschnittsreisende in Italien es an solcher Achtung fehlen ließ, davon entwarf Isolde Kurz ein Bild in dem Vortrage, der jetzt von der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, als Broschüre gedruckt wurde (Preis 1,20 M.). Wir geben ein Stück daraus.

Nach der Eröffnung der Gotthardbahn wuchs der jährliche Wanderschwarm über die Alpen gewaltig an. Der Deutsche war wohlhabend geworden, er gab Geld aus, trat geräuschvoll auf und war auch jetzt noch schlecht angezogen. Denn auf das Aeußere hielt er noch immer nichts. Er fühlt sich eben bei seiner unpersönlichen Sachlichkeit und dem Mangel an jeglicher Eitelkeit wohin er geht als Zuschauer auf der Lebensbühne, wogegen der Romane immer und überall der Darsteller ist, der sein Auftreten danach einrichtet und die wohlgefälligen Blicke erntet. Dieser vergißt auch nie, daß jeder Volksangehörige in der Fremde die eigene Nationalität vertritt und die Züge dieses seines Volkstums für das Auge der anderen modeln hilft. Diesen letzten Umstand bedachte der reisende Durchschnittsdeutsche viel zu wenig, oder er ist ihm gleichgültig gewesen. Er kam gerne mit Kniehose, Nagelschuhen und Rucksack, wie er in den Alpen herumgestiegen war, die deutsche Frau im aufgeknöpften Lodenrock oder, wenn sie Künstlerin war, im wunderlichen, schlecht sitzenden Reformkleid und gleichfalls mit dem Rucksack, und so spazierten sie jahraus, jahrein über die Fliesen des vornehmsten Festsaals der Welt, der die Piazza San Marco heißt, so stiegen sie die stolzen Marmortreppen des Pitti hinan. Sie waren trunken von der Schönheit, die ihnen aufging, und vergaßen, daß sie selber aus dem Rahmen dieser Schönheit fielen und durch ihren Anblick die Harmonie störten. Und wieviele kamen mit der Zeit, die auf dem alten Kulturboden nichts zu suchen hatten, die nur kamen, weil ihre Mittel es ihnen gestatteten. Sie brachten nicht die tiefe Andacht im Herzen mit, wie jener hungernde Schulmeister auf dem Gardasee, ihnen war Italien das Land der jubelnden Sinnlust, sie wollten sich einmal, frei von Polizeischranken, die es dort nicht gab, austoben können, genießen. Und ihre Zwanglosigkeit fragte nicht nach den Landessitten und nach dem Eindruck, den sie machte. Die Klippen, die dort dem Deutschtum am gefährlichsten wurden, könnte man kurzweg mit Wein, Weib und Gesang bezeichnen. Der Italiener trinkt in allen Ständen seinen Wein zur Mahlzeit, aber er weiß nichts von einem Kultus des Trunks, wie er in Deutschland gepflegt wurde. Ein feuchtfröhlicher Mann auf der Straße ist dort ein sehr anstößiger Anblick. In den neunziger Jahren war es in Florenz noch üblich, einen solchen Fall, wenn er einen Einheimischen betraf, in der Zeitung zu veröffentlichen unter der Rubrik der städtischen Nachrichten, bei Unglücksfällen und Verbrechen! Zwar haben sich seitdem die Zügel in dieser wie in jeder anderen Hinsicht auch dort bedeutend gelockert, aber in Weinlaune singend umherziehen, das kommt dem Italiener nicht bei, auch nicht im Volke. Die musikalische Begeisterung weinfroher Deutscher fand also keine dankbare Aufnahme beim italienischen Volke. Aehnlich ist es mit der Schaustellung des mehr oder minder legitimen Liebesglücks. Mit jedem Frühjahr kamen die Scharen deutscher Hochzeitspaare, vor deren öffentlichen Vertraulichkeiten die ansässigen Deutschen die Augen niederschlugen. Gerade der sinnliche Romane birgt sein Eheglück in dem Schleier der strengsten Zurückhaltung. Höchst selten sieht man dort Mann und Frau Arm in Arm, in Gesellschaft beschäftigen sich junge Gatten so wenig wie möglich miteinander. Eine Italienerin würde sich zur Dirne herabgewürdigt fühlen, wollte ihr der Gatte oder Bräutigam vor fremden Zeugen mit Zärtlichkeiten nahen. Hierin empfinden alle Stände gleich, ja das Volk vielleicht am allerstrengsten. Der Fidanzato des Dienstmädchens macht ihr seine sonntägliche Aufwartung in der Küche mit der Haltung eines Kavaliers, der einen Anstandsbesuch erledigt und erlaubt sich nicht die Spitze ihres Fingers zu berühren. Es fällt ihr nicht ein, sich von ihm zu einer Unterhaltung führen zu lassen. Bei Tanzvergnügen auf dem Lande sieht man meist die Burschen mit den Burschen, die Mädchen mit den Mädchen sich drehen. Man muß sich diesen seit Jahrhunderten festgelegten, streng konventionellen Hintergrund vorstellen, um zu begreifen, wie befremdlich die Ungezwungenheit unserer Hochzeitsreisenden dort erschien. Schon das Stilgefühl hätte sie warnen müssen. Es ist gewiß ein lieblicher Anblick, wenn ein junges Paar engumschlungen durch einen deutschen Frühlingswald wandelt, aber in den Stanzen des Vatikan und unter der Loggia des Orcagna ist eine andere Haltung geboten. Wo alles monumental ist, da stilisiert sich auch das Betragen der Menschen, und Aeußerungen einer naiven Ursprünglichkeit, die einen idyllischen Hintergrund verlangen, müßten sich dort von selbst verbieten. Aehnlich geht es noch mit manchem anderen, das, auf fremden Boden versetzt, sein Angesicht gänzlich wandelt. Was haben wir Köstlicheres als unsere Volkslieder? Aber wer im Golf von Neapel singt: Muß i denn, muß i denn zum Städtele naus — der versündigt sich gleichermaßen an der Heimat wie am genius loci.

Deutsches Theater.

Auch ich war ein Jüngling. Schwank von Max Neal und Max Ferner.

Von der ulkig charakterisierenden Komik der Familie Schimek, des alten Kadelburgschen Schwankes, in dem Pallenberg vor ein paar Jahren zur Sommerszeit seine grotesken Humore spielen ließ, besitzen diese neuen dem Schauspieler offenbar auf den Leib geschriebenen Szenen leider keine Spur. Man merkt jeder Wendung die Absicht, durch halsbrecherische Tricks jenseits des Bereichs alles Möglich- und Denkbaren, es koste was es wolle, zu verblüffen, und ärgert sich, daß des Darstellers überquellend reiche Laune nicht in einem ihr longenialeren Milieu als den gesuchten Späßen solcher Flickarbeit zur Auswirkung gelangt. Der Unsinn häuft sich da in einem Maße, daß das Vergnügen auch an der übermütigen Drolerie der Mimik kaum recht aufkommt.

Das Publikum freilich schien anderer Ansicht. Es folgte willig allen Zumutungen des Autorenpaares und begleitete den Künstler, der abwechselnd als kahlköpfiger Familienvater und galanter Schwerenöter auftritt, in allen Wechselfällen seiner Abenteuer, mit wahren Stürmen des Gelächters. Im zweiten Akt, wo er, als Graf von Monte Christo dem Onkel seiner Geliebten vorgestellt, ins Empfangszimmer eines Deklamationsstunden erteilenden Schauspielers gerät und auf die Aussprache des rollenden Zungen-R geprüft wird, erreichte die Heiterkeit den Höhepunkt. Ein junger Kunstbeflissener, der Motiff lustig kopierte und Herr Kühne als unverbrüchlich feierlich-pathetischer Meister sekundierte ihm dabei geschickt. Am Ende erscheint der Pallenbergsche Essigfabrikant vor der eigenen Ehefrau im Monte-Christo-Kostüm und mimt in dieser Maske, bis die Perrücke und die sonstigen Requisitionen seiner Verjüngtheit entdeckt werden, seinen nur in der Phantasie existierenden unehelichen Sohn. Zwischendurch parodiert er Gesten und Manieren des larmoyanten Schauspielerstils und bringt es fertig, durch solche immer neue Ueberraschungen die animierte Stimmung seines Publikums bis zum Schlusse festzuhalten. dt.

Notizen.

— Theater. Die Erstaufführung des Baderschen Dramas „Das Gesetz" findet heute im Wallner-Theater statt.

— Vorträge. Am 10. Juli, abends 8 Uhr, spricht Hans Blüher im Schubertsaal, Bülowstr. 104, über das Thema: „Der Geist der Weltrevolution".

— Die Frühjahrsausstellung der Berliner Sezession, welche die großen dekorativen Wandgemälde enthält, wird am kommenden Sonntag, nachmittags 2 Uhr, geschlossen.

— Für den Plaketten-Wettbewerb der Stadt Berlin, der künstlerische Modelle für die städtischen Ehrenpreise zu den alljährlichen großen Kunstausstellungen schaffen soll, ist als neuer Einlieferungstermin der 1. September 1919 festgelegt worden. Jüngst wurden bei einem Einbruch zwei Entwürfe („Fröhliche Arbeit, freier Geist" und „Für den Frieden", außerdem der Briefumschlag mit dem Namen bei „Hela") entwendet. Die Verfasser dieser Entwürfe werden um erneute Einreichung mit besonderer Bezeichnung des Inhalts ersucht. Der Schaden wird vergütet.

— Eine Vorführung von Lehrfilms hatte kürzlich die Kulturabteilung der Ufa im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses vor geladenem Publikum veranstaltet. Die Laufbilder fanden allgemeines Interesse, besonders die Zeitrafferaufnahmen und die medizinischen Films. Bei dem großen Interesse, das zurzeit nicht nur in Fachkreisen für den Kultur- und Lehrfilm herrscht, ist die Frage der Vorführungsapparate höchst aktuell geworden. Die vielen Anfragen von Interessenten können dahin beantwortet werden, daß die Frage noch keineswegs geklärt ist. Verschiedene Firmen stellen bereits brauchbare Vorführungsapparate her.

Die Beamten und der Weimarer Parteitag.

Von Landrichter Ruben.

Die sozialdemokratische Beamtenschaft führt seit dem November 1918 einen doppelten Kampf, um ihre gleichberechtigte Anerkennung innerhalb der Partei und um ihr Recht zur Betätigung ihrer politischen Gesinnung nach außen. Sie erwartete von dem Weimarer Parteitag nach beiden Richtungen hin eine ihr günstige Klärung, die auch in vollem Umfange eingetreten ist.

Hinsichtlich der Stellung der sozialdemokratischen Beamten innerhalb der Partei ist ein Antrag Ruben und Genossen dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen, in welchem zur Förderung der politischen Aufklärung und Organisation der Beamten in sozialistischem Sinne schleunigst eine Zentralstelle beim Parteivorstand zu schaffen ist.

Die Beamten, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen, müssen nicht vergessen, daß sie erst durch die Ereignisse vom November 1918 in die Lage gesetzt worden sind, sich offen zur demokratischen Republik und zum Sozialismus bekennen zu dürfen. Wie Genosse Ruben zur Begründung des obigen Antrages ausführte, gebührt der Dank dafür der Partei, der wir dafür treu zu dienen bereit sein müssen. Wir müssen uns vorerst in die Leitung der inneren Parteigeschäfte den älteren Parteigenossen fügen und gleich diesen von der Pike herauf dienen. Gleichzeitig aber muß der Grundsatz der Demokratie auch zugunsten der Beamten innerhalb der Partei in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Die sozialdemokratischen Beamten haben namentlich im Verwaltungswesen und im Kampf gegen die Geheimratswirtschaft des alten Systems Kenntnisse, die der Partei nützlich sein können. Alle Angriffe und Schmähungen, wie ein recht unduldsamer Teil der Parteigenossen sie jetzt immer noch gelegentlich für nötig hält, dürfen die sozialdemokratischen Beamten nicht abschrecken. Es wäre kurzsichtig, aus persönlicher Gereiztheit sich in das radikale Lager treiben zu lassen. Die sozialdemokratischen Beamten müssen im Gegenteil zeigen, daß sie sich nicht um der Anerkennung willen zur Partei bekennen, sondern um an ihrem Teile an der Verwirklichung der Parteiziele mitzuarbeiten.

Dabei darf aber das eine nicht vergessen werden, daß die Vorstände einzelner Vereine bisher allzusehr auf die Interessen der Handarbeiter eingestellt waren und wahrscheinlich auch noch auf lange hinaus die besonderen Bedürfnisse des Beamtenstandes nicht genügend würdigen werden. Denn der Kampf der sozialistischen Beamten um die Betätigung ihrer politischen Ueberzeugung ist auch jetzt noch keineswegs erledigt. Vielmehr muß, namentlich in den Bezirken, in denen die politischen Gegner die Mehrheit haben, der sozialdemokratische Beamte täglich und stündlich auf der Hut sein. Er bedarf in diesem Kampfe des Zusammenschlusses und eines Haltes an einer Zentralstelle, die den einzelnen Beamtenorganisationen Rat und Hilfe angedeihen läßt und vor allem verhindert, daß die eine sozialistischer Beamter eine Verbindung unzufriedener Beamter darstellen. Namentlich müssen von einer solchen Zentralstelle die Vorwürfe gegen Uebergriffe reaktionärer Beamter sorgfältig vorgeprüft werden, ehe sie an die Vertrauensmänner in den einzelnen Ministerien weitergeleitet werden, damit diese nicht, wie auf dem Parteitag wiederholt von ministerieller Seite ausgeführt wurde, mit haltlosen Beschwerden überhäuft werden.

Es besteht aber noch eine weit größere Gefahr. Es haben sich an verschiedenen Orten gewissermaßen wilde Vereinigungen sozialistischer Beamter gebildet, teils örtlicher Natur, teils nach Berufen geordnet. Hier zeigt sich eine große Verworrenheit. Man weiß nicht, ob man da gut tut, nur organisierte Genossen aufzunehmen, ob man sich auf Anhänger der sogenannten Mehrheitspartei beschränkt und wie das Verhältnis zu den Gewerkschaften sich gestalten solle. Läßt man diese Sprößlinge sich wild weiter entwickeln, so können sie sich zu einer Gefahr für den Sozialismus auswachsen, insbesondere deshalb, weil es sich hier meist um noch ungeschulte Genossen handelt. Voraussichtlich muß davon ausgegangen werden, daß die rein gewerkschaftlichen Fragen aus dem Betätigungsfeld der Vereinigungen sozialistischer Beamter ausscheiden und diese Vereinigungen lediglich der Förderung der politischen Aufklärung der Beamten in sozialistischem Sinne dienen. Es wird damit nicht eine Partei in der Partei gegründet. Vielmehr handelt es sich um einen ähnlichen organisatorischen Gedanken, wie er im § 2 des neuen Organisationsstatuts zum Ausdruck gekommen ist, wo für private und staatliche Werke und Anstalten besondere Organisationseinrichtungen vorgesehen sind.

Hinsichtlich der Stellung der Beamten nach außen hat der Parteitag gleichfalls eine klare und unzweideutige Stellung eingenommen. Er hat nämlich folgenden Antrag des Genossen Steinkopf seine Zustimmung erteilt:

„Der Parteitag tritt dafür ein, daß ein zuverlässig arbeitendes Berufsbeamtentum erhalten bleibt, welches unbeeinflußt von politischen Ereignissen seine Dienste dem Wohl der Allgemeinheit zu widmen hat. Die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind deshalb zu gewährleisten.

Ferner verlangt der Parteitag, daß das freie Koalitionsrecht, wie es jedem Staatsbürger zusteht, den Beamten in keiner Weise eingeschränkt werden darf.

In Anbetracht jedoch der besonderen Stellung, welche die Beamten im Staatsleben einnehmen, und der verderblichen Wirkungen, die ein Beamtenstreik mehr als jeder andere Streik im Gefolge haben kann, verlangt der Parteitag, daß die Beamten, ehe sie ihre Tätigkeit einstellen, alle Mittel restlos erschöpfen, die zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen geeignet sind. Um dies zu erreichen, ist mit Beschleunigung ein entsprechendes Schlichtungs- und Schiedsverfahren zu schaffen.

Beim Aufbau des neuen Rechtes, welches bestimmt ist, die dienstlichen, Besoldungs- und Disziplinarverhältnisse der Beamten zu regeln, sollen die Beamtenkammern und -ausschüsse und auch die Beamtengewerkschaften zur Mitarbeit herangezogen werden.

Bezüglich der Offenlegung der Personalakten tritt der Parteitag dafür ein, daß es den Beamten gestattet wird, die ihn betreffenden Akten im Originalzustand einzusehen. Vor der Einsichtnahme dürfen keine Aenderungen an ihrem Inhalt vorgenommen werden.

Der Parteitag ersucht die Genossen in der Regierung, nachdrücklich dahin zu wirken, daß der Aufstieg fähiger Beamten in höhere Stellen alsbald in die Tat umgesetzt wird. Bureaukratische oder kleinliche Bedenken dürfen diese Reform weder verhindern noch erschweren."

Der Antrag stellt das Ergebnis eingehender Beratungen der verschiedenen, dem Beamtenstand angehörigen Delegierten dar und eine mittlere Linie, auf die sich wohl alle Richtungen innerhalb der Beamtenschaft, soweit sie zum Sozialismus zählt, einigen können. Insbesondere kam es darauf an, zu verhindern, daß fähige Köpfe innerhalb der Beamtenschaft von sozialistischen Ministern gerade deswegen mit Mißtrauen betrachtet werden, weil sie sich zur Sozialdemokratie bekennen. Es wird von diesen kurzsichtigen Genossen völlig verkannt, daß die Beamten der Partei erst beitreten konnten, nachdem sie durch die Revolution von ihrem Treueid entbunden waren. Es muß auch offen ausgesprochen werden, daß ein nicht unerheblicher und nicht einflußloser Teil des Parteitages sich gerade gegen die Leitung des für die innere Verwaltung entscheidenden Ministeriums wandte, und die Neubesetzung dieses Ministeriums kann trotz aller Anerkennung der Leistung und Fähigkeiten des bisher dieses Ministerium verwaltenden Genossen nur eine Frage der Zeit sein. Unter lebhafter Zustimmung des Parteitages führte der Genosse Steinkopf aus, daß die Unterdrückung, die die Beamtenschaft sich jetzt wieder gefallen lassen müsse, zum Himmel schreie und daß es ein Skandal sei, daß unter den jetzigen Verhältnissen die sozialistischen Beamten noch schlimmer drangsaliert würden als früher.

Der Parteitag ist aber noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat nicht nur bei der Behandlung des Rätesystems das Mitbestimmungsrecht für Arbeiter und Angestellte ausgesprochen und den Räten der öffentlichen Beamten sinngemäß gleiche Rechte eingeräumt, sondern ausdrücklich einen Zusatzantrag zu dem Antrag Steinkopf dahingehend angenommen, daß den Beamtenausschüssen für die Regelung und Verwaltung des inneren Dienstes das Mitbestimmungsrecht eingeräumt werde.

Damit sind alle Wünsche der Beamtenschaft von dem Parteitag anerkannt. Es ist zu hoffen, daß ein frischer Zug in die Beamtenschaft dadurch getragen wird. Es ist zu hoffen, daß, geleitet durch die zu schaffende Zentralstelle, die Vereinigungen sozialistischer Beamten mehr und mehr sich ausdehnen und erstarken, daß der sozialistische Geist immer weiter in die Beamtenschaft hineingetragen wird und diejenigen mitreißt, die noch lau sind und zögernd abseits stehen. Es ist zu hoffen, daß dann die sozialistische Beamtenschaft ein wichtiger und wertvoller Teil der Gesamtpartei werden wird.

Preußische Landesversammlung.

38. Sitzung vom 2. Juli 1919, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Hirsch, Dr. Am Zehnhoff.

Der von der Gemeindekommission auf Grund eines Antrags Dr. Auer angenommene Gesetzentwurf über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein wurde an den Gemeindeausschuß zurückverwiesen. — Der von den Demokraten beantragte Entwurf über die ehrengerichtlichen Strafen und Verfahren gegen Aerzte wurde in dritter Lesung debattelos angenommen. Ebenso in zwei Lesungen die Regierungsvorlage betreffend erhebliche Vermehrung des Personals der Staatsschuldenverwaltung, nachdem der Abg. Weißermel (Dnat. Vp.) auf die ungeheure Vermehrung der Schuldenlast Preußens bis auf 67½ Milliarden Mark hingewiesen hatte.

Eine Novelle zum Gerichtskostengesetz, die die Gerichtskosten für die Beurkundung von Rechtsgeschäften der Bewohner insbesondere polnischer Landesteile, die des Deutschen nicht mächtig sind, herabsetzen will, wird in zwei Lesungen erledigt.

Der Gesetzentwurf über Auflösung und Neubildung der Steuerkommissionen ging an die Gemeindekommission, nachdem Abg. Bubert (Soz.) die Vorlage begrüßt hatte, weil nun endlich auch Arbeiter in diese Kommissionen kommen könnten. — Der Gesetzentwurf über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften wurde nach kurzer Debatte dem Siedlungsausschuß überwiesen. — Das Eisenbahnanleihegesetz ging an den Ausschuß für den Staatshaushalt.

Nunmehr wurde die Beratung des

Justizetats

fortgesetzt.

Abg. **Freymuth** (Soz.):

Ich bin nach wie vor für die Ernennung von Richtern, nicht für die Wahl durch das Volk. (Hört, hört!) Ich muß doch das Recht

---

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

3] Verdeutscht von Max Hochdorf.

Ich stoße mit dem Kopf an die Lampe, die an der Wand hängt. Die Lampe ist ausgelöscht, sie schwitzt und riecht schlecht nach Petroleum. Man sieht diese Lampe niemals, aber man stößt sich immer daran. Und nun weiß ich nicht, warum ich plötzlich meinen Schritt so verlangsamte, wo ich mich doch sonst immer eifrig zu beeilen pflege. Ja, da ich jetzt zu Hause angekommen bin, überfällt mich wieder, wie an jedem Abend, eine winzige und wehumschattete Enttäuschung.

Ich trete in den Raum ein, der zugleich als Küche und Speiseraum dient. Dort schläft meine Tante auch. Dieser Raum ist nicht minder in fast vollständige Dunkelheit gehüllt.

„Guten Abend, Tantchen!" Von dem Bett, das vor dem fahlblauen Stubenfenster aufgewölbt ist, steigt ein Seufzer auf und dann ein Schluchzen.

Hierauf entsinne ich mich, daß heute früh zwischen mir und meiner alten Tante ein Auftritt stattgefunden hat. Das kommt nun zwei- oder dreimal wöchentlich bei uns vor. Diesmal handelte es sich um eine Bodensteinfliese, die ich beschmutzt haben soll. Ich war am Morgen durch das unaufhörliche Gesprudel der Klagen wütend gewesen, ich hatte ein mißtönendes Wort hingeschleudert und beim Weggehen die Tür krachend zugeschlagen. Darum hatte Tantchen den ganzen Tag weinen müssen. Während sie ihren Haushalt besorgte, hatte sie ihre Tränen geschluckt und ihr Herzleid genährt und immer wiedergekäut. Dann hatte sie sich beim Dunkelwerden zu Bett gelegt und die Lampe ausgelöscht. Sie wollte aber ihren Kummer nicht verlöschen lassen und ihn dauernd bekunden.

Wie ich eintrete, schält sie im Dunkel Kartoffeln. Ueberall sind Kartoffeln auf den Steinbogen hingerollt. Man stößt mit dem Fuß daran, und sie rollen dumpf zwischen dem Gerümpel und dem weichen Wirrwarr der Kleider, die herumliegen.

Kaum bin ich da, so bricht meine Tante auch schon in Tränen und Geseufze aus. Da wage ich kein Wort mehr und setze mich in meinen gewohnten Winkel. Ich unterscheide auf dem Bett eine spitzige und vermummte Gestalt. Die Linien dieses Körpers zeichnen sich auf den Vorhängen ab, die leicht schwärzlich um das Feuer wallen. Es sieht aus, als wenn man eine Gewandung, die über einen Stock geworfen ist, hoch gehoben hätte, denn meine Tante Josephine ist die leib- und knochengewordene Magerkeit selber. Nach und nach bricht sie das Schweigen und sie beginnt zu seufzen:

„Du hast kein Herz, nein. Du hast kein Herz, nein! — Dieses scheußliche Wort, das Du mir gesagt hast! Weißt Du denn, was Du mir gesagt hast. Maul halten! hast Du gesagt! Ha, die Leute wissen nicht, was ich mit Dir durchmachen muß. Ein böser Mensch bist Du, ein Stallknecht bist Du!"

Ich bleibe ganz still, ich höre nur zu. Von ihrem Gesichte, dessen düsterer Flecken auf dem farblosen Kopfkissen ruht, rinnen und stürzen diese Worte, sie rieseln von Geträn, sie rinnen in die Düsterkeit des Raumes hinein.

Ich stehe auf, ich setze mich wieder, ich versuche, das Gespräch wieder in Gang zu bringen: „Also, jetzt ist Schluß? Nicht wahr?"

Da stößt sie einen Schrei aus: „Schluß, jawohl, auf immer Schluß! Schluß! Schluß!"

Mit dem Bettuch, das der Abend finster verhüllt, verbarrikadiert sie sich, sie verhüllt ihr das Gesicht, sie wischt sich die Augen, und macht Zeichen, daß sie nun nichts mehr hören will. Aber dann sagt sie doch: „Auf immer Schluß! Ein Wort wie daß, was Du heute früh gesagt hast, so was bricht das Herz auf ewig entzwei!" Und sogleich fährt sie fort: „Und doch muß ich jetzt aufstehen, um Dir Dein Essen zu machen. Denn Du mußt doch essen. Ich hab Dich aufgezogen, als Du ein ganz kleiner Junge gewesen bist." Ihre Stimme schlägt über: „Ich habe alles für Dich geopfert, und Du bist mit mir, wie wenn ich sowas von der Straße hergelaufenes wär."

Ich höre das Geräusch ihrer dürren Füße, die wie zwei polternde Gefäße über Boden schurren. Sie sucht ihre Kleider zusammen, die über das Bett zerstreut lagen und jetzt zur Erde geglitten sind. Sie verschluckt einen Seufzer. Wie sie so in dem Schatten dasteht, ist keinerlei feste Gestalt an ihr wahrnehmbar. Ich sehe nur, wie sich ihre ungeheure Magerkeit zeitweise aus dem Raume herausschält. Sie schlüpft in ihr Hemdkleid und in ein Leibchen. Ich habe vor mir die Gespenstererscheinung von Wäschestücken und von Geweben, die sich um das Gestänge ihrer Arme und über dem Gerüst ihrer Schultern entfalten.

Während sie sich ankleidet, spricht sie mit sich selber. Nach und nach kommt aus den Worten des armen Frau meine ganze Vergangenheit an den Tag. Sie ist die einzige nahe Verwandte, die ich auf Erden habe. Sie ist wie meine Mutter, sie ist zugleich auch wie meine Magd mit mir. Sie reißt ein Streichholz an. Das Lampenlicht springt aus dem Düsteren heraus und geistert nun feengleich und im Zickzack durch den Raum. Meine Tante ist von dem lebhaften Leuchten umflossen. Sie hat Augen, die fast in der Stirn zu kleben scheinen. Ihre Brauen sind dicht und schwammig. Der Mund ist breit und er regt und rattert den Schmerz ewig hin und her. Frische Tränen vergrößern das Rund ihrer Augen und schütten eine frische Schicht von Feuchtigkeit über ihre Wangen, und es schwimmt blinkend um ihre Augen. Sie schickt sich an, hin und her zu wandeln, unaufhörlich durchschneidet sie die Schwere der noch lastenden Düsterkeit. Ihr Gesicht ist tief gefaltet und verrunzelt. Um Kinn und Hals ist ihre Haut dermaßen tief gekerbt, daß man meinen möchte, ein Schacht von Eingeweiden habe sich dort eingefurcht. Und alles das ist ein wenig anzusehen, als wenn es in dem scharfen Lichte vom Blut übergossen würde.

Jetzt, da die Lampe angezündet ist, werden einige Winkel des düsteren Durcheinanders enthüllt, in dessen Verschüttung wir leben. Da ist ein Matratzenbezug, der mit zwei Nägeln vor das Fenster genagelt ist, damit er den Zugwind abhält. Da ist der Marmor des Waschtisches, der mit einem Staubfänger bezogen ist. Da ist das Schlüsselloch, das mit einem etwas herausspringenden Papierpropfen verstopft ist.

Die Lampe blakt. Tantchen weiß nicht, wo sie bei all dem Durcheinander das Licht absetzen soll. Sie hockt sich endlich auf den Erdboden, um den Docht in Ordnung zu bringen. Ueber der Geschäftigkeit der alten Frau, die jetzt von Nacht und Helligkeit umspielt wird, erhebt sich ein düsterer Rauchschwaden, der sich, einem Fallschirme gleich zur Erde niedersenkt. Tantchen seufzt auf. Sie kann ihre Worte nicht eindämmen, sie muß immer und immer sprechen. Sie sagt: „Junge, Du kannst doch so nobel sein, wenn Du nur willst! Und Du verdienst doch hundertachtzig Franken im Monat. Bist schön nobel, aber hast keine noblen Manieren! Das ist es doch, woran's bei Dir hapert. Und Du hast doch auf den Fußboden gespuckt, natürlich hast Du gespuckt, ich laß mir den Kopf abschneiden, daß Du gespuckt hast! Und Du gehst nun schon ins Vierundzwanzigste! Und nur um Dich zu rächen, weil ich entdeckt habe, daß Du gespuckt hast, hast Du geschrien, daß ich daß Maul halten soll. Ein Lümmel bist Du, nichts anderes bist Du!" Und dann unvermittelt: „Die Herren von der Fabrik sind sehr anständig zu Dir. Dein armer Vater war ihr bester Arbeiter. Aber Du bist nobler als Dein armer Vater, Du bist mehr Englischman und Du hast lieber ins Geschäft eintreten wollen, anstatt weiter auf die Schule zu gehen. Alle Leute fanden das ja auch gut und recht, aber so'n tüchtiger Arbeiter wie Dein Vater bist Du nun einmal nicht, na, bist Du's nun?" Und plötzlich die alte Litanei: „Gibst Du nun zu, daß Du doch auf den Boden gespuckt hast?"

(Forts. folgt.)

haben, in diesem Punkt anderer Meinung zu sein als das Erfurter Programm. Die ernannten Richter haben sich besser bewährt, weil die Wahlrichter ganz naturnotwendig in das Parteigetriebe hineingezogen worden sind. (Hört, hört! rechts und im Zentrum. — Zurufe b. d. Soz.: Wer hat Sie ermächtigt, das zu sagen?) Ich spreche nur für meine Person. Sollen etwa 6000 Richter in einem Wahlgang vom ganzen Volke gewählt werden? (Zuruf b. d. U. Soz.: Das hätten Sie fragen sollen, bevor Sie Sozialdemokrat wurden!) Vor meiner Wahl habe ich öffentlich erklärt, daß ich gegen die Wahl von Richtern durch das Volk bin, und niemand hat daran Anstoß genommen. Ich bin Demokrat und Sozialist, aber ich unterschreibe nicht jedes Wort des Parteiprogramms. Wenn das Rechtens würde, kämen wir zu einer Verknöcherung des Parteilebens. Ich war früher Demokrat und bin unter den außerordentlichen Eindrücken des Krieges zum Sozialismus gekommen, und zwar schon einige Wochen vor dem 9. November. (Hört, hört! rechts und Heiterkeit.) Dieses Lachen verstehe ich nicht, ich lache ja auch nicht über Ihren Traub. Parteipolitische Gesichtspunkte dürfen bei der Ernennung von Richtern nicht mitsprechen, jede Beeinflussung der Rechtspflege halten wir für unzulässig. Die deutsche Sprache sollte bei den Gerichten mehr gepflegt werden. Die Wünsche der Kanzlisten sollten erfüllt werden. Das Studium der Rechte ist überlaufen. Statt 5000 Studenten vor dem Kriege haben wir jetzt 8000. Wir warnen vor weiterem Zuzug. Bedauerlich ist das Mißtrauen vieler höherer Beamten gegen die Beamtenausschüsse. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind durchaus vom Uebel. Sie urteilen zu hart, es gibt gegen die Urteile kein Rechtsmittel und auch das Verfahren selbst ist mangelhaft.

Justizminister **Am Zehnhoff**:

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die Lage der Rechtsanwälte zu verbessern. Die Rechtsanwälte würden gut tun, sich viel mehr als bisher mit dem Studium auch der Steuergesetze zu befassen. Meine guten Absichten hinsichtlich der Assessoren und Richter haben im Hause zu meiner Freude lebhafte Unterstützung gefunden. Daß die ablehnenden Antworten, welche einzelnen Assessoren erteilt worden sind, so gelautet haben, wie vorgetragen worden ist, halte ich für ausgeschlossen; es dürften Mißverständnisse vorliegen. Auch daß vielfach Assessoren durch unentgeltliche Beschäftigung ausgenutzt würden, um Kommissarien zu ersparen, halte ich nach den ergangenen Verfügungen für unmöglich. In Zukunft jedenfalls wird derartiges nicht mehr vorkommen. Die Kompetenz der Amtsrichter wird schon in naher Zukunft bedeutend erweitert werden.

Abg. Dr. **Reinecke** (Z.): Mit Recht habe der Justizminister, der sich in so dankenswerter Weise wiederum der Rechtsanwaltschaft annahm, sie auf die Materie der Steuergesetze hingewiesen. Heute liege die Beratung des Publikums auf diesem Gebiete vielfach in den Händen nicht einwandfreier Personen. Auch mit der Verwaltungsgesetzgebung sollten sich die Rechtsanwälte mehr befassen. Was die Verleihung des Notariats an die Rechtsanwälte betrifft, so stehen wir insbesondere angesichts der Schwierigkeiten, die Frage der Bevorzugung der Kriegsteilnehmer einwandsfrei zu beantworten, auf dem Standpunkt des Ministers, die Entscheidung ihm je nach den Umständen des Einzelfalles zu überlassen, und stimmen lediglich dem Antrage Deerberg-Lüdicke zu, wonach eine fünfzehnjährige tadellose Dienstzeit als Rechtsanwalt für die Verleihung genügen soll. Auch die Anträge, die Amnestiefrage durch besonderes Gesetz zu regeln, lehnen wir ab.

Abg. **Gottschalk** (Dem.): In den Gefängnissen darf eine zwangsweise Teilnahme am Gottesdienst nicht stattfinden. Wir verlangen auch hier grundsätzlich, daß das Prinzip der Gewissensfreiheit gewahrt wird. Bei der Auswahl der Geistlichen für die Strafanstalten muß außerordentlich vorsichtig verfahren werden. Die Auswahl der Bücher für die Gefängnisbüchereien darf nur in den Händen von Männern und Kommissionen liegen, die auch wirklich für Literatur Verständnis haben.

Abg. **Lüdike** (Dnat. Vp.): Die Verleihung des Notariats soll unabhängig von der Bedürfnisfrage an gewisse Bestimmungen gebunden werden und an Rechtsanwälte erfolgen, die gewisse Bedingungen erfüllen. Eine Praxis von 15 Jahren Dauer ist ausreichend. Auch wir lehnen die Wahl der Richter durch das Volk ab, wünschen nicht einmal die Wahl der Schöffen und Geschworenen durch das Volk. Wir sind grundsätzlich gegen jede Politisierung der Rechtspflege. Wir bitten um Annahme unseres Antrages, wonach zu jeder Amnestie die Zustimmung der Landesversammlung notwendig ist.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. Soz.): Wir können die Richter nicht loben, denn nach wie vor besteht die Klassenjustiz. (Lachen.) Wir bleiben dem Erfurter Programm treu und sind für die Wahl der Richter durch das Volk, die sich in der Schweiz durchaus bewährt hat. Die Justiz ist heute schon politisch, sie ist ein Kampfmittel gegen die aufstrebende Arbeiterklasse. (Lachen.) An dem Prozeß gegen die Mörder Liebknechts zeigt sich der ganze Tiefstand unserer Rechtspflege. Richter und Staatsanwälte haben sich überraschend schnell in die neue Zeit hineingefunden: früher schützten sie die wilhelminische Regierung, jetzt die Regierung Ebert.

Justizminister **Am Zehnhoff** erklärt, daß im Falle Radek die **Justizverwaltung keine Schuld** treffe.

Abg. **Meyer-Herford** (D. Vp.) bespricht die Seelsorge in den Gefängnissen. Notwendig ist ein modernes Strafvollzugsrecht. Die Jugendfürsorge muß ausgebaut werden. Der Redner bekämpft die Schundliteratur und die unsittlichen Kinostücke und verlangt Schutz der Gefängnisse gegen gewaltsame Befreiungsversuche.

Damit schließt die Aussprache über die Justizverwaltung.

Persönlich erklärt Abg. **Heilmann** (Soz.), daß es ihm nicht eingefallen sei, das Kriegsgericht im Liebknechtprozeß zu verteidigen, wie Rosenfeld behauptet habe. Er habe nur, als Rosenfeld von der Teilnahme des Vollzugsrats an dem Verfahren sprach, durch einen Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht, daß durch Erlaß der Minister Adolf Hoffmann und Rosenfeld vom 16. November den Arbeiterräten jede Beteiligung an der Rechtspflege ausdrücklich verboten worden sei. (Große Heiterkeit und Hört, hört!) Im Gegensatz zu der persönlichen Auffassung des Abg. Frammuth halte die Sozialdemokratie am Erfurter Programm auch in der Frage der Richterwahl fest. Aber vom Abg. Rosenfeld, einem Anhänger der Rätediktatur, Belehrungen über die Treue gegen das Erfurter Programm entgegenzunehmen, lehne die ganze Sozialdemokratie ab. (Sehr wahr!)

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag, 1 Uhr: Kleine Vorlagen, Handels- und Gewerbeverwaltung.

Schluß 6 Uhr.

Groß-Berlin

Besinnung! Einkehr!

Uns wird geschrieben:

Nicht den Streikenden soll hier gepredigt werden. Aber den anderen. Gewiß, die Streiks in unserer Lage sind verderblich. Es war ja gerade der revolutionäre Berliner Arbeiter Emil Barth, der sich unendliche Mühe gegeben hat, das den Arbeitermassen begreiflich zu machen. Nutzlos, es wird eben doch gestreikt und selbst in denjenigen Betrieben, deren Stillegung das Leben der Millionenstadt unmittelbar bedroht. Dies ist eben heute der Geist von Massen, da hilft kein Klagen und Beschwören. Tatsachen sind nicht wegzudiskutieren, man muß sich darauf einrichten.

In einer Zeit, wo die größte Berliner Gewerkschaft sich grundsätzlich gegen Tarifverträge ausspricht, hat der Vorwurf des Tarifbruchs sein Gewicht verloren. Nehmen wir an, das Gegenüber von Unternehmer (sei es auch die Allgemeinheit) und Arbeitern bleibe noch länger bestehen, so können die Unternehmer jetzt auch gar kein Interesse mehr an Tarifverträgen haben, da doch die Preise zu sinken beginnen und im gleichen Maße der Antrieb zur immerwährenden Lohnsteigerung nachlassen dürfte. Eine Sicherheit für das ungestörte Weiterarbeiten geben ja, wie wir sehen, die Tarifverträge auch nicht mehr.

Darum Schluß mit dem Trotz: „Ihr seid vertragsbrüchig, mit Euch verhandeln wir nicht!" Verkehrsdienst ist öffentlicher Dienst. Die Behörden haben die Pflicht, die Fortführung des Großstadtverkehrs zu sichern.

Wenn man mit dem Belagerungszustand Zeitungen verbietet und Bewegungen unterdrückt, so muß man mit ihm auch Verhandlungen erzwingen können. R. B.

*

B. S. Die Lage im Verkehrsstreik hat sich auch bisher nicht geändert und es ist nicht abzusehen, wie lange der Streik noch andauern wird. Die Mitteilung, das Aussicht auf eine gütliche Verständigung mit der Direktion der Hochbahn besteht, bestätigt sich nicht. Und es ist auch nicht damit zu rechnen, daß dort Verhandlungen stattfinden. Eine Verhandlung nur zwischen der Hochbahngesellschaft und etwa ihren Angestellten ist auch gar nicht möglich, da die in Betracht kommenden Verkehrsunternehmen in einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen sind und alle Verhandlungen nur zwischen diesem Verbande und dem Transport- und Metallarbeiterverband gepflogen werden können. Beide Parteien nehmen aber noch immer eine völlig abwartende Stellung ein . . .

Die Zentralstreikleitung betont nochmals nachdrücklichst, daß von irgendwelchen **politischen** Beweggründen bei dem Verkehrsstreik nicht die Rede sein könne, es handle sich um eine Bewegung rein wirtschaftlichen Charakters. Wie die Streikleitung weiter mitteilt, hat sie zwar es ablehnen müssen, die Beförderung von Postpaketen durch die Straßenbahn weiter stattfinden zu lassen, hat aber andererseits den Behörden den Vorschlag gemacht, die Privatfuhrwerke, die jetzt als wilde Personenbeförderungsmittel tätig sind, sowie die Lastautos des Magistrats und auch die Militärkraftwagen zur Beförderung der Postpakete heranzuziehen. Die Streikleitung will darauf dringen, daß die nicht von der Polizeibehörde konzessionierten Fuhrwerke die Personenbeförderung einstellen, da sie andernfalls die Verantwortung für irgendwelche Zwischenfälle nicht zu übernehmen in der Lage sind. Wir bezweifeln, daß Gewalttäter vor der Konzession den Knüppel oder Browning senken würden. Andererseits wird niemand der Streikleitung eine Verantwortung für derartige Vorfälle aufbürden können.

*

Das Straßenbild bot gegen gestern keinen veränderten Anblick. Neu waren zahlreiche Rollschuhläufer. Man sah auch außergewöhnlich viele Radfahrer. Ein unerhörter Skandal sind die unverschämten Preisforderungen mancher wilden Fahrzeuge. So verlangte einer z. B. für eine Fahrt vom Potsdamer Platz bis Alexanderplatz 6 M. und vom Knie bis Bahnhof Halensee 15 M.

*

(P. P. R.) Die Folgen des Eisenbahnerstreiks zeigen sich auch sehr deutlich **in den Krankenhäusern.** So hat z. B. die Charité, die einen Wochenbedarf von 700 Kilogramm Fleisch hat, die Lieferung für diese Woche bisher noch nicht erhalten. Auch die 800 Kilogramm frisches Gemüse, welche die Charité täglich braucht, sind nicht eingetroffen. Ein Teil dieser Zufuhren ist bereits unterwegs verfault. Die Kartoffelbelieferung der Charité, die täglich 25 Zentner beträgt, ist **völlig ausgeblieben.** Es besteht also die große Gefahr, daß **die Kranken** der Charité ohne die erforderlichen Lebensmittel bleiben.

*

Ueber die **Wiederaufnahme des Vorortverkehrs** erhalten wir von der Eisenbahndirektion folgende Erklärung: In der Erwartung, daß die streikenden Eisenbahnbediensteten im Laufe des Donnerstags die Arbeit wieder aufnehmen werden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, heute auf den Vorortstrecken mit Ausschluß der Strecke Charlottenburg—Spandau den Betrieb wieder zu eröffnen. Es wird sich dies aber nur in beschränktem Umfange ermöglichen lassen, weil die Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven noch weiter zurückgegangen ist. Es kann deshalb auch die **Stadt- und Ringbahn noch nicht** bedient werden.

*

Nehmt die Kriegsbeschädigten in euren Fuhrwerken mit!

Bis einschließlich 26. Juli findet die juristische Sprechstunde von 3 bis 5 Uhr statt.

Rednerkursus. Sonnabend, 5. Juli, abends 6 Uhr, Konferenzsaal der Vorwärtsredaktion.

Der Vollzugsrat hielt am 2. Juli eine Sitzung ab, in der vom Vorsitzenden einleitend darauf hingewiesen wurde, daß der Reichswehrminister Noske es bis jetzt abgelehnt hat, die Kommission des Vollzugsrates, die mit ihm wegen der Verhaftung von Arbeiterräten und Funktionären sowie wegen der Zeitungsverbote usw. verhandeln soll, zu empfangen. Des weiteren beschäftigte sich der Vollzugsrat mit dem gegenwärtigen Stand des Verkehrsstreiks. Der Vollzugsrat ist der einmütigen Ansicht, daß er zur Beilegung der Differenzen vermittelnd einzugreifen hat, um Verhandlungen zustande zu bringen. Bezüglich des Straßenbahnerstreiks sind bereits Schritte beim Reichsarbeitsamt eingeleitet worden. Soweit die Eisenbahner in Frage kommen, wird der Vollzugsrat die Stellungnahme der Eisenbahner zu der ablehnenden Haltung des Eisenbahnministers Oeser abwarten, um auch hier vermittelnd einzugreifen.

Die Notlage der Privatlehrer Groß-Berlins. Der Stand der Privatschullehrer ist infolge des Krieges und der unerhörten Preissteigerungen in eine derartig schreiende Notlage versetzt worden, daß eine sofortige Hilfe dringend erforderlich ist. Diese Beamten haben bisher eigentlich von keiner Seite Hilfe erfahren. Eine Anzahl von ihnen bezieht noch heute ein **Monatsgehalt von 200 M. und darunter.** Der Verband der Vorstände der Groß-Berliner Privatschulen hat den Lehrern ein Monatsgehalt von **225 M.** zugebilligt, über das nur wenige Direktoren hinausgehen, so daß dies für die Masse der Privatlehrer als Norm gelten muß. Wohl hat der Privatlehrerverein bei den Behörden Schritte getan, um diese unhaltbaren Zustände zu ändern. Aber bis zur Erledigung können noch Monate vergehen. Unterdessen müssen Familienväter, Leute mit bemerkenswerter Vorbildung, die zum Teil auch an der Front ihren Tribut zahlen mußten, sich mit einem Lohn durchhungern, über dessen Winzigkeit jeder Lehrling, jedes jüngste Bureaufräulein die Nase rümpfen würde. Darum müssen Stadtbehörden und Regierung sofort und ohne Zeitverlust diesen wirtschaftlich **Bedrängtesten** zu Hilfe kommen. Die Zahl der Privatlehrer ist immerhin gegenüber anderen Arbeitskategorien eine beschränkte. Man darf erwarten, daß die Hilfe **unverzüglich** einsetzt, damit die Privatlehrer schon in den großen Ferien eine Erleichterung ihrer Lage verspüren. Die Stadt Berlin hat den Lehrern an den Privat-Knabenschulen bisher eine vierteljährliche Unterstützung von 73,50 M. zugebilligt, was natürlich in keiner Weise den Notstand beseitigen kann.

Arbeiterräte, kommunale A.-Räte und Delegierte der S.-Räte (S. P. D.).

Freitag, 4. Juli, 4 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses Fraktionssitzung: Stellungnahme zum Beschluß der Räte-Vollversammlung vom 1. Juli, „Vertagung des 4. Punktes der Tagesordnung" (Boykott der Freiwilligenverbände). Da Tagesordnung von besonderer Wichtigkeit, wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Der Fraktionsvorstand: P. Haase.

Besucht die Zahlabende!

Wer denkt nicht zurück an die oft anregenden und vertiefenden Diskussionen, die wir so oft auf unseren Zahlabenden hatten! Beinahe glaubte man manchmal, wir hätten den vollendeten Zukunftsstaat, wenn wir so einen Zahlabend sahen. Ist die gegenwärtige Zeit auch reich mit Versammlungen besät, so müssen wir doch wieder zu dem Zustand zurückkehren daß unsere Zahlabende der Ort sind, wo wir unser Wissen vertiefen, uns rednerisch betätigen und uns aussprechen können über das, was die Partei tut und was sie nicht tut. Die Zahlabende sind nicht nur zum Zahlen da, sie sind zum Reden, zum Handeln da; fragt unsere treubewährten Funktionäre, ob nicht gerade auf dem Zahlabend sie sich ihre ersten Sporen verdient haben. Wenn hier nicht immer die Stätte der Anregung ist, so liegt das nicht an der Partei, sondern an den Mitgliedern selbst. Gibt es nicht so ungeheuer viel Stoff in dieser Zeit? Wir haben doch seit der Revolution viele neue Mitglieder gewonnen; diese in den Sozialismus einzuführen, muß die vornehmste Aufgabe der Zahlabende sein. Nehmt die grundlegenden Broschüren unserer Altmeister, bringt sie zur Kenntnis aller Genossen, laßt Abschnitt für Abschnitt diskutieren, und ihr werdet sehen, über welche leichte Auffassungsgabe viele unserer Mitglieder verfügen. Jeder Einzelne wird gebraucht im Dienste der Partei, zum Wohl der Menschheit.

Zur gegenseitigen Belehrung sind die Zahlabende eingerichtet, der geistigen Weiterbildung sollen sie dienen, darum Genossinnen und Genossen, Vorwärtsleser, besucht den Zahlabend, ihr tragt dadurch zum Neuaufbau der Partei bei. Die Verwirklichung des Sozialismus ist nicht durch „grundsätzliche Opposition" zu erreichen, sondern nur durch Betätigung innerhalb der Partei.

Hundesperre im Osten Groß-Berlins.

Wegen eines Falls von Tollwut hat der Landrat des Kreises Niederbarnim für das Gebiet der Gemeindebezirke Marzahn, Biesdorf, Kaulsdorf, Karlshorst und Hellersdorf die Hundesperre bis einschließlich den 24. September d. J. angeordnet. Sämtliche Hunde sind festzulegen (anzuketten oder einzusperren).

An alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Oesterreichs!

In den Pfingsttagen wurde in Berlin ein „Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen von Deutschland und Oesterreich" gegründet. Es ist ein Zusammenschluß sämtlicher sozialistischer Lehrer- und Lehrerinnenvereinigungen, die Angehörige aller drei sozialistischer Parteirichtungen aufnehmen. Der Verband arbeitet auf breiterer Basis als die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands", die nur S. P. D.-Genossen aufnimmt. Seine Stoßkraft muß daher eine größere sein. Ein vereinter Kampf aller sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen ist dringend notwendig, wenn das sozialistische Schulprogramm, wenn der Sozialismus Wirklichkeit werden soll.

Das Proletariat ruft nach Einigkeit, deshalb müssen in erster Linie alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen zusammenstehen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies möglich ist.

Nach § 2 seiner Satzungen erstrebt der Verband die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Gebiete des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens im engsten Zusammenhang mit dem Kampf des klassenbewußten Proletariats.

Der „Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Oesterreichs" richtet daher an alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen den Ruf: Schließt Euch zusammen und tretet mit Eurer Vereinigung dem Verbande bei!

Zuschriften an Jens Nydahl, Neukölln, Weichselstr. 39.

Die Spandauer Heereswerkstätten.

Aus Beamtenkreisen geht uns folgende Zuschrift zu:

Im „Vorwärts" vom 18. Juni wird von „unterrichteter" Seite geschrieben: „Der enorme Geldaufwand wurde dadurch verursacht, daß eine „Generaldirektion der Heereswerkstätten", die aus früheren Beamten und einem unabhängigen-spartakistischen Arbeiterrate bestand, auf ihre Weise „sozialisierte"." Diese Behauptung ist unwahr. Die Beamten in der früheren Generaldirektion haben ihre ganze Kraft fast ausschließlich darauf verwendet, Aufträge herbeizuholen. Wenn ihnen das nicht in genügendem Maße gelang, so lag es in der Hauptsache an dem Widerstand, der vom **Demobilmachungsamt** geleistet wurde, das den übrigen Staatsbehörden (Eisenbahn und Post) **verbot,** bei der Vergebung ihrer umfangreichen Aufträge die Heereswerkstätten in einigermaßen erforderlichem Umfange zu berücksichtigen. Das Reichsverwertungsamt mit Dr. Bach an der Spitze ist mitschuldig, indem es jede **Instandsetzung** an zurückgeführtem Kriegsgerät (Fahrzeuge, Automobile, Kleineisenbahnen usw.) durch die Heereswerkstätten hintertrieb, obwohl dies auch bei hohen Löhnen sich durch den erhöhten Erlös beim Verkauf bezahlt gemacht hätte. Auch die Herbeischaffung lohnender Privataufträge durch eine wirksame kaufmännische Propaganda wurde der Generaldirektion durch das Demobilmachungsamt (Oberstleutnant Köth) verboten.

Diese Verhältnisse blieben auch den Arbeitern nicht unbekannt und wurden in geschickter Weise als Propagandamittel zur Verstärkung der Verstimmung und Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft ausgenutzt. Die Versuche seitens der Beamten, die Zahl der unproduktiven Arbeiter zu verringern, mußten bei dieser Stimmung und der politischen Hochspannung vergeblich bleiben. Unter den damals herrschenden, hier geschilderten Umständen bedeutete die Annahme von Aufträgen selbst zu Unterselbstkosten eine Ersparnis an Reichsvermögen gegenüber einer Bezahlung der Arbeiter ohne Beschäftigungsmöglichkeit.

Der einzige berechtigte Vorwurf, der den Beamten gemacht werden kann, ist der, daß sie nicht an geeigneter Stelle gegen das Demobilmachungsamt auftraten, dessen Widerstand seine Ursache in dem Betreiben des **Privatkapitals** hatte, die Institute tot zu machen.

Gewitzt durch die obigen Erfahrungen, kann man es den Beamten nicht verargen, wenn sie der neuen Leitung, das heißt der neuen Stellung des Reichsverwertungsamtes zu den Heereswerkstätten, das größte Mißtrauen entgegenbringen, zumal die neue Leitung versucht, die Beamten in unsozialster Weise ganz im Stile des alten kapitalistischen Ausbeutungssystems „herauszukeln".

*

Das Regierungskommissariat für die Spandauer Fabrikbetriebe, das bisher Abg. Gen. Stahl innegehabt hatte, ist aufgehoben, dafür wird ein parlamentarischer Beirat der Nationalversammlung sich mit dem Wiederaufbau beschäftigen. Dem Beirat gehören Gewerkschaftsführer aller Parteien an.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten beruft zu Donnerstag, den 3. Juli 1919, nachm. 6 Uhr, eine Versammlung der Vertrauensmänner im Plenarsaale des Herrenhauses ein. Tagesordnung: 1. Die Situation. Referent Benno Marx. 2. Freie Aussprache.

Das Jugendsekretariat, Berlin W. 9, Bellevuestr. 7, erteilt Rat und Hilfe in allen Jugendschutzangelegenheiten. Arbeitereltern und Jugendgenossen, meldet jede Uebertretung der Jugendschutzbestimmung sofort! Wählt in allen Betrieben und Fortbildungsschulen Vertrauensleute! Ausweise für diese im Sekretariat, 9—5 Uhr, Dienstag und Freitag bis 9 Uhr abends.

An alle Einsender! Beiderseitig beschriebene oder unterschriftlose Einsendungen können nicht verwertet, unverlangt eingesandte Manuskripte nicht aufbewahrt werden. Mehrmalige Wiederholung von Versammlungs- und Sitzungsanzeigen raubt anderen den Platz.

Die Hungerrenten der Invaliden- und Altersrentner sind noch immer nicht aufgebessert. Die Erklärung der Regierung in der Nationalversammlung, gelegentlich einer Anfrage, ist absolut **unbefriedigend.** Es gibt Tausende, die auf die 20—30 M. monatlich betragenden Renten ausschließlich angewiesen sind, außer der Armenunterstützung, die sie zu beantragen gezwungen sind. Die Statistiken der Landesversicherungsanstalten beweisen, daß der Prozentsatz der **verhungernden** alten und invaliden Arbeiter recht hoch ist. Hier **kann nicht länger gewartet werden;** die Millionenvermögen der Landesversicherungsanstalten **gestatten** eine wesentliche Aufbesserung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Umgestaltung des Gesetzes vollzogen sein wird. Die Notschreie der Hungerrentner reden eine erschütternde Sprache. Die Mittel **müssen** zu beschaffen sein, und zwar **sofort.** Soll gerade den Veteranen der Arbeit nicht geholfen werden, weil sie weder streiken noch schreien, sondern schweigend dulden??

Der Mieterbund Groß-Berlin schreibt uns zu der Notiz „Zur Wohnungsnot", daß Herr Kötschke in dem Bunde kein Ehrenamt mehr bekleidet und ihm nicht mehr angehört.

Der Bund früherer Helfer und Helferinnen des Vaterländischen Hilfsdienstes in den Etappen und den besetzten Gebieten wurde am 26. Juni gegründet zum Zweck der Aufklärung über Rechte aus den endgültigen Verträgen bei der Unterbrechung des Dienstes durch den Zusammenbruch der Militärmacht und der dadurch plötzlich aufgezwungenen, mit Lebensgefahr verbundenen Rückflucht, welche erhebliche Ausgaben und Verluste verursachte, über Rechte aus Erlassen und Verfügungen, die nicht zur Anwendung gelangt sind betr. Aufrechnung und Nachzahlung des vorläufigen Vertrages nach dem endgültigen Vertrage, Gewährung der Angehörigenunterstützung, Lohnerhöhung und Teuerungszulage. Sodann die Regelung des Gepäckverlustes auf einer Rechtsgrundlage. Es ist heiligste Pflicht jedes Beteiligten, sich dem Bunde anzuschließen. Die Geschäfte führt eine Siebener-Kommission. Anmeldungen schriftlich an Alb. Weidemann, Berlin, Gneisenaustr. 7a. Der Bundestag muß demnächst stattfinden.

Zum Bau der Nord-Südbahn. Die Baupolizei schreibt uns zu den einer Korrespondenz entnommenen Angaben vom 19. Juni: Der erst am 2. Januar d. J. von der Städtischen Verkehrsdeputation gestellte Antrag auf Genehmigung des abgeänderten Entwurfs für den Bahnhof Hallesches Tor der Nord-Südbahn ist — wahrscheinlich infolge der allgemeinen Unruhen — erst am 29. Januar d. J. im Polizeipräsidium vorgelegt worden. Nach der durch die Kleinbahn-Aufsichtsbehörden vorgenommenen Prüfung wurde die Städtische Verkehrsdeputation am 30. März d. J. davon in Kenntnis gesetzt, daß gegen die Verschiebung und die Umgestaltung der Haltestelle „Belle-Alliance-Platz" der Nord-Südbahn gemäß dem vorgelegten Entwurfe Bedenken nicht zu erheben sind.

Von drei bewaffneten Räubern überfallen wurde am hellen Tage die Hauseigentümerin Meinert in der Stralsunder Str. 39. Drei Männer, die ohne Zweifel gleich nach dem Ersten viel Geld in der Wohnung der Wirtin vermuteten, klopften, drangen ein und verlangten mit vorgehaltenen Schußwaffen und unter Drohungen die Herausgabe des Geldes. Die Ueberfallene fiel vor Schreck in Ohnmacht. Als sie wieder zu sich kam, waren die Räuber mit 500 M. und Schmucksachen verschwunden.

Deutschösterreichische Kriegsteilnehmer. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene! Unentgeltliche Rechtsauskunft Montag und Donnerstag von 2—7 in allen Militär- und Hinterbliebenenangelegenheiten bei Kamerad Georg Ziebler, O 17, Koppenstr. 65, am Schlesischen Bahnhof.

Der deutschösterreichische Vollzugsausschuß.

Der Deutschösterreichische Hilfs- und Wirtschaftsbund gibt im Auftrage des Bevollmächtigten des liquidierenden österr.-ung. Kriegsministeriums folgendes bekannt: Alle in Deutschland wohnhaften, im Bezuge von Versorgungsgebühren (Invalidenpension, Verwundungs- oder Personalzulage für Mannschaften, sowie Pensionsgebühren für Ruhestandsgagisten) stehenden Angehörigen der ehemaligen österr.-ung. Monarchie erhalten von nun an die rückständigen Beträge mittels Postscheck an ihre jeweilige Adresse vom Bevollmächtigten des liquid. österr.-ung. Kriegsministeriums beim preußischen Kriegsministerium in Berlin zugesandt. Grundbedingung für diese Zusendung ist, daß die Pensionsliquidatur in Wien diese Gebühren als zu Recht bestehend anerkannt und der Dienststelle in Berlin bekanntgegeben hat. Um Unbestellbarkeit der Geldsendungen zu vermeiden, liegt es im Interesse eines jeden Bezugsberechtigten, Wohnungsveränderungen sofort der Pensionsliquidatur in Wien III., Marokkanergasse (Schwarzenbergkaserne), als auch dem Bevollmächtigten der liquid. österr.-ung. Kriegsministeriums beim preußischen Kriegsministerium Berlin W 48, Wilhelmstr. 101, bekanntzugeben. Die vorgeschriebenen Quittungen sind wie bisher an die Pensionsliquidatur Wien einzusenden. Die Auszahlung kann nur auf Grund der Anweisung des liquidierenden Kriegsministeriums (Pensionsliquidatur) automatisch erfolgen und daher sind an den Bevollmächtigten gerichtete Beschleunigungsschreiben überflüssig.

Lohnzahlung bei der Flugzeugmeisterei nicht Freitag, sondern Dienstag, den 8. d. M.

Die Vorwärtsspedition, bisher Immanuelkirchstr. 12, befindet sich vom 1. Juli an Immanuelkirchstr. 24, Laden.

Kirchenaustritt. Das Komitee „Konfessionslos" schreibt uns, daß es die Kirchenaustrittspropaganda einstweilen zurückgestellt habe, um nicht weitere Erregung zu schaffen. Nachdem aber dem Komitee zu Ohren gekommen ist, daß die Gerichtsbehörden den erleichterten Kirchenaustritt in jeder Weise zu erschweren suchen, und da der Friede geschlossen ist, wird es wieder dahin wirken, daß die Kirche nur den Einfluß erhält, der ihr nach der Zahl ihrer Anhänger zukommt. Jeder, der mit der Kirche zerfallen ist und die Kirchensteuer lieber anderen kulturellen Zwecken zuwenden will, sollte noch in den letzten Junitagen austreten, da er dadurch ein Vierteljahr Kirchensteuer spart. Er sollte sich auch nicht davon abschrecken lassen, daß die Amtsgerichte Schwierigkeiten machen. Sowie sich jemand über seine Person ausgewiesen hat, muß der Beamte den Kirchenaustritt vollziehen. Einreden wie die, ob man sich schon mit seinem Geistlichen darüber ins Benehmen gesetzt habe, sind einfach gesetzwidrig.

Der Beirat der Nationalstiftung hielt am 14. Juni unter Vorsitz des Ministers Heine eine Sitzung ab, in der der Beschluß des Präsidiums die Satzung den veränderten politischen Verhältnissen entsprechend umzugestalten, gebilligt und vorgeschlagen wurde, die von dem Präsidium bereits eingesetzte Kommission zur Satzungsänderung durch Mitglieder des Beirats zu ergänzen. Dieser Kommission soll insbesondere auch die Aufgabe obliegen, die Aufnahme von Vertretern der Hinterbliebenen in die leitenden Organe vorzubereiten. Der Tätigkeits- und Rechnungsbericht wurden genehmigt und dem Vorschlage zugestimmt, einen weiteren Betrag von 13 Millionen Mark für Unterstützungszwecke zur Verfügung zu stellen.

Schloß Rheinsberg in der Mark war bis vor kurzem der Oeffentlichkeit zugänglich. Seit einigen Monaten residiert nun Prinz August Wilhelm dort; er hat die Umgebung des Schlosses in weitem Umkreis absperren lassen: ein bedeutender Teil des Parks mit wertvollen Denkmälern ist dadurch unzugänglich, das Innere des Schlosses selbst dem historisch interessierten Besucher verschlossen. Es handelt sich um ein Kulturdokument, das in höherem Sinne Besitz der Nation ist. Juristisch kann der Prinz nach den bisher geltenden Gesetzen das unumschränkte Verfügungsrecht auf sein Privateigentum wohl begründen. Kann aber in diesem Falle und in ähnlichen, es in der Willkür des Einzelnen gestellt werden, wie er über sein Eigentum zu verfügen hat? Auch seither schon war es möglich, einen Hausbesitzer, an dessen Grund und Boden die Oeffentlichkeit (Staat oder Gemeinde) ein Interesse hatte zu enteignen. Es verlautet, eine Kommission sei eingesetzt, um darüber zu entscheiden, was der kaiserlichen Familie als Privateigentum verbleiben kann. Es wäre zu wünschen, daß sie bald zu einem Ergebnis gelangte: der Fall Rheinsberg zeigt deutlich, wie nötig eine Klärung in dieser Frage ist. Der Arbeiterrat von Rheinsberg soll sich mit der Angelegenheit befaßt haben, doch offenbar bis jetzt ohne Erfolg: es fehlen ihm ja die Machtmittel. Die Bürgerschaft scheint in dem Vorgehen August Wilhelms eine Selbstverständlichkeit zu sehen: sie fühlt sich allein durch die Nähe eines fürstlichen Herrn geehrt. Das ist eben das Bedauerlichste an dem Vorgang, daß der Prinz es wagen kann, so rücksichtslos seine Herrschaftsrechte geltend zu machen, ohne daß die öffentliche Meinung sich gegen ihn wendet. Wieder ein Anzeichen, wie wenig die Menschen sich geändert haben. Die bestehende Ordnung ist im November zusammengebrochen. Die Revolution des Denkens hat erst geringe Fortschritte gemacht: sie tut uns not, damit jeder sich verantwortlich fühle für den Aufbau des neuen Staates und für die Lösung der kulturellen Probleme, die damit verknüpft sind.

Lichtenberg. Mieterschutz. Um dem Wohnungsschleichhandel und Wohnungswucher begegnen zu können, soll bei der Landeszentralbehörde veranlaßt werden, daß auch in Lichtenberg Kündigungen nur mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes rechtswirksam sein sollen. Für den Fall, daß die Erhebungen in anderen Städten günstig sich gestalten, wird beabsichtigt, beim Staatskommissar für das Wohnungswesen zu erwirken, daß kein Vermieter berechtigt sein soll, einen Mietsvertrag mit einem neuen Mieter von auswärts abzuschließen, dessen Abschluß vom hiesigen Mietsamt nicht zugestimmt wird. — Stadtbaurat Ahlig teilte mit, daß eine gegen einen Schlosser M. wegen Wohnungswuchers eingeleitete Strafsache mit der Begründung eingestellt worden ist, daß die übermäßige Forderung für eine Wohnungsvermittelung **keine strafbare Preissteigerung** sei, da sich die Preistreibereiverordnung nur auf Gegenstände und nicht auf Leistungen bezieht. Es sollen Vorstellungen beim Staatskommissar erhoben werden. Ueber die Unterlassung der vorschriftsmäßigen Anmeldung vermietbarer Wohnungen durch die Hauswirte wurde geklagt und vom Vorsitzenden festgestellt, daß die Anmeldepflicht der Eigentümer unglaublich nachlässig gehandhabt werde. Die Deputation beschloß, den Polizeipräsidenten zu ersuchen, gegen die säumigen Meldepflichtigen vermietbarer oder vermietbar werdender Räume, die Wohnzwecken dienen können, mit aller gebotener Energie vorzugehen und im Interesse der Allgemeinheit auf exemplarische Bestrafung zu dringen.

Hohenneuendorf. Gemeindevertretung. Die Bürgerlichen einschließlich der beiden noch nach dem Klassenwahlrecht gewählten Schöffen beantragten am 24. Juni, die Kontrolle der Gemeindeverwaltung (Gemeindevorstand usw.) durch den Arbeiterrat nicht mehr anzuerkennen. Die Arbeiterschaft nahm in einer Versammlung am vorhergehenden Tage dazu Stellung. Die überfüllte Versammlung zeigte, daß die Arbeiterschaft an dem Weiterbestehen des Arbeiterrates außerordentlich interessiert ist. Die bürgerlichen Gemeindevertreter und Schöffen, welche eingeladen waren, zogen es vor, nicht zu erscheinen. Nur einer der Herren sandte seinen Sohn, mit einem Notizblock bewaffnet, hin. — Gemeindevertreter Rink beantragte, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da die Arbeiterräte nicht durch einen Gemeindevertreterbeschluß beseitigt werden könnten. Der Antrag wurde mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt, trotzdem vom Vorsitzenden des Arbeiterrats Möhl und dem Gemeindevertreter Weihel mehrmals auf die Unzulässigkeit des Antrages hingewiesen wurde. Die herausfordernde Redeweise des Gemeindevertreters Weiß erregte größten Unwillen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und der den Sitzungssaal bis in den kleinsten Winkel füllenden Zuhörer. Da der Arbeiterrat eine äußerst nutzbringende Tätigkeit entfaltet hat, ist letzten Endes der Verdacht berechtigt, daß der bürgerliche Antrag eine reine Prinzipienfrage war und der einsetzende Entrüstungssturm nur zu verständlich. Aber die Herren versuchten immer und immer wieder, sich Gehör zu verschaffen, um nicht mehr den ihnen unbequemen Arbeiterrat bei den Sitzungen mitanhören zu müssen. Die Erregung steigerte sich logischerweise und die Sitzung mußte schließlich abgebrochen werden. Herr Weiß brachte beim Verlesen des Protokolls den Mut auf, zu verlangen, daß in demselben aufgenommen werde: die Sitzung drohte in Tätlichkeiten auszuarten. Die Arbeiterschaft besitzt soviel Anstand, um sich nicht dazu hinreißen zu lassen, und wird auch weiterhin verstehen, ihre Interessen auf anständige Art zu vertreten. Dieser „Demokratie" wird die Einwohnerschaft die Quittung schon erteilen!

Friedrichsfelde. Gemeindevertretersitzung. Der Gaslieferungsvertrag mit Lichtenberg läuft am 1. Juli 1920 ab. Die Kündigung des Vertrages kann bis zum 31. 12. 1919 erfolgen. Deshalb wurde die Stellungnahme über die weitere Gaslieferung durch Lichtenberg vertagt. In der Frage der Kohlenkommunalisierung wurde beschlossen, den Kohlenhandel in eigene Verwaltung zu übernehmen und den Großhandel auszuschalten. Mit den Behörden sollen sofort Verhandlungen aufgenommen werden, damit für die Gemeinde das Bezugsrecht der Kohlen von der Grube gesichert wird. Um die absolute Kommunalisierung der Kohlenlieferung vorzubereiten, wurde eine achtgliedrige Kommission gewählt. Beschlossen wurde, die niederen Einkommen bis zu 1500 M. steuerfrei zu lassen und für Steuerpflichtige bis zu 3900 M. eine Ermäßigung des Steuersatzes um 100 Proz. eintreten zu lassen. Die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen über 6500 M. sollen dafür einen höheren Steuersatz leisten, damit der Ausfall für die Steuerermäßigung bei den niedrigeren Einkommen gedeckt wird. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, die Vorarbeiten in dieser Sache zu erledigen. Weiter beschloß die Gemeindevertretung eine Kriegsgefangenenheimkehrkommission zu errichten und eine Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zu schaffen. Die Schulen und andere Gemeinderäume werden fortab allen Parteien zu Versammlungen und anderen Veranstaltungen unentgeltlich freigegeben.

Tempelhof. Aus der Gemeindevertretung. Nachdem die bürgerlichen Schöffen endlich ihre Aemter niedergelegt haben, wurden in der letzten Sitzung die Gen. Ewald und Burgemeister, der Demokrat Richter und von den Rechtsparteien der bisherige Schöffe Jung gewählt. Der in der vorhergehenden Sitzung gefaßte Beschluß, die Kaiserbilder aus den Schulen zu entfernen, wurde von dem Bürgermeister mit der Begründung beanstandet, es handele sich hierbei um Gegenstände des Unterrichts und hierüber habe nur die Schuldeputation und nicht die Gemeindevertretung zu befinden. Genosse Ewald und mehrere Redner der Unabhängigen kennzeichneten die Haltung des Bürgermeisters gebührend. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit im Verwaltungsstreitverfahren entscheiden zu lassen und mit der Führung der Klage den Gemeindeverordneten Genosse Thiele zu beauftragen. Außerdem gab die Vertretung dem Gemeindevorstand auf, das Ministerium zu ersuchen, den Bürgermeister zur Ausführung des Beschlusses anzuhalten. Die Zahl der Beisitzer des Mieteinigungsamts wurde von 10 auf 18 erhöht.

Weißensee. Aus der Gemeindevertretung. In einer früheren Gemeindevertretersitzung wurde den Arbeitslosen eine einmalige Zuwendung für Verheiratete 10 M., Unverheiratete 5 M. zum Kauf für ausländische Lebensmittel bewilligt.

Es wurde von sozialdemokratischer Seite damals darauf hingewiesen, daß diese kleinen Mittel nicht lange vorhalten und die Erwerbslosen alle 4 Wochen mit derselben Forderung kommen werden. Dieser Fall ist jetzt wieder eingetreten. Unter Führung der Kommunisten ging eine Kommission zum Beigeordneten Dr. Klamroth und verlangten Geld oder Lebensmittel. Im Nichtbewilligungsfalle könnten sie nicht die Verantwortung übernehmen, daß die Erwerbslosen sich dann nicht die Lebensmittel selbst nehmen würden. Eine Deputation, bestehend aus je einem Vertreter der 3 Fraktionen und zwei Vertretern der Arbeitslosen, begaben sich zum Ernährungsminister und zum Landrat. Die Besprechungen hatten keinen Erfolg.

Die Finanzkommission sah sich infolge dieses negativen Resultates gezwungen, eine nochmalige, wie oben vermerkte Beihilfe der Gemeindevertretung vorzuschlagen. Die Redner der 3 Parteien erkannten ohne weiteres die Notlage an, ließen jedoch keinen Zweifel darüber, daß aus Gemeindemitteln eine derartige Unterstützung (je 65 000 M. = 130 000 M.) nicht mehr gezahlt werden könne. Die angeführte Summe bringt es mit sich, daß der nächstjährige Etat 20 Proz. Steuerzuschlag mehr aufweisen werde.

In allererster Linie hätte Staat und Reich hier Abhilfe zu schaffen. Außer den Arbeitslosen erhalten auch die Ortsarmen, Kriegerwitwen und Rentenempfänger die gleiche Beihilfe.

Es erfolgte dann der Bericht des Vertreters im Zweckverband. Dieser hielt es sich angelegen sein, die Mißwirtschaft des Rieselgutes Birkholz zu beleuchten. Der frühere Administrator habe es verstanden sich Dienstjahre anrechnen zu lassen, damit er jetzt, da 10 Jahre um sind, Grund ärztlichen Attestes, seine Pension erreichen konnte. Der Herr erklärte sich auch mit einer Abfindungssumme bereit. Er beantragte 25 000 M. Der Zweckverband bewilligte 15 000 M.

Vom Beigeordneten wurde ausgeführt, daß wir auf diese Beschlüsse keinen Einfluß hatten. Auf Antrag Taubmann wurde beschlossen, den Administrator zu ersuchen, sich gegenüber diesen Ausführungen zu äußern. Dem wurde stattgegeben.

Tegel. Gemeindevertretung. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde Genosse Spieß als Schöffe verpflichtet und Genosse Biering als Gemeindevertreter eingeführt. Im März war beschlossen worden, einen zweiten besoldeten Schöffen anzustellen. Dies lehnte der Kreisausschuß in Rücksicht auf die Eingemeindung ab. Die Vertretung beschloß daher erneut, die Einstellung eines zweiten besoldeten Schöffen zu beantragen. Dem Berliner Zoologischen Garten wurden einmalig 1500 M. als Kriegsbeihilfe gewährt; dafür sollen die Schulkinder von Tegel freien Eintritt durch die Schulen haben. Die vorübergehend beschäftigten Hilfskräfte hatten die Anerkennung des Angestelltenausschusses und die Aufbesserung der Gehälter beantragt nach den Berliner Sätzen. Der Gemeindevorstand schlug eine andere Regelung vor, die für die hiesigen Verhältnisse besser paßt. Weiter wurde empfohlen, Kinderzulagen von 50 M. pro Kind zu gewähren. Dem wurde ebenfalls zugestimmt. Ein Antrag der Festangestellten auf Zahlung einer Entschädigungssumme wurde zurückgestellt. Die Entschädigung der Gemeindevertreter für die Teilnahme an den Sitzungen wird erneut geregelt, und zwar auf mindestens 3 M. und höchstens 4 M. Für die Kleinhaussiedlung sind vom Wohnungsverband 783 328 M. als erste Beihilfe bewilligt. Von den Gesamtkosten in Höhe von 2 Millionen Mark bewilligte die Vertretung 1 Million Mark als Baukosten. Das dazu benötigte Land wird ebenfalls hergegeben werden. Für die Veranstaltung von Spiel- und Schulwanderungen wurden 2250 M. bewilligt. Die Anstellung eines Vertrauensarztes und die Wahl eines Volksbildungsausschusses wurde beschlossen. Vorgeschlagen wird, die Zuschläge zur Einkommensteuer entsprechend dem Gesetz vom 4. Juni 1919 abzuändern; weiter soll auch die Erhöhung des Steuerzuschlages auf 300 Proz. erfolgen. Die ganze Steuerangelegenheit wurde an die Finanzkommission zurückverwiesen. Für das Mieteinigungsamt werden neue Satzungen festgelegt und die Erhöhung der Entschädigung für die Beisitzer auf 9 M. pro Sitzung beschlossen. Weiter wird der Bildung eines Ausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge zugestimmt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen. Die Sätze der Lustbarkeitssteuer wurden geändert, so daß eine Erhöhung der Erträge eintreten wird.

Neukölln-Brit. Die Freie Turnerschaft Neukölln-Brit eröffnet Montag, den 7. Juli, in der Turnhalle Mariendorfer Weg die 6. Schülerabteilung. Turnzeit von 6 bis 8 Uhr abends. Alle Arbeiteltern werden gebeten, ihre Kinder dortselbst am Turnunterricht teilnehmen zu lassen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pferdefleischkarten können vom 3. bis 7. Juli von den Brotkommissionen auf Antrag gegen Quittung abgeholt werden. In Gast- und Speisewirtschaften ist eine Pferdefleischkarte nicht erforderlich. Eintragungen in die Pferdefleischkundenliste vom 8. bis 13. Juli.

Berlin. Bis 4. Juli im 105., 180. und 210. und bis 6. Juli im 85. bis 90., 98., 99., 102., 103., 104., 176. und 230. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Käse. — Ausgabe des halben Pfundes ausländischen Weizenmehls oder Inlandsmehls (W 8) erst nach Voranmeldung (3.—5. Juli) etwa Mitte kommender Woche.

Schöneberg. Kinder bis zum 6. Lebensjahr erhalten besonderen Bezugsschein für Süßigkeiten bei den Brotkommissionen am Freitag und Sonnabend gegen Vollmilchkarte.

Steglitz. 125 Gramm rote Grütze (39). Anmeldung bis 5. Juli. 250 Gramm Heringe (32) jede aufgerufene Nummer.

Mariendorf. Auf Juli-Vollmilchkarten für Kinder bis zum 6. Lebensjahre je vier Pack Zwieback oder Keks und 1 Pfund Kindergerstenmehl in den Gemeindeläden, A—E Mittwoch, F—K Donnerstag, L—O Freitag, P—Z Sonnabend. — An Personen über 70 Jahre je 8 Pack Zwieback oder Keks in den Gemeindeläden bis 10. Juli. — Bis 10. Juli können Haushaltungen, die bisher noch keinen Brennstoff bestellt haben, ihre Bestellungen im Zimmer 20/21 des Rathauses nachholen. Später eingehende Bestellungen werden wohl kaum Berücksichtigung finden können.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialistische Vereinigung. Die Veranstaltung fällt wegen der Verkehrsschwierigkeiten aus.

Lankwitz. Heute, Donnerstag, 8 Uhr, Gesellschaftshaus Piehl, Kaiser-Wilhelm-Straße 34, Mitgliederversammlung. Vortrag über Rätesystem und Parteipolitik. Ref. Genosse Kalisch. Diskussion. Neuwahl des 2. Vorsitzenden. Verschiedenes.

Wilmersdorf. Heute abend 8 Uhr Extrazahlabend in den bekannten Lokalen. Aussprache über die politische Lage.

Gerichtszeitung.

Plünderungen, Raubtaten und Erpressungen.

Wegen Landfriedensbruchs und Plünderns standen der Kutscher Wilhelm Pornow, Kaufmann Kurt Challier, Tapezierer Fritz Burow, Maschinendrücker Otto Handau und Kaufmann Willi Rotkopf vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Am 24. Juni zogen mehrere hundert Personen durch den Norden Berlins und plünderten die Obst- und Nahrungsmittelgeschäfte. Dem in der Königsberger Straße wohnenden Händler Paul war von Anwohnern mitgeteilt, daß der Plünderzug nahe, und dies veranlaßte ihn, schleunigst die Körbe mit Waren in das Innere des Ladens zu schaffen, die Ladentür zu schließen und die Rolljalousie herabzulassen. Letzteres war aber erst zur Hälfte vollendet, als die Menge, zu der auch Frauen und Kinder gehörten, vor dem Laden Halt machten. Es wurde mit den Stiefelabsätzen das Schaufenster zertrümmert und man ging sofort an das Plündern, ohne auf die Bitten des Inhabers zu achten, der der Menge wiederholt zurief: Ich bin auch lange im Felde gewesen und habe keine Reichtümer gesammelt. Als Antwort erschollen aus der Menge kreischende Frauenstimmen: **„Totschlagen!", „In Stücke reißen!"** Dem Geschäftsinhaber ist ein Schaden von über 4000 M. entstanden. Die Angeklagten sind als mehr oder minder belastete Teilnehmer an der Plünderung festgenommen worden. Das Gericht verurteilte Handau, als Rädelsführer, zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, Challier und Burow zu je 9 Monaten Gefängnis und Rotkopf zu 7 Monaten Gefängnis. Wegen eines dreisten Raubüberfalls hatte sich der Schlosser Isac Uzerniloweki zu verantworten. Am 23. Juni vormittags 10 Uhr, hatte die Kontoristin Eckard bei der Dresdner Bank, Königstraße, 3960 M. Gewerkschaftsgeld einkassiert, die sie in einer Ledertasche trug. Als sie in das Haus Alexanderstr. 14c zurückkehrte, folgte ihr der Angeklagte auf der Treppe, packte sie plötzlich und warf sie zu Boden. Die Ueberfallene schrie laut um Hilfe, der Angeklagte entriß ihr gewaltsam die Tasche und stürmte davon. Passanten fingen ihn auf und brachten ihn zur Polizei, nachdem sie ihn ordentlich verprügelt hatten. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Müller Bruno Dettmer hatte vom Stadtvogtei-Gefängnis aus, wo er eine Strafe abzusitzen hatte, von einer Frau K. in Moabit brieflich unter allerlei dunkle Andeutungen und Drohungen mit Verhaftung 5000 M. zu erpressen versucht. Frau K. zog es vor, den Brief dem Staatsanwalt zu übergeben. Der Erpresser wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Geschäftsstelle:
C 2, Burgstraße 27 III.
Tel.: Norden 10 787
Unser Mitglied, Frau
Erna Brahn
Adlershof, Hoffmannstr. 23
ist verstorben. 206/14
Einäscherung: 3. Juli, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße.

Spezialarzt
Dr. Haedicke
Friedrichstr. 187/88
(an der Mohrenstraße).
Sprechzeit: 11—1, 3—7. 72I.*
Sonntags: 11—1.

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe**
jed. Hautausschl., Flecht., **Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern** der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der
„Elefanten-Apotheke"
Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

+ Frauen +
Hygien. Gummiwarenhaus von Frau Anna Hein, fr. Oberhebamme a. d. geburtshilfl. Klinik d. kgl. Charité Berlin, ältestes Spezialgeschäft f. sämtl. Frauen-Bedarfsartikel, Irrigatoren, Leibbinden, Menstrualbinden, Gummistrümpfe, Gummisauger in bekannter Qualität u. soliden Preisen. Sprechzeit 10—5. Frau **Anna Hein**, Berlin 100, Weinmeister Str. 10a. 1097I*

Der sichere Weg
zur Heilung der
Syphilis
von Spezialarzt Dr. med. Karl **Reinhardt**, Berlin. 68 Seiten. Preis 1,25 Mk. (i. verschloss. Briefumschlag ohne Aufschrift frei 1,50 Mk. geg. Voreinsendg. d. Betrags). Zu beziehen nur durch **E. Haase's Buchhandlung**, Berlin W, Potsdamer Straße 116 a, Ecke Lützowstraße.

Flugzeugmeisterei Adlershof.
Die Lohnzahlung bei der Flugzeugmeisterei Adlershof findet der Betriebsverhältnisse wegen nicht am Freitag, sondern am **Dienstag, den 8. 7. 19** statt. 209D

Bibliophile
sucht gute Bücher aus Privatbesitz. Angebote teleph. Uhland 6094 oder schriftlich Ann.-Exp. Rud. Mosse unter **Ch. F. 4141** Charlottenburg, Kantstraße 31.

Billige Waldparzellen
bei den Bellstätten Beelitz, □m von 90 Pf. an. 2328D*
Credit-Verein,
Alexanderstraße 14a.

Potsdam
direkt am See gelegen, haben wir eine imposante, im alten Patrizierstil gehaltene **Einfamilien-Villa** mit 8 Zimmern, elektr. Licht u. Zubehör zum Preise von
M. 108 000.—
zu verkaufen.
Isr. Schmidt Söhne,
Leipziger Str. 112/3, Mauerstr. Zentrum 12600—3 u. 3066

PLATIN
Gold, Silber, Zahngebisse kauft
Frau Linke, Blücherstr. 40.

Hautjucken!
bes. in d. Bettwärme zu lästig. Kratzen reizend, rote Punkte, kl. wässerige Bläschen, Krätze heilt völlig **Apoth. Schanz Hautausschlagsalbe**. 2 Töpfe (zu einer Kur unbedingt erfordert) 6 M. Glänz. Heilberichte. Versand per Nachn. nur durch Apotheker Schanz, Einsiedel bei Chemnitz i. Sa. 37. 35/17*

Professor Dr. Behra's
Sommersprossen-Cream
nach Original-Rezept.
1000fach bewährt.
In Töpfen à M. 4,50.
Elefanten-Apotheke
Berlin 325, SW 19
Leipziger Str. 74 140/90*

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft.
Preuß, Brunnenstr. 78. *

Schöne Augen
Reichels Venetian. Augenwasser verschönert und vergrößert die Augen wunderbar, verleiht ihnen strahlenden Glanz, macht sie ausdrucksvoller und beseitigt dunkle Augenränder sowie Rötung. Ärztlich begutachtet. Garant. unschädlich! Fl. 6 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

TROCKEN-PARFÜM
TERRAS-HAUS
MAX SCHWARZLOSE
SCH. M. FLIEDER
FÜR BLONDINEN zarter Blumenduft
FLORALIN ROSE ROYALE
MAIGLÖCKCHEN WALDVEILCHEN
FÜR BRÜNETTE herbe ganz ausgesuchte Gerüche
LAVENDEL KÖNIGSFARRN SALAMBO ROTKLEE
HERREN-PARFUM CHYPRE TURF SPANISCH LEDER

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½1—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.). *

Stotterer erh. umsonst die Broschüre: „Die Ursache d. Stotterns u. Beseitigung ohne Arzt u. ohne Lehrer sow. ohne Anstaltsbesuch." Früher war ich selbst ein sehr stark. Stotterer u. habe mich nach viel vergeblich. Kursen selbst geheilt. Bitte teilen Sie mir Ihre Adresse mit. Die Zusend. m. Büchleins erfolgt sofort im verschl. Kuvert ohne Firma vollst. kostenl. **L. Warnecke, Hannover, Friesenstr. 33.**

Keine Wanze mehr für **M. 2,—**
nur mit Kammerjäger Bergs **Nicodaal I u. II** zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Doppelpaket M. 2.—. Ausreichend für 1 bis 3 Zimmer und Betten. 66/19
Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim.
Bei Eins. von M. 2,40, oder Postscheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch **Herm. A. Groesel**, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Kraftfahrer!

Für den Grenz- und Heimatschutz werden dringend im Kraftfahrwesen erfahrene 2912D*

Mannschaften

mit Führerschein II oder IIIb, sowie Facharbeiter und Begleiter benötigt. — Bedingungen: Mobile Löhnung, Zulage pro Tag 5 Mark, freie Verpflegung, Ausrüstung und Unterbringung. Verpflichtung erstmalig auf 1 Monat, hernach 14tägige Kündigung. Militärpapiere (Entlassungsschein) sind beizulegen bezw. mitzubringen. Meldungen schriftlich oder persönlich an den

Referenten für Kraftfahrwesen,
Gouvernement Groß-Berlin, Berlin W.,
Potsdamer Straße 28a.

Bekanntmachung.

Marmelade.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. **Auf Abschnitt Nummer 35 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 250 Gramm Marmelade.** Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 1,30 M. für ein Pfund. Es kosten hiernach 250 Gramm 0,65 M.

Eine Ueberschreitung des Höchstpreises ist strafbar.

2. Der Abschnitt Nr. 35 ist nur in den durch ein Aushängeschild:

„Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin"

gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern, und zwar am Mittwoch, den 2., Donnerstag, den 3. und Freitag, den 4. Juli 1919. Nachträgliche Anmeldung findet nicht statt. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, **in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Aushängeschild angebracht ist.** Geschäften, die nicht im Besitze des Aushängeschildes sind, ist die Annahme von Kartenabschnitten verboten.

3. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekanntgegebenen Großhändler bis zum 7. Juli 1919 einschließlich abzuliefern.

Jeder Kleinhändler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, mit dem Verkauf beginnen und dies durch Anschlag anzeigen.

Da die Marmeladefabriken häufig nicht in der Lage sind, die volle Menge auf einmal zu liefern, ist es möglich, daß sich in einzelnen Kleinhandelsgeschäften der Verkauf der Marmelade hinauszögert. **Auch bei einer solchen Verzögerung der Lieferung ist jedoch eine Nichtbelieferung keinesfalls zu befürchten.**

Berlin, den 28. Juni 1919.

Magistrat.
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.
J.-Nr. 7111 Gem. V.

Bekanntmachung.

Ausländisches Weizenmehl.

Gemäß § 5 der Verordnung des Magistrats Berlin über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird unter Aufhebung der in einigen Zeitungen erschienenen Bekanntmachung über Mehlausgabe auf Abschnitt W 8 der Einfuhr-Zusatzkarte vom 26. Juni 1919 für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf **Abschnitt W 8 der Einfuhr-Zusatzkarte** der Stadt Berlin entfallen

250 Gramm ausländisches Weizenmehl
oder
250 Gramm inländisches Weizenmehl

nach Wahl des Bezugsberechtigten.

2. Das ausländische Weizenmehl wird zu dem ermäßigten Preis abgegeben, der noch bekanntgemacht werden wird. Inländisches Weizenmehl kostet 0,16 M. je ½ Pfd.

3. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme ist der Voranmeldungs-Abschnitt in der Zeit vom **Donnerstag, den 3. bis zum Sonnabend, den 5. Juli 1919,** bei den Kleinhändlern abzugeben. Die Kleinhändler haben diese Abschnitte am 7. Juli 1919 an den Großhändler abzuliefern. Mit dem Verkauf des ausländischen Weizenmehls wird einige Tage später begonnen werden. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 15. Juli 1919.

4. **Das inländische Weizenmehl** kann gegen Abgabe des **ganzen** Abschnittes W 8 der Einfuhr-Zusatzkarte **ohne Voranmeldung sofort** in den durch entsprechende Plakate kenntlich gemachten Kleinhandelsgeschäften entnommen werden. **Nach dem 12. Juli 1919 wird inländisches Mehl auf Abschnitt W 8 nicht mehr ausgegeben.**

5. Die mit dem **Verkaufe des Inlandsmehls neben dem Auslandsmehl beauftragten Kleinhändler sind verpflichtet,** die für das **inländische Mehl entgegengenommenen Abschnitte W 8 der Einfuhr-Zusatzkarte im Beisein des Publikums mit Blaustift zu durchstreichen.** Die für das inländische Mehl entgegengenommenen Abschnitte W 8 der Einfuhr-Zusatzkarte sind **getrennt von den Mehlabschnitten der Brotkarte am Montag,** den 14. Juli 1919 an die Brotkommissionen abzuführen. Hinsichtlich der Abgabe der Mehlabschnitte der Brotkarte verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

6. **Die ordnungsmäßige Ausgabe des Mehls in den Kleinhandelsgeschäften wird kontrolliert. Hinsichtlich der Ausgabe des Mehls verbleibt es bei unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1919. Die Kleinhändler, die das reine ausländische Mehl etwa zurückbehalten, vermischen oder vertauschen, oder aber Restbestände unbefugt verwenden, haben unnachsichtlich die Schließung des Betriebes zu gewärtigen.**

Im übrigen finden, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen aussprechen, die Strafbestimmungen des § 10 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 18. Oktober 1916 Anwendung.

Das auf die bisherigen Abschnitte der Einfuhr-Zusatzkarte — also einschließlich V 7 — aufgerufene ausländische Weizenmehl verfällt mit Ablauf des 6. Juli 1919. Nach diesem Tage werden Nachanmeldungen auf die gedachten Abschnitte unter keinen Umständen angenommen.

Berlin, den 2. Juli 1919.

Magistrat.
Abteilung für Nährmittel.
Tgb. Nr. 4360 NM.

„Aufbau und Werden"
Gesellschaft für praktische Volksaufklärung

Helden des Proletariates

Sieben Vorträge von Wilhelm Rößlenburg, ehemaliger Lektor der Universität Sheffield. In der Aula d. Sophiengymnasiums, Weinmeisterstr. 16/17. Beginn abends 7 Uhr. Eintritt frei.

1. **Freitag, den 4. Juli,** über **Grundlagen, Hilfsmittel und Aufgaben der Geschichtswissenschaft.**
2. **Freitag, den 18. Juli,** über **Geschichtsphilosophie.**
3. **Freitag, den 1. August,** über Sozialistische Geschichtsauffassung (Marx — Kautsky — Lenin).

Praktisch-historischer Teil:

4. **Freitag, den 15. August,** über **Spartakus und seine Zeit.**
5. **Freitag, den 29. August,** über **Das Zeitalter des Perikles.** 2251D*
6. **Freitag, den 12. September,** über **Hans Sachs.**
7. **Freitag, den 26. September,** über **Richard Cobden.**

Wir bitten die Berliner Arbeiter, insbesondere die Vertrauensleute, um zahlreichen Besuch. Diejenigen, welche den ganzen Kursus mit allen 7 Vorträgen unentgeltlich zu belegen wünschen, werden um Mitteilung ihrer Adresse gebeten.

„Aufbau und Werden." Gesellschaft für praktische Volksaufklärung. Berlin N. 62, Lutherstraße 19.

Aufruf!
Sofort dringend gesucht
zur Verwendung im Heimatgebiet — Berlin, Potsdam, Spandau — 7/6
Freiwillige
auch g. v.
für Ordonnanz- und Arbeitsdienst, sowie schreibgewandte Leute für Geschäftszimmerdienst.
Gebühr: wie nichtkämpfende **Reichswehr.**
Nähere Auskunft bei den Werbestellen:
Potsdam, Priesterstraße
Charlottenburg, Schloßstr. 2
Berlin, Wrangelstr. 97—99.

Reklame Drucksachen
Buchdruckerei Rund
Palisadenstr. 103
Anfertigung sämtl. Drucksachen

Natursektkorke
p. Stück 20 Pf.
Flaschenkapseln, Weinkorke
kauft ebenfalls 209D
R. Nachemstein G. m. b. H.,
Charlottenburg, Windscheidstraße 30.

Blüthnerpiano
Schwechten, Mann, Ect. Schiedmayer. Auswahl erstklassiger Instrumente. **Konetzny,** Alexanderstr. 37 (Alexpl.). *

Seifen- und Drogengeschäft, gutgehendes, krankheitshalber zu verkaufen. 183e
Wilmersdorf, Günzelstr. 23.

Ankauf von **guten Antiquitäten**
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 a.

Ankauf von **Juwelen**
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Ziehung am 19. Juli 1919 zu Berlin
Berliner Lotterie
Gesamtw. der Gewinne
100000 Mk.
Lose zu 3 Mark. Porto und Liste 30 Pf. extra.
Eine Brieftasche mit 10 Losen **30 Mark** einschließl. Porto u. Liste.
Zigarren aus reinem Tabak

in allen Preislagen von **70** Pf. an.
Zigarillos, reiner Rauchtabak, lose und in Paketen.
Gustav Haase Nachfg. (Inh. K. Schwarz),
Berlin, Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Wer
handeln will, komme zu uns. Höchster Verdienst in wenig Stunden. 9—5. 3Y10
Rekord-Vertrieb,
Große Frankfurter Str. 87.

Schuhkrem-Meister
mit langj. Erfahrung (Wasser- u. Oelkrem) für bereits bestehendes Werk schnellstens gesucht. Angebote mit Gehaltsforderung unter Chiffre **A. O. 294,** an Rudolf Mosse, Magdeburg. 7.9*

Klempner
eingearbeitet auf Kühler-Rahmenbau, stellt ein. Angebote unter G 28 an die Expedition dieses Blattes.

Bezirkssekretär.
Zum möglichst sofortigem Antritt wird für das **Bezirkssekretariat Groß-Thüringen (Sitz Weimar)** infolge Ausscheidens des Genossen Baudert ein Bezirkssekretär gesucht. Genossen, die in ähnlicher Stellung sich befinden, mit Organisationsfragen gut vertraut, rednerisch befähigt sind, wollen ihr Bewerbungsschreiben **bis zum 15. Juli** an die Adresse des **Bezirkssekretariats in Weimar, Pabststr. 16,** einreichen. Reflektiert wird auf eine gute Kraft. 264/10*

Klempnerlehrlinge
für Kühlerbau stellt ein.
Angebote unter **P. 28**
an die Exped. d. Bl.

Schlager
für Hausierer. 3053b
Neukölln, Friedelstr. 31, Laden.

Bücher-Reisende
die gut eingeführt sind bei Handel und Industrie, oder sich gut auskennen 6/17
bei Gewerkschaften,
werden für wirtschaftliche Selbstunterrichtswerke bei hoher Provision gesucht von 26 A an Rud. Mosse, Stuttgart.

Tüchtige Verkäuferin
für die
Lampen-Abteilung
sofort gesucht.
Meldungen von 11 bis 12 Uhr vormittags.
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50,
Tauentzienstr. 21-24.

Goldschmiedegehilfen
verlangt 209D*
J. Weinstock,
Berlin, Mohrenstr. 16.

Zeitungsfrauen
mit Gewerbeschein für Straßenverkauf gegen festen Lohn und Anteil stellt sofort ein 3255b*
„Freie Presse", Berlin, Spittelmarkt 7.

Kriegsanleihen werden in Zahlung genommen.
Für die Reise. **Sehr billig.**

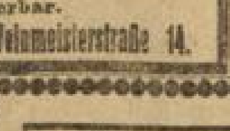
Prachtvolle Ulster, dicke, mollige, aus Friedensstoffen 175, 225, 300, 350 usw.

Impr. Stoff- u. Seidenmäntel	135, 175, 225	**Kunstseidene Strickjacken**	115, 165
Halblange Taffetjacke	100, 125, 150	**Sportjacken,** viele Farben	36, 41, 65
Wundervolle Reisekostüme	. . . . . . 85, 125, 165, 215, 250, 275		
Covertcoat-Sportmäntel	 65	**Schwarze Sportjacke**	 36

Aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratsschein:
Wollplüschmäntel, beste Qualitäten . . . . 228,75, 311,70, 230,—
Fesche Kostüme . . . . 90,—, 206,25, 237,50

Jetzt sehr billig!!!
Entzückende Pelzmäntel . . 1000,—, 1300,—, 1650,—, 2100,—
Fesche Plüschmäntel . . . . . 395,—, 480,—, 575,—, 790,—
Stoffröcke 36,—, 52,—, 78,— **Seidenröcke** 76,—, 95,—, 123,—
Gesellschaftskleider 155,—, 285,—

Westmann
1. Geschäft: **W 8,** Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: **NO 18,** Gr. Frankfurter Str. 115.
Sonntags geschlossen!

1000 Fahrräder mit Gummi

sofort lieferbar.
Ernst Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Kautabak
erstklassige Ware, garantiert reiner Tabak und gut gebeizt, liefert laufend größere Posten
Friedr. Wilh. Dietzel
Hamburg 1, Spaldingstraße 62/64. 1203*

Piano, Harmonium,
Flügel, neu, gebraucht. **Bechsteinflügel,** verkauft billig **Ernst,** Oranienstr. 166 III.

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandervandol. 45.—, erstkl. 85.—, **Konzertlaute** 125.—, 145.— (Unterricht 5.— Monatshonorar, eventl. 10stdg. Schnellkurse). **Künstlervioline** mit Zubehör 125.—, **Konzertgeige** 65.—. **Ernst,** Oranienstraße 166 III.

INGENIEUR
zur
Führung der Registratur und Bearbeitung der Karthotek für gewerbliche Musterschutzrechte gesucht. Bewerbungen unter Angabe des Bildungsganges, Eintrittstermins, der Gehaltsansprüche erbeten an
Dr. PAUL MEYER AG, Berlin N 39

10. deutscher Gewerkschaftskongreß.

3. Verhandlungstag.

Nürnberg, den 2. Juli.

Zu Beginn der heutigen Sitzung, die Leipart eröffnet, wird eine Abstimmung über die vorliegenden zahlreichen Anträge zum Rechenschaftsbericht der Generalkommission vorgenommen. Von Dißmann-Frankfurt a. M. wird der Antrag gestellt auf namentliche Abstimmung über die Vertrauenserklärung sowie über die Anträge zum Eisenbahnerstreik und zu verschiedenen anderen Anträgen. Die Erklärungen müßten als etwas Einheitliches betrachtet werden. Es stehen sich in allen Fällen zwei Richtungen gegenüber. Den Genossen Paeplow bitten wir, eine Erklärung abzugeben, wie der Satz in seiner Entschließung zu verstehen ist, „sie (die Gewerkschaften) müssen zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden". Wir möchten wissen, ob das aufzufassen ist im Sinne der von Winnig im ersten Kriegsjahr veröffentlichten Anregungen, daß, wenn verschiedene Parteien bestehen, die Gewerkschaften den politischen Kampf zu führen haben.

Jansson von der Generalkommission: Der Gedanke, daß wir die Aufgaben einer politischen Arbeiterpartei übernehmen sollen, liegt selbstverständlich nicht vor. Es soll aber zum Ausdruck gebracht werden, daß, wenn wir die bisherigen Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei lösen müssen, es deshalb geschieht, weil mehrere sozialdemokratische Parteien entstanden sind und die Parteistreitigkeiten von den Gewerkschaften ferngehalten werden müssen. Wir betonen aber, daß nichts an unserer grundsätzlichen Haltung geändert werden soll gegen den Sozialismus und den Klassenkampf. Wir denken nicht daran, den Weg der alten englischen Trade Unions zu gehen und uns lediglich auf die engen gewerkschaftlichen Berufsinteressen zu beschränken, sondern es soll zum Ausdruck gebracht werden, daß wir uns zum Klassenkampf bekennen.

Lange-Berlin will vor der Abstimmung seinen Standpunkt motivieren. (Heftiger Widerspruch.)

Leipart erklärt, daß eine solche Erklärung erst nach der Abstimmung erfolgen kann. (Lärm links.)

Dißmann ruft: Dann werden wir uns bei Absatz 3 und 4 der Abstimmung enthalten müssen.

Es wird zunächst also über die

Vertrauensresolution für die Generalkommission abgestimmt.

Es beteiligen sich an der Abstimmung 624 Vertreter und es stimmen mit „Ja" 445, mit „Nein" 179. Der Vorsitzende erklärt aber, daß nach der Geschäftsordnung den Ausschlag die Stimmenzahl, welche die einzelnen Delegierten vertreten, gebe. Die Ausrechnung kann aber erst nachträglich erfolgen. Es bestehe aber bis jetzt kein Zweifel, daß das Vertrauensvotum für die Generalkommission die übergroße Mehrheit gefunden habe. (Stürmischer Beifall.)

Bei der Abstimmung hatten vom Metallarbeiterverband 53 Vertreter für und 64 gegen gestimmt. Von Handlungsgehilfen und Textilarbeitern war die Mehrheit gegen den Antrag. Vom Eisenbahnerverband stimmten 15 für und 12 gegen. Andererseits stimmten der Bergarbeiterverband, Transportarbeiter-, Brauerei- und Mühlenarbeiter-, Holzarbeiter-, Buchdrucker-, Buchbinder- und Landarbeiterverband vorwiegend zum Teil geschlossen für die Generalkommission.

Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses wird der Antrag auf weitere namentliche Abstimmungen zurückgezogen. Es wird dann über den Antrag der Vorständekonferenz, der sich gegen die

wilden Streiks einerseits und andererseits gegen den Noskeschen Streikerlaß

richtet, abgestimmt. Der Antrag lautet:

„Der Reichswehrminister hat am 26. Juni angesichts des drohenden Eisenbahnerstreiks eine Verordnung erlassen, die einem Teil der Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entzieht.

Der Kongreß erkennt an, daß ein Streik der deutschen Eisenbahner gegenwärtig unserem darniederliegenden Wirtschaftsleben unermeßlichen Schaden zufügen und die Leiden der Arbeiterklasse durch Herbeiführung der allgemeinen Zerrüttung verschärfen müßte. Der Kongreß lehnt ebenso wie die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Gemeinschaft mit dem bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichem Treiben hervorgerufenen wilden Streiks ab.

Gleichwohl erhebt der Gewerkschaftskongreß Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Errungenschaft der Revolution zusteht. Die vorliegende Verordnung ist zudem ungeschickt, weil Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zu verhüten sind.

An die Eisenbahner und auch an die gesamte Arbeiterschaft richtet der Gewerkschaftskongreß den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse wilde Streiks zu unterlassen."

Bei der Abstimmung werden die beiden ersten Absätze mit großer Mehrheit angenommen, die letzten Absätze gegen wenige Stimmen. Zur Abstimmung erklärt dann

Schliestedt-Remscheid, daß auch die Opposition für die Resolution gestimmt hätte, wenn im letzten Absatz gesagt worden wäre, statt ihre Interessen wirtschaftliche Interessen.

Vors. Leipart: Es würde in den Reihen der Mitglieder unserer Gewerkschaften Verwirrung angerichtet haben, daß ein wenn auch nur kleiner Teil der Delegierten gegen den Appell an die Arbeiterschaft, der im letzten Absatz ausgesprochen wird, gestimmt habe. Nachdem uns klargemacht ist, warum diese Ablehnung erfolgte, glaube ich feststellen zu können, daß selbstverständlich nur die wirtschaftlichen Interessen in den Gewerkschaften wahrgenommen werden können. (Allseitige Zustimmung.) Ich schlage daher vor, die Abstimmung über den letzten Absatz zu wiederholen. Es wird dann die Resolution

gegen die Stimme des Kommunisten Lange-Berlin

vom Handlungsgehilfen-Verband angenommen. Weiter kommt zur Behandlung folgender Antrag Ernst-Hagen, der sich mit dem Belagerungszustand in dem Industriegebiet beschäftigt und lautet: Der Kongreß protestiert gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Industriegebiet. Nachdem seit Wochen jeder größere Streik aufgehört hat, nachdem vollständige Ruhe herrscht, ist auch jeder Scheingrund gefallen, den Ausnahmezustand im Industriebecken aufrechtzuerhalten. Hunderte von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern schmachten auf Grund dieses Ausnahmerechts hinter Kerkermauern, täglich geht die Militärkamarilla dazu über, neue Verhaftungen vorzunehmen.

Der Kongreß fordert deshalb die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Haftentlassung der wegen Streikvergehen verurteilten oder in Schutzhaft genommenen Gewerkschaftsmitglieder und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßregeln unterbleiben.

Vors. Leipart: Wir können wohl aussprechen, daß wir grundsätzlich nicht einverstanden sind, daß mit dem Belagerungszustand und allen Zwangsmaßregeln aller Zeiten regiert wird. (Sehr wahr!) Wir wünschen, daß der Belagerungszustand überall, wo er hat verhängt werden müssen, aufgehoben wird, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Wir haben bereits einen Appell an die Arbeiterschaft gerichtet, von wilden Streiks abzusehen zur Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Wir wünschen, daß die Arbeiter auch ihre politischen Interessen nicht mehr mit Maschinengewehren, Handgranaten und Putschen zu vertreten suchen. Ich glaube sagen zu können, daß wir einig sind darin,

daß die Fortsetzung der Revolution nicht mit Blutvergießen zu geschehen hat.

Und indem wir an die gesamte Arbeiterschaft in diesem Sinne eine Mahnung richten, glaube ich, wenn, wie wir hoffen, die Voraussetzungen sich erfüllen mögen, daß von einem Belagerungszustand und Gewaltmaßregeln abgesehen werden. Ich glaube, daß wir mit dieser Feststellung die Entschließung als erledigt betrachten können. (Zustimmung.)

Ernst erklärt, daß er damit nicht einverstanden sei. Die Resolution sei ausdrücklich für das Industriegebiet bestimmt und der Kongreß müsse entscheiden.

Ein Antrag Sachse wünscht, daß in dem Absatz 1 die Worte gestrichen werden „täglich geht die Militärkamarilla dazu über, neue Verhaftungen vorzunehmen" und dem Absatz 2 „und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßregeln unterbleiben". Es wird zur Begründung darauf hingewiesen, daß neue Verhaftungen nicht mehr vorgenommen seien. Die Versammlung beschließt die Streichung der letzten Worte des ersten Absatzes unter Zurufen der Kommunisten. Dagegen wird mit großer Mehrheit die Streichung im letzten Absatz abgelehnt. Die Resolution wird darauf mit der Schlußstreichung gegen wenige Stimmen angenommen. Es entspinnt sich dann aber eine längere Geschäftsordnungsdebatte, da erklärt wird, daß viele Delegierte die Abstimmung nicht richtig verstanden haben.

Hegemann stellt den Antrag, die Resolution zurückzuweisen an eine Redaktionskommission, wogegen die Opposition heftigen Einspruch erhebt.

Giebel empfiehlt diesen Antrag. Es seien Fragen von größter Wichtigkeit, die in der Resolution behandelt werden. Die Resolution sei erst in letzter Minute vor Schluß der Debatte eingebracht worden. (Widerspruch und Unruhe links.)

Sachse (Bergarbeiterverband): Wenn es richtig wäre, wie hier steht, daß die Militärkamarilla täglich neue Verhaftungen vornehme, dann ließe sich darüber reden. Der Bergarbeiterkongreß hat aber auch sich mit demselben Antrage beschäftigt und von Noske die Auskunft erhalten, daß Verhaftungen nur da vorgenommen werden, wo ein Einschreiten erforderlich ist.

Schliestedt: Er erklärt, daß er Sachse den guten Glauben nicht abstreite, aber die Tatsachen sprechen dagegen, denn er sei erst vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis gekommen, wo er fünf Tage ohne Verhör und ohne Gerichtsverfahren gesessen habe. Ebenso sitzen noch 7 Mitglieder aus der Gewerkschaft im Gefängnis.

Der Antrag Hegemann wird darauf abgelehnt und die Resolution in der Gesamtabstimmung gegen wenige Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über den Antrag Paeplow, der die Neutralität der Gewerkschaften betrifft, werden die beiden ersten Absätze einstimmig angenommen, die beiden letzten Absätze gegen wenige Stimmen. In der Gesamtabstimmung wird die Entschließung gegen drei Stimmen angenommen.

Lange-Berlin erklärt, daß die Opposition sich der Stimme enthalten habe.

Vors. Leipart stellt fest, daß das nur wenige Delegierte gewesen sein können. Darauf erhält das Wort der Vertreter des Eisenbahnerverbandes

Brunner-Berlin zu seiner Erklärung über den Berliner Eisenbahnerstreik. Die Regierung habe zunächst die Zusage gegeben, daß die Preise für eine Reihe Lebensmittel herabgesetzt werden sollen und auch inbezug auf das Rätesystem sollte den Wünschen der Eisenbahner Rechnung getragen werden. Auch der Landtag hat dem zugestimmt. Nach dieser Zusage hat der Vorstand des Eisenbahnerverbandes am Sonnabend die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen und auch die anderen Eisenbahnerorganisationen haben dasselbe getan. Wenn jetzt in Berlin neue Verkehrsstörungen eingetreten sind, so muß man annehmen, daß andere Motive dem zugrunde liegen. Daß der Streik aus politischen Motive fortgesetzt wird, geht auch aus verschiedenen anderen Umständen hervor. So hat der Abgeordnete Haase erklärt, daß die Diktatur des Proletariats jetzt verwirklicht werden müsse.

Die Eisenbahner wurden schon längst bearbeitet, den Unabhängigen Helferdienste zu leisten.

(Hört, hört! und Lärm links.) Dagegen muß ich erklären, daß der Eisenbahnerverband mit diesen Machenschaften nichts zu tun hat.

Dißmann-Frankfurt: Genosse Brunner hatte das Recht gehabt, eine Erklärung für seine Organisation abzugeben. Er hat aber auch die Parteiführer meiner Partei angegriffen und ich protestiere dagegen, daß wir nicht das Wort erhalten sollen zu einer Erwiderung. — Lange-Berlin stellt darauf den Antrag, daß Dißmann das Wort erhalte. (Zuruf: Ihr wollt wohl den Kongreß sabotieren?) Wir lassen uns das Wort nicht abschneiden.

Bren-Hannover ersucht um Ablehnung des Antrages Lange. Es ist auf jedem Gewerkschaftskongreß Brauch und Recht gewesen, daß Vertreter einer Organisation im Namen der Organisation eine Erklärung abgeben können. Von diesem Recht hat Genosse Brunner Gebrauch gemacht. Woher nehmen die Vertreter der U. S. P. nun das Recht, eine Erklärung für ihre Partei auf dem Gewerkschaftskongreß abzugeben. Wir haben genug unsere Zeit in Anspruch nehmen lassen, um die Geschäfte der U. S. P. hier besorgen zu sehen. Alles muß Maß und Ziel haben. (Lebhafte Zustimmung — Lärm links.)

Der Antrag Lange wird mit großer Mehrheit unter Pfuirufen der Opposition und Tribüne abgelehnt.

Alsdann erhält Gertrud Hanna-Berlin das Wort zum nächsten Punkt der Tagesordnung

„Die Organisation der Arbeiterinnen":

Während des Krieges waren die Behörden mit allen Mitteln bestrebt, die Frauen in das Erwerbsleben zu drängen. Mit der Begründung, die Frau gehöre ins Haus, werden heute Frauen entlassen, die schon jahrelang im Betriebe standen und nicht immer, um Kriegsteilnehmern Platz zu machen, sondern weil gewisse „Führer" bestrebt sind, die Frauen aus den Betrieben im allgemeinen zu entfernen. Es darf auch nicht vorkommen, daß Organe für die Frauen Forderungen aufstellen, die nur etwas über die Hälfte des Lohnes der Männer hinausgehen. (Sehr richtig!) Wir müssen vielmehr bestrebt sein, die Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen auszugleichen. (Zuruf: Bei den Handlungsgehilfen! — Nein im Handelsgewerbe!) Im Handelsgewerbe will man dadurch die Frau aus dem Erwerbsleben hinausdrängen. (Sehr richtig!) Leider sind die Frauen in der Gewerkschaftsbewegung nicht so vertreten, wie es ihre Stellung im Wirtschaftsleben notwendig macht. Zur Frage „Organisation der Frauen" macht Rednerin den Vorschlag, besondere Frauenversammlungen veranstalten zu lassen. Eine Verständigung über Berufsfragen ist am besten möglich, wenn Frauen und Männer gemeinsam beraten. Für die Organisation muß der Wahlspruch gelten: gleiche Rechte und gleiche Pflichten für Männer und Frauen. (Lebhafter Beifall.) Rednerin empfiehlt folgende Entschließung: „Der Kongreß erneuert die bereits auf früheren Kongressen gefaßten Beschlüsse, die auf die Notwendigkeit intensivster Aufklärungsarbeit zur Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte für die gewerkschaftliche Organisation hinweisen. Er sieht darin und in der Heranziehung der organisierten Frau zur tätigen Mitarbeit in den Gewerkschaften ein Mittel, etwaige Interessengegensätze zwischen Männern und Frauen im Arbeitsverhältnis auszugleichen und den Frauen eine ihren Leistungen entsprechende Stellung zu verschaffen. Das Wirken für Gleichstellung von Männer- und Frauenarbeit in der Bezahlung bei gleichen Leistungen erscheint dem Kongreß selbstverständlich. Der Kongreß anerkennt das Recht der Frauen auf Arbeitsplätze, die ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechen. Er macht den Gewerkschaften zur Pflicht, darauf zu achten, daß bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften frauenfeindliche Bestrebungen nicht zur Geltung kommen." Zwei weitere Entschließungen fordern eine rege Agitation unter den Frauen und von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie ihre berufstätigen Familienmitglieder zum Eintritt in die Gewerkschaften anhalten. — In der Besprechung wandte sich Frau Lungwitz-Berlin gegen die Generalkommission, die im Kriege dem Kapitalismus und Militarismus zu viel Rechnung getragen habe. (Lachen.) Es wäre besser gewesen, wenn die Frauen keine Munition gemacht hätten. (Sehr richtig!) Die Folgen dieser gesundheitsschädlichen und demoralisierenden Tätigkeit werden sich später zeigen. Die Führer haben der Frauenfrage zu wenig Interesse zugewandt. Wir fordern, daß die Verbände mehr Frauen einstellen als bisher und fordern die wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen. (Beifall.)

Der Vors. Leipart spricht im Namen des Kongresses sein Bedauern über die geringe Zahl der anwesenden weiblichen Vertreter aus.

Es tritt dann die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

In der Nachmittagssitzung wurde die Besprechung fortgeführt.

Helene Grünberg-Nürnberg: Die Frauenarbeit darf bei gleicher Leistung nicht schlechter entlohnt werden als Männerarbeit. Sonderorganisationen lehnen wir ab. Unser Platz ist an der Seite der Männer. Die jetzt vielfach eingerichteten Frauenämter sind schädlich. Es sollten dafür bei den Arbeitersekretariaten gewerkschaftlich geschulte Sekretärinnen angestellt werden.

Schumacher-Berlin lenkt die Aufmerksamkeit auf die jetzt gebildeten Betriebsorganisationen der Angestellten, welche bezwecken, die Gewerkschaften zu zersplittern. Die Herkunft dieser Organisationen sei dunkler Art. Man wisse nicht, wer die Geldgeber seien; sie gebärden sich sehr radikal und üben eine Anziehungskraft auf weibliche Angestellte aus. Ihre Drahtzieher sind die höher besoldeten Angestellten. Sie werden durch die Unternehmer unterstützt und diese suchen die gewerblichen Arbeiterinnen zum Austritt aus den Gewerkschaften zu bewegen. Wenn die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung" fortfährt, Stellung gegen die Unabhängigen und Spartakisten zu nehmen, werden wir an ein eigenes Organ denken müssen.

Stühmer-Berlin fordert ebenfalls für Frauen bei gleichen Leistungen gleiche Löhne. Die Organisation hat die Aufgabe, die Errungenschaften der Tarifverträge festzuhalten.

Huber-München verlangt Verbot der Frauenarbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen, da diese gefährliche Arbeit nicht der Eigenart der Frau entspreche.

Frau Kähler-Berlin verlangt den Achtstundentag für Hausangestellte. Wer sich Hausangestellte halte, könne auch zu[...] anstellen, so daß ein Schichtwechsel stattfinden kann. Das [...] und Logiswesen der Hausbediensteten müsse aufhören.

Marie Hautz-Hamburg: Die Frauen tragen ein g[...] Schuld an dem Elend der Arbeiterinnen, weil sie sich [...] nügend gewerkschaftlich rühren. Sie bittet den Kongre[ß] mehr der Sache der Dienstmädchen anzunehmen, [...] durch Tarifverträge geschützt werden. Nach einem von Gertrud Hanna werden die gestellten Antr[...] men. Die Entschließung wurde dahin geändert: [...] anerkennt das Recht der Frauen auf Arbeits[...] Eigenart, ihren Kräften und Fähigkeiten ent[...]

Dem Kongreß wird telegraphisch mitgeteilt, [...] berg-Stockholm von der Landeszentrale der [...] schaften, der als Gast zum Kongreß angemel[...] storben sei. Der Kongreß ehrt sein Andenken [...] den Plätzen.

Sodann wird zum nächsten Punkt der [...] gegangen:

Richtlinien für die künftige Wirksamkeit

und die Bestimmungen über die Aufgabe der [...] hat die Konferenz der Zentralvorstände Richt[...] als Grundlage der Besprechung dienen.

Berichterstatter Leipart: Nach der [...] vielfach die Meinung, die Gewerkschaften [...] worden. Der gute Erfolg der Revolution h[...] weckt. Man hielt neben der politischen auch [...] schon für beendet. Die Massen vergaßen di[...] **Demokratie die Voraussetzung für die Verw[...] lismus** ist. Die Zersplitterung der Arbeiters[...] daran, daß Grund vorhanden ist, mit den [...] lution unzufrieden zu sein. Alles müssen wi[...] Streit zu beenden. Wir wollen, daß die Revol[...] wird, aber nicht durch Putsche und Gewalttätigk[...] Streiks, auch nicht im Tempo der Evolution, sonder[...] **nären Tempo.** Dafür wollen die Gewerkschaften ih[...] gefügte Kraft einsetzen. Die Durchführung der sog[...] lution gehört in das Gebiet der Gewerkschaften, geh[...] Aufgaben. Sie haben der Revolution in demselben M[...] arbeitet, wie die politische Partei. Jeder Streik war [...] bares Zeichen **unserer revolutionären Kraft.** Darum wei[...] vom Kapitalismus mehr gehaßt als die politische Partei, [...] Kapitalisten deren Ziele für Utopie hielten, während wir [...] Tag für Tag ein Stück um das andere von ihrer Herrschaf[...] rangen. Erst im Frühjahr 1918 kamen die Herren der G[...] industrie zur Erkenntnis. Von diesem Zeitpunkte an datier[...] die Verhandlungen, die zur Gründung der Arbeitsgemeinschaf[...] führten. Nachdem die Unternehmer sich zur Annahme folgender Bedingungen bequemten: Freigabe der gelben Gewerkschaften, politische Koalitionsfreigabe, paritätischer Arbeitsnachweis und Schlichtungsausschüsse in den Betrieben, kollektive Vereinbarungen über den Arbeitsvertrag und sofortige Durchführung des Achtstundentages, wurde der Vertrag unterzeichnet. So sieht die „Ausschaltung der Gewerkschaften in der Revolution" aus. (Sehr gut!) So wenig wie die Forderung des Mitbestimmungsrechts in unserer Gewerkschaftsbewegung neu ist, so wenig ist es die Frage der **Betriebsräte.** Diese Forderungen sind so alt, wie die Gewerkschaften selbst. (Sehr wahr!) In der Frage der Betriebsräte wollen wir nicht auf die Gesetzgebung warten. Wir raten den Gewerkschaften dringend, schon jetzt bei Tarifberatungen auf die Durchführung der Bestimmungen zu dringen, die die Vorständekonferenz in ihren Resolutionen vorschlägt. Nicht alle Arbeiterfragen können durch den Parlamentarismus erledigt werden. Im demokratischen Staat muß auch Platz sein für die **Selbstverwaltungsorgane.** Es könnte nicht Aufgabe der Vorständekonferenz sein, ein Programm für die **politischen** Funktionen der Arbeiter aufzustellen, um so weniger, als sich die politischen Parteien über diese Frage selbst noch nicht einig sind. Unsere Aufgabe ist die Erörterung der wirtschaftlichen Funktionen dieser Körperschaften. Die Arbeiterräte sollen mit, aber nicht allein bestimmen, als Gewerkschafter vertreten wir in erster Linie die Interessen der Arbeiter. „Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann!" Dieses Glaubensbekenntnis, das wir bis jetzt hochgehalten haben, wollen wir auch bei der Sozialisierung gelten lassen. Wir können nicht allein die Sozial-

sierung durchführen. Wir, alle Gewerkschaften, wollen die Produktion nicht selbst übernehmen, diese Aufgabe fällt den **Wirtschaftskammern** zu. Unsere Aufgabe ist es, in diesen Kammern auf eine gesunde Arbeiterpolitik zu achten. Frei und ungebunden wie bisher wollen wir die Arbeiterinteressen auch in dem sozialisierten Betriebe vertreten. Diese Interessenvertretung muß auch in Zukunft berechtigt und zulässig sein. Und darum betonen wir auch im Zeitalter des Sozialismus das **Streikrecht**. Aber wie in der Vergangenheit werden wir auch in der Zukunft **keine Streikvereine** sein. Der Streik ist das **letzte** Mittel im wirtschaftlichen Kampfe und wir hoffen, es in Zukunft noch weniger gebrauchen zu müssen als bisher. Es wird noch eine zeitlang dauern, bis die Sozialisierung ganz durchgeführt ist. Im Sozialismus erblicken wir die **höhere** Ordnung unseres Wirtschaftslebens. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften an seiner Durchführung ist unentbehrlich. Darum ist es falsch, wenn die Arbeiter meinen, daß Arbeiter- und Betriebsräte die Gewerkschaften ersetzen könnten. Selbst wenn die Räte in allen Betrieben durchgeführt sind, werden sie nicht ausreichen zur Vertretung der Arbeiterinteressen. Ein Beispiel geben die **Arbeiterausschüsse**, die sich nur im Namen von den Betriebsräten unterscheiden. (Sehr richtig!) Wie sie oft nicht ohne die starke Rückendeckung der Gewerkschaften wirken konnten, so werden auch diese nichts ohne sie erreichen können. (Sehr richtig!) Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, die Gewerkschaften noch mehr zu stärken als es erfreulicherweise in den letzten Monaten geschah. Schon bald werden wir mit **harten gewerkschaftlichen Kämpfen zu** rechnen haben. Darum haben wir heute mehr zu tun, als uns über die Vergangenheit zu unterhalten. Riesenhafte Aufgaben stehen den Gewerkschaften infolge ihrer großen Erfolge noch bevor. Der ruhige und stille Kampf der Gewerkschaften, die zielbewußte Durchführung unserer Aufgaben, das ist die **wirkungsvolle, wahre revolutionäre Tätigkeit**. Gemeinsam mit den Betriebs- und Arbeiterräten müssen wir uns gegenseitig helfen und fördern für den dauernden Aufstieg der Arbeiterklasse. Das soll und muß auch die künftige Aufgabe für die Wirksamkeit der Gewerkschaften sein. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag, ½9 Uhr vormittags.

Nationalversammlung zu Weimar

44. Sitzung, Mittwoch, den 2. Juli, nachm. 2 Uhr.

Am Regierungstische: Dr. David, Bissell, Erzberger, Vertreter der Einzelstaaten, Heine, Dr. v. Preger u. a.

Präs. Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Das Haus berät zunächst den schleunigen Antrag der Abgeordneten Bachmeyer (b. k. Fr.) und Genossen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, die Aufhebung des gegen den Abg. Gandorfer beim Landgericht Straubing schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session zu veranlassen. Der Antrag wird an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Es folgen die Interpellation von Arnstadt (Dnat. Vp.) über Beamtenfragen, Groeber (Z.) über Revolutionsschäden, Auer (Soz.) über die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne, über die Notlage der Zivil- und Militärrentenempfänger, Arnstadt (Dnat. Vp.) über die Planwirtschaft.

Die Minister David, Bissell und Erzberger erklären sich zur Beantwortung der in ihr Tätigkeitsgebiet fallenden Interpellationen in den nächsten Tagen bereit.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Entwurfes

Verfassung des Deutschen Reiches

rund des Berichtes des Verfassungsausschusses. Dieser wurf in sieben Punkten abgeändert.

Fehrenbach teilt mit, daß der Aeltestenausschuß für orschlägt, den Berichterstattern 25 Minuten und den Minuten Redezeit zu gewähren. Gegen den Ein- Heile (Dem.) weist Präsident Fehrenbach e Rätefrage Gegenstand einer besonderen Vorolge auch besonders behandelt werden würde. , die Handhabung der Redezeit bei besonders sein Ermessen zu stellen und dem Vorschlage s zu folgen. Widerspruch erfolgt nicht. Das beschlossen.

Abg. Haußmann (Dem):

ssung wird die staatsrechtliche und Grundlage für die Zukunft des s geschaffen. Der Verfassungsentwurf beraten worden. Unter anderem sind nicht timmungen notwendig gewesen. Das Werk kter der Arbeit einer Partei, alle Parteien kt und ihr bestes an produktiver Arbeit ge- Problem des

Einheitsstaates

, dennoch ist auf vier großen Gebieten die Reichseisenbahnen und Reichspost, , die Regelung der Reichswasser- Reichswehr waren unabwendbar. Das ent- Gefühl des Volkes, das die wirtschaftlichen und rpunkte im Reiche verankert sehen will. Der Ver- g hat auch den Reichsrat als Vertretung staaten bestätigt. Ein einheitliches Staatswesen einer Körperschaft bestehen, nicht in zwei Körperschaften. Ein verfassunggebendes Reichsgesetz soll ferner Be- über die Neugestaltung und Neubildung Länder treffen und nur unter gewissen Vorgen, einmal wenn der Wille der Bevölkerung rt, und zweitens, wenn ein überwiegendes Allgemeininteresse t. Bei dem dehnbaren Inhalt des letzten Begriffes erschien Zweidrittelmehrheit als notwendig.

d die Verfassung angenommen, dann kann kein Volk sich einer freieren Konstitution rühmen.

(Beifall.) Das Deutsche Reich ist ein einheitlicher Volksfreistaat, gegründet auf der freien Selbstbestimmung der ganzen Nation. Der Reichstag ist der Träger der Souveränität, die in dem Volke ruht. Das ist eine Freiheit, wie sie in keinem anderen Volke getroffen. Wer das leugnet, würde lügen. Das richtige Funktionieren dieser Verfassung hängt von dem Willen der Nation ab, ob sie von dem Willen beseelt ist, ihr Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen. Beherrscht dieser Geist unsere Arbeit, dann wird diese Verfassung das deutsche Volk erheben. Der sogenannte Vorspruch (Präambel) lautet nach dem Ausschußbericht: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben." (In dem Entwurf hieß es: „den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den sozialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben".) Im ersten Hauptteil enthält der erste Abschnitt die Bestimmungen über die Gliederung des Reiches unter der Ueberschrift: „Reich und Länder". Hierüber berichtet

Abg. Dr. Kahl (D. V. P.): Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs, der ursprünglich beabsichtigt war, ließ sich angesichts der tatsächlichen Lage nicht verwirklichen. Das schwierigste, aber wichtigste Gebiet des neuen Verfassungswerkes ist die Schaffung eines gerechten Ausgleichs der staatlichen Ansprüche zwischen Reich und Ländern. Möge sie gelöst werden, frei von jeder doktrinären Einseitigkeit des Unitarismus oder des Föderalismus in dem Sinne, daß neben der Erhaltung eines staatlichen Eigentums der Länder eine festgefügte Reichseinheit und eine starke Reichsgewalt geschaffen wird; sie allein kann diejenige Kräfteentwicklung des deutschen Volkes auslösen und verbürgen, die uns aus der Tiefe zur Höhe emporführen kann. (Beifall.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.)

begründet den Antrag der Unabhängigen, in der Ueberschrift die Worte „Verfassung des Deutschen Reiches" zu ersetzen durch „Verfassung der Deutschen Republik". Die tiefeingreifenden Veränderungen, die sich im Leben des deutschen Volkes vollzogen haben, müßten auch schon in der Ueberschrift zum Ausdruck kommen. Der neue Staat darf mit dem Deutschen Reich von früher nichts zu tun haben. (Lebh. Widerspruch rechts.) Der Redner tritt lebhaft für den Einheitsstaat ein und fordert, daß er mit allen Mitteln durchgesetzt wird.

Reichskommissar Dr. Preuß:

Ich freue mich, wenn Dr. Cohn anerkennt, wie ungeheuer viel sich geändert hat in Deutschland; sonst wird gerade auf dieser Seite unterschätzt, was durch die Revolution geändert ist. Der Gedanke, daß das Deutsche Reich eine Republik ist, kommt in der Verfassung durchweg zum Ausdruck. Ob auch darüber steht „Republik", macht keinen großen Unterschied. Der Antrag steht in Widerspruch zu dem Gedanken, die Vereinheitlichung des Reichs in den Vordergrund zu rücken. Nach unserer ganzen geschichtlichen Entwicklung knüpfen sich die deutschen Einheitsbestrebungen an das Wort „Deutsches Reich". Wenn eine starke Volksströmung für den Einheitsstaat vorhanden wäre, hätte sie sich unter diesem Druck von außen in den letzten Wochen mit elementarer Wucht geltend gemacht und die staatlichen Sonderungen fortgeschwemmt. Wir geben dem Reich die Einheit, die zurzeit notwendig ist, wir stärken das Reich in dem, was es unter dem Druck der Lage braucht, und wir lassen den Ländern die Selbständigkeit, die ohne Gefährdung der Reichsinteressen möglich ist. Es wäre in absehbarer Zeit unmöglich, eine auf ganz anderer Grundlage ruhende Verfassung Deutschlands zu schaffen. Die große Mehrheit der Nationalversammlung würde darauf nicht warten, sondern lieber auf der jetzigen Grundlage schnell arbeiten und weitere Fortschritte der natürlichen Entwicklung überlassen, die durch forcierte Forderungen eher gehemmt als gefördert werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Ablaß (Dem.):

Die Erwägung, daß das Ausland an der Bezeichnung „Deutsches Reich" Anstoß nehmen könnte, scheidet für mich vollständig aus; ich bin doch so weit national gefestigt, daß ich in dieser Beziehung der Rücksicht auf das Ausland keinerlei Spielraum einräumen möchte. (Lebhaftes Bravo bei den Demokraten und rechts.) Wir sprechen ja auch von einem Frankreich, und wir wissen, daß es eine Republik ist und kein französisches Kaiserreich. Ich lasse mir den Stolz auf das Deutsche Reich nicht nehmen; es war ein Gebilde, auf das wir mit Recht stolz sein durften. (Lebhaftes Bravo bei den Demokraten und rechts.) Und deshalb kann ich mich nicht bereit erklären, durch die Geschichte der letzten 45 Jahre einfach einen Strich zu machen. Herr Dr. Cohn meint, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn die Revolution eine stärkere Stoßkraft in der Richtung eines Einheitsstaats ausgeübt hätte. Darüber läßt sich reden. Man wird gewiß auch nicht behaupten können, daß die Unabhängigen in der Zeit, als sie in Bayern die Herrschaft hatten, sich bereit gefunden hätten, einen starken Vorstoß in der Richtung des Einheitsstaates zu unternehmen und den Partikularismus mit Keulen tot zu schlagen, im Gegenteil, sie haben ihren partikularistischen Topf auch weiterhin zum Brodeln gebracht, ja sogar zum Schaden des Einheitsstaates. (Sehr richtig.) Ich bitte, den Antrag des Herrn Dr. Cohn abzulehnen. (Beifall.)

Abg. Dr. Quarck (Soz.):

Ueber die Frage, ob es in der Ueberschrift „Deutsches Reich" oder „Deutsche Republik" heißen soll, ließe sich streiten. Wir messen ihr aber keine große Bedeutung bei, da in der Verfassung selbst von der Deutschen Republik die Rede ist. Um aber agitatorischen Mißdeutungen und Mißbräuchen vorzubeugen, sind wir geneigt, für den Antrag Cohn zu stimmen. Der Vorschlag, die endgültige Beschlußfassung über die Durchführung des Einheitsstaates aufzuschieben, ist doch wohl nicht ernst zu nehmen. Er ist auch angesichts der Stellungnahme des Hauses undemokratisch und aussichtslos. Im Ausschuß sind wir mit aller Entschlußkraft für den Einheitsstaat eingetreten, weil er das Produkt der Entwicklung des Volkes ist. Bei den Beratungen im Reichsamt des Innern hat gerade Eisner die stärksten Vorstöße für den Partikularismus gemacht, und gerade Braunschweig, dieser ganz revolutionäre Staat, ist genau ebenso aufgetreten. Und ist es denn ein Zufall, daß die sozialen Errungenschaften des alten deutschen Staates auf partikularistischer Grundlage abgelöst werden sollten?

Die Revolution hat das Gegenteil des Einheitsstaates erreicht.

Die Unabhängigen haben so viel Massenbewegungen gemacht, aber eine für den Einheitsstaat nicht. (Sehr richtig!) Im Ausschuß hat Dr. Cohn wohl einige Sätze für den Einheitsstaat gesprochen, ist aber mit seinen jetzigen Anträgen noch niemals hervorgetreten. (Sehr richtig!) Er kommt also sehr spät. Wie kommt er jetzt zu solcher Entschlußkraft? Wir haben eine Menge großer Verwaltungen, zuletzt noch die Zoll- und Steuerverwaltungen im Reiche zusammengefaßt. In den Anträgen ist aber darüber kein Wort zu finden. Solche Zusammenfassung im Reiche wäre auch für die Verwaltung der Einzelstaaten geboten; auch in diesen Fragen haben die Unabhängigen keine Entschlußkraft gezeigt. An den entscheidenden Punkten die Reichskraft zu stärken, darauf kommt es an, darin könnten wir einig gehen. Vorläufig heißt es nun eine langsame, kontinuierliche Arbeit im Sinne der Vereinheitlichung. Nur so können wir zum Ziele kommen.

Der Antrag Agnes, als Ueberschrift „Verfassung der Deutschen Republik" zu setzen, wird abgelehnt, die Ueberschrift „Verfassung des Deutschen Reiches" angenommen. Ohne Aussprache wird auch die Einleitung angenommen.

Es folgt die Beratung über Artikel 1, in dem bestimmt wird, das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Abg. Dr. von Delbrück (Dnat. Vp.):

Für uns bedeutet dieser Artikel den Abschied von einer großen Vergangenheit, von der Verfassung und dem alten Deutschen Reich. Für uns entsteht daraus die Frage, ob wir unser Siegel unter diese Tatsache drücken sollen. Wir verneinen sie, weil wir noch heute

grundsätzliche Anhänger der Monarchie

sind. (Lebhafter Beifall rechts.) Dennoch wollen wir auf dem Boden der neuen Tatsachen weiter mitarbeiten und eine Politik der Aktivität treiben, die unserem Vaterlande den Weg zur Macht wieder eröffnet. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Wir bedauern namentlich die Bestimmungen über die Reichswehr, die in einem Augenblicke ergehen, wo der Wilsonsche Völkerbund aufgerichtet werden soll. Ein Bluff, mit dem weiter nichts als die wirtschaftliche und politische Knechtung des deutschen Volkes erreicht werden soll. Wir verneinen die Frage, ob diese Republik die Aufgabe erfüllen und uns aus der Not zur Höhe führen kann, mit aller Bestimmtheit. (Lebhafter Beifall rechts.) Man wird eine Kontrolle über die Lehrtätigkeit einführen und alle Reminiszenzen an das alte Reich verneinen. Ausrotten wird man die Erinnerung aber nie. (Lebhafter Beifall rechts. — Große Unruhe links. — Zuruf.) Wir richten den besonderen Wunsch an die Regierung, daß die Lehrer, denen die staatsbürgerliche Ausbildung anvertraut wird, aus der Seele den Kindern den Geist des weichen Pietismus heraustreiben, der neuerdings mode geworden ist, und ihnen stolzes Selbstgefühl einpflanzen. Wir wünschen auch der Regierung die Fähigkeit zu raschen und mutigen Entschlüssen, wenn sie ihre Fähigkeit jetzt noch betätigen will, dann muß das rasch geschehen. (Große Unruhe links. — Zuruf: Es lebe der neue Krieg!) Möge es gelingen, unser Vaterland auf eine Höhe zu führen, die uns vor erneuten Schrecknissen bewahrt. (Lebhafter Beifall rechts, Zurufe links: So spricht ein Schuldiger!)

Von den Abgg. Frau Agnes und Genossen (U. Soz.) ist inzwischen der Antrag eingegangen, den Satz 1a in Artikel 1 wie folgt zu fassen: „Die deutsche Republik ist ein Einheitsstaat."

Reichsminister Dr. David:

Der Herr Vorredner hat gefragt, ob auch für seine Partei die Freiheit gelten solle, von der in der Verfassung die Rede ist. Ganz gewiß. Die neue Verfassung eröffnet die freie Bahn für jeden geistigen Kampf, das ist die große Errungenschaft der neuen Verfassung im Gegensatz zum alten System. (Beifall und Widerspruch.) Gegenüber dem Vorwurf des Herrn Dr. Delbrück, die Verfassung trage den Charakter der Schwäche und der Weichheit, stelle ich fest, daß der Artikel 1 lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Ich glaube, das sind starke (Zuruf rechts: Worte!) — das sind starke Sätze, und wenn die Herren (nach rechts) die Probe aufs Exempel machen und versuchen wollten, ihre Auffassung gegen diese Feststellung auf dem Wege der Gewalt durchzusetzen, so werden sie finden, wie

stark und kraftvoll die Republik begründet ist.

(Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung links. Widerspruch. Zurufe: Generalstreik! rechts.) Auch der Generalstreik hat die republikanische Verfassung nicht umzuwerfen vermocht und wird sie auch aller Voraussicht nach nicht umwerfen. (Zuruf: Abwarten!) Dann hat der Vorredner gemeint, die Lage, in der die Verfassung verabschiedet werde, sei eine trübselige, es seien Träume zerronnen und Illusionen zerschellt auf dem Wege von Spaa nach Versailles, und er hat im Gegensatz dazu das Lob des alten Systems gesungen. Er hat nur vergessen, daß diese alte Herrlichkeit in sich zusammengebrochen ist. (Sehr wahr und lebhafte Zustimmung links.) Die deutsche Republik hat eine bankerotte Firma übernehmen müssen. (Beifall links, Widerspruch und Unruhe rechts.) Sie hat das getan aus Pflichtgefühl unserem Volk gegenüber. (Widerspruch und Gelächter rechts.) Die deutsche Republik wird das deutsche Volk wieder emporführen aus dem tiefen Sturz, in den es durch das alte System gebracht worden ist und dabei soll die neue Verfassung gute Dienste leisten.

Abg. Koch (Dem.):

Herr Dr. Delbrück hat gesagt, das beste, was man heute hätte schaffen können, wäre die demokratische Monarchie vom Oktober 1918 gewesen. Ein wertvolles Zugeständnis — schade nur, daß die führenden Männer mehr als vierzig Jahre haben verstreichen lassen, ohne auch nur einen Finger zur Erfüllung dieses Ziels zu rühren. Heute ist der rechte Zeitpunkt gerade durch diejenigen, die sich immer schützend vor die Monarchie stellen wollten, verpaßt und heute kann von einer Wiedereinführung der Monarchie keine Rede mehr sein. Eine Monarchie, die nun einmal so ausgelitten und verloren gegangen ist, läßt sich nicht wieder aufrichten, ohne den Streit um die Frage Monarchie oder Republik im Volke zu verewigen. Demokratie und Parlamentarismus decken sich nicht, darum haben wir dem Reichspräsidenten das Recht gegeben, die Entscheidung des Volkes anzurufen. Die Verfassung ist nicht fehlerlos, aber wenn das Volk erst zur Ruhe gekommen ist, wird es erfahren, ein wie großes und gewaltiges Werk mit ihr entstanden ist. Die Jugend, in ihrem Sinne erzogen, wird nicht mehr der Spielball von Augenblickseinfällen sein. Für weichlichen Quietismus läßt die harte Zeit keinen Raum, wir wollen das Volk stahlhart erziehen.

Abg. Dr. Haase (U. S.):

Der Minister hat gesagt, die freie Meinungsäußerung solle nicht unterdrückt werden. Dennoch sind jetzt die „Rote Fahne" und noch andere Zeitungen verboten worden. Die Breslauer „Arbeiter-Zeitung" durfte sogar das Verbot ihren Lesern nicht mitteilen. Heute sind die Kommunisten geradezu für vogelfrei erklärt worden. Solche Zustände haben wir nicht einmal beim Sozialistengesetz erlebt. Die „Deutsche Zeitung" durfte am Tage nach ihrem Verbot wieder erscheinen, die „Rote Fahne" dagegen nicht. (Beifall bei den U. Soz.)

Minister Dr. David:

Soweit sich der Kampf im Rahmen des geistigen Kampfes hält, wird er von der Regierung niemals eingeschränkt werden, aber wenn aufgefordert wird,

Gewalt mit Handgranaten

anzuwenden, dann ist es Pflicht der Regierung, die Demokratie vor Bedrohung zu schützen. (Großer Lärm. Abg. Haase ruft: Die alte Methode der Monarchisten! Zwischen den beiden sozialistischen Parteien werden lebhafte Zwischenrufe gewechselt.) Die Regierung würde dem Abg. Haase und seinen Freunden sehr dankbar sein, wenn sie ihren ganzen Einfluß aufbieten würden, auch nach den weiter linksstehenden Schichten hin, daß diese davon Abstand nehmen, ihrerseits mit Gewalt zu drohen und sich im Rahmen des geistigen Kampfes halten. Das ist der schnellste und sicherste Weg, jeden Belagerungszustand und Presseverbote aus der Welt zu schaffen. (Großer Lärm bei den U. Soz.)

(Schluß auf der 3. Seite des Hauptblattes.)

Aus aller Welt.

Raubüberfall auf einen Kassenbeamten.

Dortmund, 2. Juli. (TU) Ein schwerer Raubüberfall ist auf dem Wege von Unna nach Altenbögge verübt worden. Dem Rechnungsführer Redenberg aus Altenbögge wurden etwa 30 500 M., die für die Abschlagslöhnung der Zeche Königsborn bestimmt waren, geraubt. Der Beamte, der das Geld in einer Kassette von Königsborn geholt hatte, befand sich in einem Kutschwagen auf dem Wege nach Altenbögge und wurde unterwegs von mehreren Personen überfallen. Zwei der Räuber warfen dem Beamten Pfeffer in die Augen und zwangen ihn mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe des Geldes. Die Räuber suchten hierauf in einem Automobil das Weite.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man **einen** Buchstaben und **eine** Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 3. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Bis einschließlich 26. Juli findet die juristische Sprechstunde von 3 bis 5 Uhr statt.

Brandenburg. Rückzahlung ist nicht zu erlangen. — **E. L. Rosteck.** 1. U. C. Ja. 2. und 3. Wenden Sie sich unter Sachdarstellung an das Kriegsministerium. — **E. M. 50.** Falls Sie einen gesetzlichen Grund zum Getrenntleben haben, steht Ihnen das Recht zu, die zur gesonderten Wirtschaftsführung notwendigen Sachen herauszuverlangen. Im Belagerungsfalle müssen Sie Klage erheben. — **Gottesberg. B. 9.** Nur wenn Sie Kriegsbeschädigter sind. — **F. B. 77.** 1. Ja. 2. Frühere Dienstzeit würde angerechnet werden. 3. Nein. — **E. P. 10.** Versuchen Sie es mit einer Beschwerde beim Versicherungsamt in Lück. Wir halten solche jedoch für erfolglos. — **M. R. 89.** Nein nur die Hälfte. Auseinandersetzung kann noch jetzt verlangt werden. — **O. R. 48.** Nein. — **E. B. 2.** Uns nicht bekannt. — **Helene 77.** Zweckmäßig ist ein schriftliches Gesuch. — **P. H. 55.** 1. u. 2. Adressen sind uns nicht bekannt. 3. Gilt nur für Kriegsbeschädigte. — **E. Sch. 1891.** 1. 15 bis 45 M. 2. Für jeden Besuch 1,50 bis 2,75 M., event. Auslagen für Fahrgeld. — **A. J. 200.** Am 31. Juli 1914. — **K. Göhre, Knyrodestraße 119.** Fragen Sie beim preußischen Kriegsministerium an. — **R. 66/67.** 1. Uns nicht bekannt. 2. 100 000 M.; Ersatz sachlicher Ausgaben- freie Wohnung. — **R. L. 65.** 1. Sie können sich an alle drei Versicher

rungsträger wenden. 2. Keiner. 3. Chaos = kā-os. 4. Orchester = orkēster. — **F. B. 201.** Ihre Anfrage ist in der Morgenausgabe vom 31. Mai d. Js. beantwortet. — **W. Z.** Nein.

H. L. 22. Erkundigen Sie sich beim Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten, Berlin, Oranienstr. 1. — **R. T. 32.** Ja, mit Ausnahme der Pensionserhöhungen und der Verstümmelungszulage. — **A. K. 21.** 1. 4140 M. 2. Ab 1. Januar 1920, wenn nicht das Vollstreckungsgericht vorher genehmigt. 3. Für den Schuldner ⅓, für jeden Familienangehörigen $^{1}/_{10}$. — **Monist.** 1. Eigenhändige Niederschrift mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen, die auf Ihrem Polizeirevier oder beim Bezirksvorsteher beglaubigt werden kann. 2. Geschäftsstelle des Kulturkartells, Pappelallee 15/17. 3. Nicht erbberechtigt. — **K. T. 88.** Das für Ihren Wohnort zuständige Bezirkskommando. — **G. J. 100.** Werden Sie sofort beim Magistrat vorstellig. — **Friesack.** Beschwerde beim Kriegsministerium, Versorgungsabteilung, Berlin, Leipziger Str. 5. — **R. F. 24.** Die Veranlagung ist zu unrecht erfolgt. Sie mußten jedoch innerhalb 4 Wochen bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission reklamieren. — **A. B. 1.** Ja, falls eine schriftliche Abmachung mit dem Vormund unter Zustimmung des Vormundschaftsgerichts getroffen wird. — **J. M. 45.** Richten Sie Ihre Anfrage an Herrn Rogatzki, NO 55, Prenzlauer Allee 194. — **J. O. P. 100.** Näheres erfahren Sie beim Patentamt, Berlin, Gitschiner Straße. — **10. K.** Ist uns nicht bekannt. — **G. D. 65.** 1. Zu Polen. 2. u. 3. Eine Einreise dürfte zurzeit nicht möglich sein. — **Wh. 51.** Der Ruderverein Vorwärts hat seinen Sitz in Oberschöneweide, Wilhelmsstrand. — **Neffe 70.** Versuchen Sie es bei der Poliklinik der Charité, Schumannstr. 21, Sprechzeit 9—11. — **Krüger. Vorderhaide.** Landarbeiterverband, SO 16, Michaelkirchplatz 1. — **A. Käppel, Selb in Bayern.** Fräul. Dr. Bogodzinski, Berlin, Monbijouplatz, Bund für Mutterschutz, Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstraße 149. — **Mauschelstamm.** 1. Sehen Sie im Adreßbuch unter „Vereinen" nach. 2. und 3. Können wir nicht beantworten. — **X. Y.** Nein. — **W. F. 100.** 1. Nein, reklamieren Sie. 2. Nein. Karten erhältlich bei Horsch, Engelufer 14 und Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Straße. 3. Bezirkssekretariat Groß-Berlin, Bellevuestr. 7. — **H. H. 75.** Um eine neue Wohnung brauchen Sie sich nicht zu bemühen, warten Sie die Vorladung des Mieteinigungsamts ab.

Lessing-Theater
Sommerspielz.: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: **Charleys Tante.**

Deutsches Künstler-Theater.
8 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
7½ Uhr: Der heilige Florian.

Deutsches Theater.
7½ Uhr:
Auch ich war ein Jüngling ...
(Schwank).

Kammerspiele.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib u. der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr
Mia Werber und Hans Wassmann in **Die Geisha.**

Theater i. d. Königgrätzer Straße
½8 Uhr: **Der Häuptling.**

Komödienhaus
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau
8: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater
8 Uhr: **Die tolle Komtess.**

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr **Die Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Die Fledermaus.**

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Der Hias.**

Kleines Theater.
7½ Uhr:
Unterm Baume der Erkenntnis

Komische Oper
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus
7½ Uhr z. 1. M.: **So ein Mädel.**

Metropol-Theater.
7 Uhr 30 **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus.
7½ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Palast-Theater
7½ Uhr: **Talisman.**
Operette in 3 Akten v. Zorlig.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
Heute geschlossen. Morgen z. 1. M.: Junger Sonnenschein.

Th. am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Die Schleichhändler.
7½ Uhr: **Die Puppe.**

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polterabend.

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Das Gesetz.**

Reichshall.-Theater
Gastspiel d. berühmten Dresdener
Victoria-Säng.
Völlig neues Programm.
1. 8. Wiederauftreten d. Stettiner Sänger.

Kaffee Zielka
(Equitable)
Friedrichstraße 59/60, Ecke Leipziger Straße

Jeden Abend:
Serenissimus Hyronimus XVI.
mit seinem (80/19*
Hofmarschall Kindermann
die Höchstleistung unterhaltender Komik, und die
übrigen Attraktionen.
Billard-Wettspiele
Rosendiele 30 Billards

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7¾ Uhr:
Elite-Sänger
4 ehem. Mit l. der Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Blüthgen-Konzert.

Kaufen Wein- und Sektflaschen
und holen bei größeren Posten zu guten Preisen ab
R. Rachenstein, G. m. b. H.,
Charlottenbg., Windscheidstr. 5.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927.2361
Tägl. 8 U. Heute z. 297. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Die Frau des Debutanten.

Berliner Prater
7/9 Kastanienallee 7/9.
Täglich:
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanz-Diele täglich: **Ball.**
Anfang 4½ Uhr.

Rose-Theater.
7½ Uhr: **Ehe-Urlaub.**
7½ Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

Luisen-Theater.
Bis Freitag, 7½ Uhr:
Die lichtscheue Dame.
Ab Sbd. **Wenn Frauen lieben**
Sonntag 3 Uhr
Ein glücklich. Familienvater

National-Theater
8 Uhr Sturm. Erfolg 8 Uhr
Familie Hannemann.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Saal, 2850*
1000 Pers. fassend,
Versammlungen, Vereinsvergnügen, Familienfestlichkeit.
Martin Mitritz, Stralauer Strasse 8510, Sophienstr. 34.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 171. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾ Sonntag 3½ und 7¾
Letzter Gastspiel-Monat
der Gesellschaft
Anton
Herrnfeld
mit der neuesten Schlager-Burleske
Nur nicht schießen
Vorh. Spezialitäten!
Sonnt. 3½ jd. Erwachs 1 Kind frei!

Admirals-Palast.
Täglich ½8 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette
Im Gespensterschloß
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Revue

Admirals-Kino.
Der Schmuck d. Gräfin
D. Lebens Rutschbahn

Vornehm ruhiges Bad
Station: **„Bad Sachsa",**
Südharz. Pension 15—30 M.
Kostenl. Vermittlg. **Gottschalk, Bad Sachsa.** 2971*

Rennen zu Berlin-Grunewald
(Rennen des Hamburger Rennklub)
2. Tag: Donnerstag, den 3. Juli, nachm. 3 Uhr
7 Rennen, u. a.:
Renard-Rennen 21000 M.
Verkehrsverbindungen:
Vorortzüge bis Bahnhof Rennbahn, Untergrundbahn bis Bahnhof Reichskanzlerplatz, Straßenbahnen D und U bis Bahnhof Heerstraße etc.

Tonndorf
Berlin NW, Unter den Linden 58
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!
Abteilung: Die Bar ist geöffnet!
Mixer: Werner
Treffpunkt der Sportleute!
Kapelle: Willy Renter
Geschäftsleitung: Tonndorf-Betriebe
Gb. Arno Tonndorf

Für Volks- und Kinderfeste
Humor. Kopfbedeckungen, Polonaisenstäbe, Stocklaternen, Girlanden, Fenster, Lampions, Feuerwerk, Konfetti, Luftschlangen, Radausachen, Verlosungsartikel usw.
Pohl & Weber Nachf.,
Berlin SW 19,
Spittelmarkt 4/5. [12082*

Viktoria
Inh. Emil Hofmann
Café und Diele
Unter den Linden 46 · · Ecke Friedrichstraße
Café: Konzerte **Rudolf Weintraub**
Viktoria-Diele: 1. Stock zum 5-Uhr-Tee u. abends
Kapelle **Beermann** u. Kapelle **Gebr. Wolfsecker** aus Wien.
Treffpunkt aller Fremden

MARMOR HAUS
Heute zwei Uraufführungen

ERNST HOFMANN
ESTHER CARENA
FERN ANDRA
IN
GEHEIMNISVOLLE GEWALTEN
IN 4 AKTEN
4. 6¹⁵ 8³⁰

Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 8 (Untergrundbahnhof Nürnberger Platz)
Gute Ballmusik
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag: **Gr. Ball**
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

Welcher Roman
erreichte trotz
Verbot
200000
Auflage?
Achtung! Inserat Sonnabend!

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 6 Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffneuheiten. Stoffausstellung.
Außerdem wird jeder Artikel in 6 Tagen gefärbt,
Trauersachen in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 68 I.

Linden-Restaurant
Eingänge:
Unter den Linden 44
Friedrichstraße 62
allseitig gerühmte Küche!
Echt Pilsener und Münchener Biere
Kapelle Michälet
Geschäftsleitung:
Tonndorf-Betriebe
Gb. Arno Tonndorf

Vergnügungspalast Schloßbrauerei Schöneberg
Hauptstr. 122/123.
Entscheidungskampf:
Gametta (Schweiz)
gegen
Döring (Westpreußen)
Ringkämpfe:
Scholz (Brandenburg) gegen **Keddets** (Stettin)
Schwarz (Weltmeister) gegen **Jakson** (Austral.)
Alex. Thiel gegen **Pertifean** (Berlin).

MÖBEL
Lieferung kompletter
Herren-, Speise-, Schlaf- und Wohnzimmer
ab Fabrikgebäude m. eig. Lastauto nach jedem Ort.
MÜLLER
Berlin, Alexanderstr. 31.
Tel. Kgst. 1737.

Merkel & Co.
Meißen
empfehlen sich bei Bedarf von Zeitungstaschen, Delegiertenmappen, Markenmappen ꝛc.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipz. Str. 75 II
Zentrum 1964 · Geschäftsz. 10—
Höchste Beleihung
Diskret., Reellste Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen.
10—50%, unt. Ladenpr.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Franz Mehring:
Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende u. Lernende
Preis geb. Mk. 6,—

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe **vier fünfarm. silberne Tafelleuchter, viel anderes Silberzeug,** 60 m Kokosläufer, Papierservietten, Bonbücher, Tabletts, Stock-, Ansichthähne, Gläser, Porzellan, Reduktor, 12 m Gartenschlauch, Kotillonsachen, Kassetten, Beleuchtungsartikel u. a. m. 7/3
Schmidt, Melanchthonstr. 14.

Stoffe
für
Damen-Kostüme
Meter 20,-, 30,-, 40,-, 50,-
Herren-Anzüge
Meter 50,-, 60,-, 70,-, 80,-
Tuchlager Koch & Seeland
G. m. b. H.,
Gertraudtenstr. 20/21
Verkaufszeit v. 8—2 Uhr.

„Libelle"
Jägerstraße 63a
Gepflegte Weine
Gute Küche
Täglich Tanz. Anfang 8 Uhr
KAPELLE POLLSCHUK

Sporthaus Willy Kohlmey
Fernspr. Ndn. 2782 **Berlin N. 24** Fernspr. Ndn. 2782
Ziegelstr. 3 (an der Weidendammer Brücke und Bahnhof Friedrichstraße)

Heilanstalt
für moderne ambulatorische Behandlung
mit den besten und modernsten Apparaten für elektrophysikalische Licht- u. Natur-Heilmethode. Die wissenschaftlich anerkannte und glänzend bewährte Behandlung mit den „**Künstlichen Höhensonnen**" als Ersatz für Behandlung in den Hochgebirgs-Sanatorien. Die „Künstliche **Höhensonnen**"-**Behandlung** ist das beste und neueste **Heilverfahren bei allen Erkrankungen der Lunge und der Atmungswege,** speziell bei **Lungenschwindsucht und Tuberkulose** jeder Art, chirurgischer sowie innerer. Die hiermit erzielten Heilerfolge sind unbestreitbar. Daneben kommen die modernsten und besten Heilapparate und Methoden zur Anwendung, z. B. Röntgen-Behandlung und -Untersuchung, Elektromagneto-Therapie, sämtliche medizinischen Bäder sowie Kräuterbäder, Inhalation von reinem Sauerstoff und innerlicher Gebrauch von Sauerstoff-Präparaten, mechanotherapeutische u. homöopathische Behandlung ꝛc. — Durch die angeführten Heilfaktoren werden in unserer Heilanstalt hauptsächlich bei chronischen Krankheiten unbestreitbar die besten und dauerndsten Heilerfolge erzielt; **selbstverständlich nur bei genauer Durchführung der Kur, die ohne Berufsstörung** durchgeführt werden kann. — Mit bestem Heilerfolge werden behandelt: Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leberleiden; Nervenschwäche, nervöse Kopfschmerzen, allgemeine Nervosität, allgemeine nervöse Abspannung; Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtliche Ausschläge, Flechten, Wunden, Geschwüre; Lähmungen sowie Kinderlähmung; Stoffwechselkrankheiten, Zuckerkrankheit; Haut-, Harn-, und Unterleibskrankheiten. — **Freiwillige, briefliche und mündliche Anerkennungen früher behandelter und geheilter Patienten,** die angaben, vor der Behandlung in unserer Anstalt **anderweitig ohne Erfolg** behandelt worden zu sein: z. B.: 1. und 2. schreibt Herr Lehrer **Zielske** aus Zachsenbrück bei Zossen am 21. Dezember 1918: „Nachdem ich in einem Gebirgs-Sanatorium für Lungenkranke 5 Monate ohne Erfolg behandelt worden bin, habe ich in Ihrer Heilanstalt wieder Heilung gefunden und wurde vom Kreisarzt, der mich vorher für dienstunfähig erklärt hatte, nach genauer Untersuchung wieder für dienstfähig befunden. Seit dem 16. Oktober 1918 erteile ich 4 Stunden ununterbrochen Unterricht. Dies schreibe ich Ihnen ohne jegliche Beeinflussung Ihrerseits. Auch meiner Frau, die bei Ihnen behandelt wurde, geht es ausgezeichnet (litt an tuberkul. Halsdrüsenvereiterung)." — Herr Werkmeister **P. Völker,** Berlin, Utrechter Str. 25, schreibt: „Nachdem ich mehrere Wochen in einer ärztlichen Klinik ohne Erfolg behandelt worden war und mir schließlich der rechte Arm abgenommen werden sollte, habe ich mich in letzter Not an Ihre Anstalt gewandt und bin mit 45 Behandlungen von meiner **Blutvergiftung und Vereiterung des rechten Armes und der Hand** geheilt worden." — 4. Frau Magistratsassistent **Herrmann** aus Kottbus, Lausitzer Str. 14, schreibt: „Ich bin von meinen **Magengeschwüren** mit 30 Behandlungen völlig in Ihrer Anstalt geheilt worden, nachdem ich 12 Jahre lang anderweitig ohne Erfolg behandelt worden war. Ich fühle mich so wohl und gesund, wie ich mich noch nie gefühlt habe." — 5. Herr Feuerwerksleutnant **Moschlanka,** Neukölln, Weserstraße 31 (jetzt Königsberg i. Pr.) schreibt: „Meine Mutter, meine Schwester, meine Frau und ich sind in Ihrer Anstalt geheilt und gebessert worden: die Mutter von chronischem **Magenleiden,** die Schwester von **Kopfschmerzen und Schwerhörigkeit,** meine Frau von **Herz- und Magenleiden** und ich von **allgemeiner nervöser Abspannung."** — 6. Frau Restaur. **Hering,** Berlin, Schönhauser Allee 87, schreibt: „Ich bin vor mehreren Jahren bei Ihnen von **Herzleiden und Basedowscher Krankheit** geheilt worden. Aus Dankbarkeit habe ich Ihnen viele Patienten mit gleichem Leiden empfohlen. Sollte sich irgend ein Leiden bei mir bemerkbar machen, so werde ich mich sofort wieder an Sie wenden." — 7. Herr **W. Hesse,** Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße 67: Von 5 Monate alter, stark eiternder, breiter **Operations-Bauch- und Darmfistel** geheilt (vorher zweimal operiert). — 8. Herr **W. Herrmann,** Rahnsdorf, Dorfstr. 9: Von **tuberkulöser Brust- und Rippenfellvereiterung** geheilt. — 9. Herr **A. Schön,** Charlottenburg, Spandauer Berg 21: Von **Bronchialasthma** geheilt (anhalt. Heilung 9 Monate später bestätigt). — 10. Frau **M. Bornemann,** Berlin-Treptow, Graetzstr. 6: Von **Nieren- u. Blasenleiden** geheilt. — 11. Frau **Sennesch,** Berlin, Schreinerstraße 11: Von **Unterleibsleiden** und **Fingervereiterung** geheilt (Finger sollte abgenommen werden). — 12. Herr **P. Warskow,** Schöneberg, Eberstr. 56: Von **allgemeiner Neurasthenie, Herz- u. Magenneurose** und **Anaemie** geheilt (vorher dreimal, Nervenschoh). — 13. Frau **E. Freund,** Charlottenburg, Pestalozzistr. 50: Von **Venenentzündung im Unterschenkel** geheilt. — 14. Frau **A. Neubauer,** Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 91, I. Aufg. 1 Tr.: Von **Nervenschmerzen** in der Hüfte und Unfähigkeit zum Gehen geheilt. — 15. Frau **E. Hoberf,** Berlin, Kolberger Straße 28/29: Von **Nerven- u. Knochenhaut-Entzündung (vollständig gelähmt)** geheilt. — 16. Frau **M. Knorr,** Lichtenberg, Scharnweberstr. 62: Zu verschiedenen Malen von akuten und chronischen Leiden geheilt, u. a. von **Herzschwäche, Leberschwellung u. Magenkrebs.** — 17. Frau **A. Guchauer,** Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 102: Von **allgemeiner Neurasthenie, Leberanschwellung und Gallensteinen** geheilt (nach kurzer Behandlung Abgang von 18 Gallensteinen). — 18. **Familie Kirchner,** Steglitz, Albrechtstraße 107: Vier Personen von verschiedenen Leiden geheilt (gern zu Auskunft darüber bereit). — 19. Frau **A. Wunderlich,** Berlin, Schwedter Straße 250: Von **Magen- und Darmgeschwüren** geheilt. — 20. Frau **E. Regien,** Berlin, Kronbergstraße 5: Von **Nervenschmerzen im ganzen Körper** geheilt. — **Getrennte Behandlungsräume für Damen u. Herren! — Sprech- u. Behandlungszeit: 9—1, 4—7½. — Sonn- und Feiertag: 9—1.**

Aerztliche Anstaltsleitung:
Heilanstaltsbesitzer
Professor P. Mistelsky
graduiert und approbiert im Ausland
Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b
am Bahnhof Jannowitzbrücke.

müssen all' die flotten und hübschen Kleidungsstücke im Koffer sein, die auf der Reise unentbehrlich sind und erst den vollen, rechten Genuß Ihrer Ferienzeit verbürgen. Was Ihnen daran noch fehlt, das finden Sie bei uns in gewohnt vielseitiger Auswahl und außerordentlich

billig!

Seidenmäntel

besonders geeignet für die Reise

150.– 175.– 190.– 225.–

usw.

Waschkleider

hell und dunkel gemustert

99.50 125.– 149.– 165.–

usw.

Waschblusen

in allen erdenklichen Arten

19.– 29.– 35.– 48.–

usw.

Waschröcke

in Leinen- und anderen Stoffen

19.75 28.50 39.50 49.50

usw.

C&A

Königstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz.
Sonntags geschlossen!

Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bahnhof.
Sonntags geschlossen!

Möbel!

Sonder-Angebot!

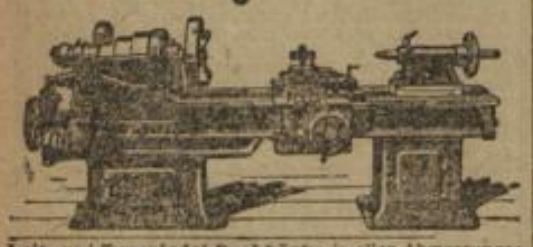
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Dielen-Möbel
Küchen

in großer Auswahl zu billigen Preisen

Beste Verarbeitung ✦ trockenes Material
Versand auch nach auswärts

Lombard- u. Möbelhaus „Bahnhof Börse" G. m. b. H.
Dircksenstraße 43–44.

Werkzeugmaschinen.



Leit- und Zugspindel-Drehbänke in allen Abmessungen Fräsmaschinen (Horizontal- und Universal), Schnellbohrmaschinen von 15–70 mm bohrend, Tischbohrmaschinen in jeder Größe, Revolverdrehbänke von 10–60 mm Durchlaß, Schleifmaschinen in allen Ausführungen, Werkzeug-, Universalwerkzeug-, Universal-Rundschleifmaschinen, Vertikal-Stoßwerke, Excenter- und Friktions-Pressen in verschiedenen Größen sofort ab Lager, neu und gebraucht, billigst lieferbar.

Telef.: Moritzpl. 12072 **Felix Kohls** Telef.: Moritzpl. 12073
BERLIN SO. 18, Brandenburger Ufer 2-3.

Everth & Mittelmann
Gegr. 1873. **Bankgeschäft** Gegr. 1873.
Berlin C. 19, Petriplatz 4
gegenüber der Petrikirche III
Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 und 11541.
Geschäftsstunden 10–1, 3–6 Uhr
Sonnabend Geschäftszeit 9–3 Uhr.
Anmeldung ausländischer Effekten kostenlos.
Gewissenhafte Beratung bei Anlage der freigewordenen Kapitalien.
Beste Verwertung ausländisch. Anleihen u. Coupons.

Juwelier Siegele
Berlin NW
Friedrichstrasse 53

Brillanten von höchstem Feuer
Perlen

Das Christusproblem gelöst! Soeben erschien: Vor 1919 Jahren! Wer war Jesus Christus?

In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus wirklich war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten nun einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus versehen von Fritz Schmidt. Kein Buchbinder wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis M. 2.50, schön gebunden M. 3.50, Nachnahme 50 Pf. mehr. Bestellung gratis.

Grosser Bücherkatalog gratis durch: Albrecht Dorath, Verlag, Leipzig 42.

Kronen, Brücken, Plomben

Zähne in 1 Tag

Minderbemittelten Ermäßigung. Dir. Koppe's
Spez.-Inst. f. mod. Zahnersatz
Magdeburger Str. 28. Ecke Lützowstr., Kurf. 1230

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 9 u. Nr. 180 nahe Rosenthaler Platz bei
Möbel-Lechner, Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8–6

Zähne mit echtem Friedenskautschuk 5 Mark.
5 Jahre Garantie. — Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung u. Gebissen gratis. Goldkronen u. 20 M. an.
Spezialität: Zähne ohne Gaumenplatte.
Zahnpraxis Hatvani,
Danziger Straße, Ecke Schönhauser Allee.

Blendend weiße Zähne durch
Chlorodont
die wunderbar erfrischende Zahnpaste

Heil-Anstalt „Löser"
Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9–1, 4–8.
Modernes Ambulatorium, Licht- und Finsen-Behandl. Inhalatorium — Gurgelkabinen
Elektrische und Medizinische Bäder
Harn- und Blutuntersuchungen.

DESAREIN

ist das beste Reinigungs- und Entfettungsmittel für schmutzige Arbeitsanzüge.

Garantiert unschädlich in seiner verblüffenden Wirkung!

Deutsche Sanitätswerke G. m. b. H., Frankfurt am Main,
BERLIN W 9, Potsdamer Str. 138.

7/4

Möbel
günst. **Einkauf**
Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen
DORN, Weinmeisterstr. 9
unweit Pfandkammer.

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Ein Marx-Brevier!
Geschichtliche Tat
Blätter und Sätze aus den Schriften und Briefen von **Karl Marx.** Auswahl und Gruppierung von **Franz Diederich.** geb. Mk. 4,50

Straßenhändler
nachweislich bis 150 pro Tag. Kommen Sie sofort zu uns. 9–5. **Rekord-Dertrieb,** Gr. Frankfurter Str. 67. 32456*

Lose der Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie
noch erhältlich
Ziehung der 1. Klasse 15. bis 16. Juli 1919.

1/8	1/4	1/2	1/1
5.25	10.50	21.–	42.–

Köthner, Einnehmer, Markgrafenstr. 26

Waltico®
Schärfscheibe
zum Schärfen der Kreuzmesser an Fleischwölfen

Ladenpreis 3 M.
In allen einschlägigen Geschäften zu haben
Direkt zu beziehen durch
Walter Tiedemann Konzern G. m. b. H.
Fabriken für Haus- und Küchengeräte
BERLIN W 57, Bülowstrasse 106

Seit über 25 Jahren ist
Lanolin-Cream Marke „Pfeilring"
in Tuben u. Dosen in all. Apotheken und Drogerien und Friseurgeschäften erhältlich,
das unübertroffen Beste zur Hautpflege.
Vereinigte Chemische Werke Aktien-Gesellschaft.
Abteilung Lanolin-Fabrik Martinikenfelde.
Charlottenburg, Salzufer 10.

Blendend weisser Teint
wird erzielt durch
Besalon-Bleich-Cream
der Leberflecken, Sommersprossen usw. entfernt. Probetube M. 2,50, große Dose M. 6.—. Zu haben in Apotheken, Drogerien usw. Fabrikant: Apotheker **Bruno Salomon,** Fabrik pharmaceutischer Präparate, **Charlottenburg IV f,** Bismarckstr. 96.

Versand durch die Luisenstädtische Apotheke
Berlin SO., Köpenicker Str. 119.

Steuerpolitik und Planwirtschaft.

Die Steuergesetzentwürfe liegen in den wesentlichsten Grundzügen nunmehr vor. Sie umfassen eine Reihe von Steuern, die das Kapital, insbesondere den Vermögenszuwachs betreffen, aber auch einen Ausbau von indirekten Stuern. So hat man es für nötig befunden, die Reichseinnahmen durch eine stärkere Belastung des Tabakverbrauches, der Zündwaren und des Zuckers zu erhöhen. Die Vermögenssteuern beziehen sich in erster Linie auf den zu erfassenden Kriegsgewinn und auf die außerordentlichen Kriegsabgaben für Einzelpersonen sowie auf die Erbschafts- und Schenkungsbesteuerung. Die große Reichsvermögensabgabe, die nach Erzberger 70 bis 90 Milliarden Mark Ertrag bringen soll, befindet sich zurzeit noch in der Bearbeitung. Nur der Vollständigkeit halber seien noch das Grundwechselsteuergesetz, das Rayonsteuergesetz (das den Wertzuwachs derjenigen Grundstücke betrifft, die durch die Schleifung der Befestigungen der Allgemeinheit verfügbar werden und dadurch im Werte steigen), eine Erhöhung der Spielkarten- und Vergnügungssteuer erwähnt.

Die Entwürfe entstammen noch der Zeit Schiffers und Dernburgs. Ihr Charakter zeigt deutlich, daß es diesen Männern absolut nicht darum zu tun gewesen ist, die sachlichen Zugeständnisse an den Sozialismus zu machen, die die Zusammensetzung des Parlaments und Kabinetts erfordert, daß sie vielmehr sich darauf beschränkten, Mittel zur Befriedigung des dringendsten Staatsbedarfs an Steuern zu suchen. Ob es ihnen mit den vorliegenden Entwürfen gelungen ist, darf freilich bezweifelt werden. Viel wird davon abhängen, wie die Stuern beigetrieben werden. Wenn man fortfährt, durch Generalpardons auf die Steuerunmoral Prämien zu setzen wie bisher, wird man allerdings damit wenig erreichen können.

Wir vermissen in der Staffelung der Erbschaftssteuer den sozialistischen Geist. Dieser würde nämlich bedingen, daß gerade die Erbschafts- und Schenkungssteuer so sehr verschärft wird, daß die Akkumulation des Kapitals in Einzelhänden aufhört.

Wie wenig wirtschaftspolitisch man gedacht hat, sieht man an der Staffelung der Zigarettensteuer. Diese, wir wollen uns nur auf ein Beispiel beschränken, zeigt 11 Abstufungen der Sätze, die bei einer Grenze von 140 M. für 1000 Stück anfoben und zwar dann, wenn der Preis von 25 Pf. für die Zigarette überschritten wird. Die geringste Steuer ist 10 M. für 1000 Stück. Nachdem Zigaretten zum Preise von weniger als 40 Pf. so gut wie ganz vom Markte verschwunden sind, ist es nicht einzusehen, warum die Progression schon bei 25 Pf. Halt macht. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Leute, die die höheren Preise für Luxuswaren zahlen, auch noch vor höheren Steuersätzen nicht zurückschrecken. Diese Tatsache könnte man sich doch dadurch zunutze machen, daß man die Zigarettensteuer in schärfster Weise noch über die bisherige Grenze hinausstaffelt und dadurch bewirkt, daß die Tabakfabriken ein Interesse daran bekommen, Qualitätsware zu einem Preise herzustellen, der nicht von den höchsten Steuersätzen betroffen wird. Durch das Aufhören der Progression wird den Tabakfabriken jedes Interesse daran genommen, gute Massenware zu billigen Preisen herzustellen.

Aehnlich steht es um die Sätze für die Vergnügungssteuer. Statt einer progressiven Staffelung der Kartensteuer bis auf 2,30 M. für eine Karte zum Preise von 9,50 bis 10 M. bleibt man auf einem Satz von 40 Proz. stehen. Wenn nun die Karten, die für das arbeitende Publikum in Frage kommen, steigend mit 8 Proz. (bei einem Eintrittspreis von 25 Pfg.) bis 23 Proz. (bei einem Preise von 10 M.) belastet werden können, ist es unerfindlich, daß man mit dem Snob, der für gewisse Vergnügungen Unsummen hinauswirft, so schonend umgeht. Auch hier könnte eine scharfe Belastung der hohen und höchsten Eintrittspreise mit dem Erfolg durchgeführt werden, daß der Theaterunternehmer an billigen Eintrittspreisen interessiert bleibt.

Das Vermögenszuwachssteuergesetz sieht ausdrücklich vor, Verluste, die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 erlitten wurden, von dem besteuerungspflichtigen Vermögen in Abzug zu bringen. Das ist eine Sonderbestimmung, welche denjenigen Aktiengesellschaften und G. m. b. H. zugute kommt, die während des Krieges übermäßige Gewinne ausgeschüttet haben und nunmehr mit Verlust wirtschaften müssen. Bekanntlich haben ja die meisten Aktiengesellschaften ihre Kriegsgewinne zum besten Teile in Sicherheit gebracht, indem sie sie an die Aktionäre ausschütteten. Diese Gewinne in den Einzelhänden aber restlos zu erfassen, ist nahezu eine Unmöglichkeit, da ja eine Unsumme von Geld ins Ausland geflossen ist, und da vor allem durch die Zersplitterung der großen Gewinne die Vermögenssteuerzuwachssteuer nur noch zu geringen Steuersätzen in Frage kommt. Hier muß unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden.

Wenn sich das Gesamtkabinett mit der von Wissell vorgeschlagenen Reichsvermögensbank befreundet, so sind die Voraussetzungen für eine solche Erfassung übermäßig ausgeschütteter Gewinne ohne weiteres gegeben. Man brauchte nur den Gesellschaften vorzurechnen, welche Gewinne sie während des Krieges über den Prozentsatz hinaus zur Ausschüttung gebracht haben, der dem Durchschnitt der letzten sieben Friedensjahre entspricht, und könnte die Gesellschaften abgabepflichtig machen in der Weise, daß sie dem Staat angemessene Kapitalanteile an ihren Unternehmungen gewähren. In gleicher Weise wären natürlich die durch Bonus und Ausgabe von Gratisaktien verteilten Uebergewinne zu errechnen und zu erfassen. Wir fordern deshalb, daß das Kabinett zu dem Wirtschaftsprogramm Wissells eindeutige Stellung nimmt.

Ganz besonders trifft das aber auf eine Frage zu, die bisher in der Erörterung der Wissellschen Denkschrift eine sehr geringe Rolle gespielt hat, auf die Frage der Gesundung der Steuermoral. Diese muß mit allen Mitteln angestrebt werden. Wohin wir aber mit den heutigen Mitteln der Steuererfassung bei dem Milliardenbedarf des Reiches kommen wollen, ist nicht erfindlich, wenn die Erfolge der Steuerpolitik dieselben bleiben wie bisher. Wissel hat gefordert, daß das Reich das Recht haben soll, Vermögensobjekte gegen Erstattung desjenigen Wertes zu enteignen, den der Einschätzer angibt. Würde z. B. irgend eine Gesellschaft den Wert eines Kohlenfeldes auf 500 000 M. beziffern, das das Reich nach Sachverständigenschätzung ohne weiteres auf 3 Millionen schätzt, so wäre die Gesellschaft verpflichtet, das Kohlenfeld dem Reich für diese 500 000 M. abzugeben. Nicht angegebene Wertpapiere, die leicht festzustellen sind, verfallen ohne Entschädigung dem Reich. In ähnlicher Weise könnte mit einer ganzen Reihe von Vermögensobjekten verfahren werden, die der Gefahr ausgesetzt sind, aus Furcht vor großer Steuer unterbewertet oder verschwiegen zu werden. Natürlich würde die Durchführung dieser Forderung einen besonderen Aufwand von Sachverständigenkräften erfordern. Es besteht aber kein Zweifel, daß eine solche Art von Vermögenserfassung der heutigen Steuerunmoral einen starken Riegel vorschiebt. Dieser Gesichtspunkt gehört unter allen Umständen in die Reichsvermögenssteuer, ebenso wie die Frage der Reichsvermögensbank gelöst werden muß.

Hoffentlich tragen die Beratungen in der Nationalversammlung und eine energische positive Kritik der Sozialdemokratischen Partei dazu bei, die Entwürfe in sozialistischem Sinne auszugestalten, damit auch das vorliegende Stückwerk der Steuergesetzgebung dem Geist entspricht, den wir in der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung vertreten wissen wollen.

Folgen des Streiks.

Gen. Löbe veröffentlicht in der „Volkswacht" einen Aufsatz mit der Ueberschrift: Besinnt Euch, in dem er sich an die Arbeiter wendet, und sagt:

In diesem Augenblicke höchster Not, wo jede Nichterfüllung des Vertrages uns die Gefahr neuer Einmärsche und Vergewaltigungen auf den Hals hetzt, in diesem Augenblicke, der uns alle wie Kletten aneinanderhängen sehen müßte, gibt es Leute, die Euch einreden, mit dem Generalstreik sei Eure Lage zu bessern. Generalstreik und Revolution könnten jetzt eine Linderung der Not bringen. Fragt die Bergarbeiter des besetzten Saarreviers, ob der immer noch allmächtige Feind darauf Rücksicht nimmt! Er schlug die Arbeiterbewegung einfach mit Waffengewalt nieder.

Ueber die Berechtigung Eurer wirtschaftlichen Forderungen gibt es in einem Arbeiterblatt keinen Streit.

Aber wer kann glauben, daß diese Verhältnisse durch einen Generalstreik anders werden könnten? Wer kann glauben, daß die Waren billiger oder daß ihrer mehr werden könnten, wenn Zehntausende von Arbeitern jetzt feiern?

Muß das nicht unsere Lage zur Verzweiflung treiben? Wenn die Kohlen nicht hinauskommen, um unser reifendes Getreide zu dreschen, wenn die Tuch- und Leinenfabriken wegen Brennstoffmangels nicht arbeiten können, muß das nicht die Krise aufs höchste verschärfen?

Wenn an den Bahnhöfen Hunderte, Tausende von Reisenden herumliegen, wie ich es gestern in Liegnitz fand, hungernd, weil ihre Brotmarken, ihre Barschaft zu Ende sind, muß das nicht die Arbeitskraft, die Bereitschaft aufs empfindlichste schädigen?

Wenn heute morgen von fünf und sechs Uhr an im strömenden Regen die Mütter stundenlang vor den Vorkosthandlungen stehen, um einen Tropfen Milch für ihre Kinder zu erhalten, und auch diese Hoffnung wird zunichte, weil die notwendigsten Transporte nicht stattfinden, muß das nicht auch den zähesten Willen zusammenbrechen lassen, der all das Furchtbare der letzten Jahre getragen?

Nein, aus der Not unserer Tage kann uns nur retten, wenn wir rasch mit dem Ausland unsere eigenen Waren tauschen, die Produkte unserer Arbeit. Anders kommen wir nicht vorwärts, anders stürzen wir in den Abgrund hinab.

Norwegen hat uns für 80 Millionen Mark Heringe mit langen Zahlungsfristen zugestanden, Holland für Hunderte von Millionen andere Lebensmittel — wir können sie nur bezahlen, wenn Deutschland arbeitet, um seine Produkte dagegen auszutauschen und so einen Abbau der Preise herbeizuführen. Dieser Abbau der Preise wird jetzt in die Wege geleitet, wie weiter unten noch zu lesen ist.

Die Generalstreiks aber müssen zu immer neuen Preistreibereien führen.

Genosse Haase von der Unabhängigen Sozialdemokratie, der in den kritischen Tagen der Friedensberatung unter den Parteiführern in Weimar mein Nachbar war, erklärte offen, seine Partei werde zwar dem Aufruf an Offiziere und Mannschaften kaum ihre Zustimmung geben können, aber dafür werden sie ihren Einfluß auf die Arbeiter aufbieten, daß sie dem Lande in dieser Situation nicht durch Generalstreiks und Putsche Schwierigkeiten bereitet.

Freilich — jetzt kommen die Tage, wo auch die andere Seite, wo Kapitalisten, Aktionäre, verzopfte Bureaukraten, alle Nutznießer kapitalistischer Vorrechte und Anhänger des Alten einsehen müssen, daß mit den bisherigen Methoden die Lasten des neuen Deutschland nicht getragen werden können.

Ohne große, tief eingreifende Einschnitte in die heutige Vermögensordnung wird man unserem Lande die Ruhe nicht wiedergeben!

Verlangt man vom Arbeiter und Angestellten, vom kleinen Beamten und Bürger die Hergabe seiner Arbeitskraft, so muß man von den Besitzenden die Hergabe seines Vermögens verlangen und durchsetzen, das allein gibt uns die Mittel, unsere Lasten zu tragen, das allein gibt uns die Fähigkeit, gemeinsam in allen Gliedern des Volkes für den Wiederaufbau tätig zu sein.

Nicht Generalstreik, sondern Dienstbarmachung aller Vermögen, aller Güter, aller Arbeitskräfte für unsere ausgesogene Volkswirtschaft — das ist es, was uns allein aus dem Elend und aus der Anarchie herausbringen kann. Einen anderen Weg gibt es nicht, darum besinnt Euch. —

Es kommt der Tag, wo die, die uns heute „Arbeiterverräter" nennen, es bitter bedauern, wenn sie den Rat verschmähen, den wir in ehrlichster Ueberzeugung geben.

Streikproklamation in Frankfurt.

Vorläufig passive Resistenz.

Frankfurt a. M., 2. Juli. Eine von über 10 000 Eisenbahnarbeitern besuchte Versammlung beschloß heute nachmittag, von morgen früh 6 Uhr ab in den Streik zu treten, der sich zunächst nur in passiver Resistenz äußern soll. Ein Vertreter der Eisenbahnbeamten, dessen Bund ein Flugblatt gegen den Streik herausgegeben hat, warnte vor Teilaktionen. Es ist deshalb ungewiß, ob die Eisenbahnbeamten sich dem Streik anschließen werden.

Milderung des Belagerungszustandes in Hamburg.

Hamburg, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) **Die Verhandlung des Senats mit dem General v. Lettow-Vorbeck führte dazu, daß für die Versammlungen der Gewerkschaften Erleichterungen eintreten.**

Festnahme von Lebensmitteldieben in Hamburg.

Hamburg, 2. Juli. Eine größere Bande von Lebensmitteldieben wurde heute nacht vom Grenz-Jäger-Bataillon 12 am Altonaer Schlachthof festgenommen. Die Bande bestand aus 50 Mann und führte eine Riesenmenge Speck, Bohnen usw. mit sich. Die Vorräte wurden beschlagnahmt, die Spitzbuben der Kriminalpolizei übergeben.

•

Altona, 2. Juli. Die Reichswehr nahm in der letzten Nacht zahlreiche Verhaftungen von Leuten, die sich widersetzten, aber nach 10 Uhr auf der Straße blieben, vor. In der Großen und Kleinen Freiheit kam es zu Schießereien, der Mob wurde aber sehr bald auseinandergetrieben.

Lebensmittelunruhen in Hörde.

Blutige Ausschreitungen.

Hörde, 2. Juli. Heute vormittag wurden auf dem Wochenmarkte sämtliche Verkaufsstände gestürmt und die Ware teilweise zu erniedrigten Preisen verkauft, teilweise zerstört. Sicherheitswehr und Polizeimannschaft griffen ein, wobei Schüsse fielen. Es gab mehrere Schwerverwundete, bis jetzt sind sechs gezählt, und anscheinend auch Tote. Die erregte Menge wandte sich gegen die Sicherheitswehr und mißhandelte verschiedene Angehörige derselben. Die Unruhen dauern an.

Dortmund, 2. Juli. (T. U.) Zu den Ausschreitungen auf dem Wochenmarkt wegen der hohen Lebensmittelpreise werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Kurz vor 10 Uhr stürmten, von allen Seiten herankommend, Männer und Frauen die Verkaufsstände, verjagten die Verkäufer und versuchten die Lebensmittel selbst zu niedrigeren Preisen zu verkaufen. Ueberall wurden Waren auf die Erde geworfen und man trat mit den Füßen darauf herum. Ein starkes Schutzmannsaufgebot war sofort zur Stelle. Sogleich erschien auch die Sicherheitswehr, die in dichter Schützenlinie unter fortwährendem Schießen gegen die Menge vorging. In wilder Flucht stob alles auseinander. **Trotzdem schoß aber die Sicherheitswehr weiter.** Etwa 10 Personen sind schwer verletzt worden, von denen drei inzwischen gestorben sein sollen. Weiter wurde eine große Anzahl Leichtverletzter festgestellt. Die meisten Warenhäuser und Geschäfte in der Stadt wurden nach Eintritt der Unruhen geschlossen. Der Menge bemächtigte sich eine sehr erregte Stimmung gegen die Sicherheitswehr, die zu scharf vorgegangen sein soll. Mehrere Sicherheitswehrleute wurden mißhandelt. Dagegen wurde das besonnene Vorgehen der städtischen Polizei allgemein anerkannt. Der Kommandeur der Sicherheitswehr, Major Walther, wurde aus seinem Automobil gezerrt und schwer mißhandelt. Nur mit Mühe gelang es den Polizeibeamten, mit vorgehaltenen Waffen den Ueberfallenen in Sicherheit zu bringen. Das Gebäude der Sicherheitswehr war von einer erregten Menschenmenge umlagert, welche die Auslieferung der Schuldigen verlangte. Sie wurden durch Schreckschüsse aus Maschinengewehren zerstreut. Auch in den Mittagsstunden dauerten die Unruhen fort. Truppen von Kommunisten, darunter auch Uniformierte und Frauen, zogen von Geschäft zu Geschäft, zerschlugen die Schaufensterscheiben und plünderten die Warenlager. Einzelne Geschäftsläden wurden buchstäblich ausgeraubt. Gegen drei Uhr nachmittags bewegten sich aus den Arbeitervorstädten Zehntausende nach dem Hansaplatz, wo eine Demonstration gegen die hohen Lebensmittelpreise stattfinden soll. Für den Abend scheinen neue Unruhen bevorzustehen.

Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung verständigte sich am Mittwoch über die geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfs in der Vollsitzung. Für die Beratung des Entwurfes in zweiter Lesung ist nur die jetzige Woche frei, die dritte Lesung soll am 11. und 12. Juli stattfinden. Der größte Teil des Verfassungswerkes wird voraussichtlich ohne wesentliche Erörterungen nach den Ausschußbeschlüssen zur Annahme gelangen. Nach Erledigung des Verfassungsentwurfes in dritter Lesung durch das Plenum wird der Ausschuß wieder zusammentreten zur Behandlung der Fragen des Wahlgesetzes, insbesondere der Frage der Verhältniswahl, für die bereits ein Unterausschuß eingesetzt ist.

Nationalversammlung zu Weimar

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Abg. **Lohl** (D. Vp.):

Wenn ich mich mit aller Entschiedenheit für die Flagge schwarz-weiß-rot einsetze, so will ich mich damit nicht in erster Reihe gegen schwarz-rot-gold wenden, sondern gegen den Farbenwechsel an sich. Worin liegt denn überhaupt die Notwendigkeit, einen solchen Farbenwechsel vorzunehmen? Der eigentliche Grund ist in den Ausschußverhandlungen ganz unverblaßt hervorgetreten. Man könne die alten Farben nicht beibehalten, weil das die Farben des

Obrigkeitsstaates und des Imperialismus

gewesen seien. Demgegenüber sage ich: der Preußenstaat und das Deutsche Reich haben in der universalgeschichtlichen Entwicklung so unermeßlich Großes und Unvergängliches geleistet, daß demgegenüber diese leeren Schlagworte nicht ausreichen, die Notwendigkeit eines Farbenwechsels zu rechtfertigen. (Lebhafter Beifall rechts.) Von Imperialismus im Sinne eines politisch verwerflichen Systems aber ist in Deutschland überhaupt nie die Rede gewesen. (Widerspruch und Gelächter links.) Vor allem aber geht der Farbenwechsel gegen unsere nationale Würde. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Laverenz** (Dnat. Vp.):

Wir tragen nicht die Schuld, daß die Debatte so scharf geworden ist. In der schwarz-weiß-roten Flagge sehen wir das Symbol der Vaterlandsliebe und darum ist sie uns ein nationales Heiligtum, ein blanker Ehrenschild. Ihre Aufgabe wird uns das ganze Unglück unseres Volkes immer wieder lebendig machen. Wir sehen der Entscheidung mit gemischten Gefühlen und banger Sorge entgegen. Die neue Flagge bleibt so, weil sie keine Achtung und Geneigtheit im Volke findet, ein buntes Tuch. Sie ist dem heutigen Geschlecht innerlich fremd und bloß noch eine Erinnerung an eine halb vergessene Vergangenheit. Das Einigende sollen wir doch voranstellen, deshalb wollen wir das alte Banner mit der alten Tradition hochhalten. (Beifall rechts.)

Abg. **Peterson** (Dem.):

Die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion wird für die Beibehaltung der alten Farben stimmen, eine Minderheit für die neuen. Das beweist, daß man diese Frage nicht parteipolitisch behandeln soll. Für den Standpunkt der Minderheit, der sich auf die Erinnerung von 1848, auf den Wunsch, klar zu stellen, daß das deutsche Volk ein anderes geworden ist, auf ein Bekenntnis zu Groß-Deutschland gegründet, haben wir Verständnis, als Demokraten wohl auch Sympathie. Wer aber nicht anerkennt, daß wir politisch ein anderes Volk geworden sind, hat bösen Willen und den können wir nur durch Taten widerlegen.

Abg. **Cohn** (U. Soz.): Die Beibehaltung von schwarzweißrot ist eine schwere Provokation gegen die überwältigende Mehrheit des Volkes. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Für Deutschland ist nun einmal schwarzrotgold die Farbe, für die die Demokratie von jeher gekämpft hat. Wenn wir bereit sind, für die Handelsflagge eine Ausnahme zuzugestehen, weil in der Tat auf dem Weltmeer die schwarzweißrote Flagge gute Dienste geleistet hat, so tragen wir damit einem praktischen Bedürfnis Rechnung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Quidde** (Dem.): Im Auftrage der Minderheit meiner Fraktion trete ich für die Farben schwarzrotgold ein.

Damit schließt die Besprechung des Artikels 3.

Die beantragten namentlichen Abstimmungen sollen im Laufe der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr. Weiterberatung.

Schluß nach 8 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftsmitglieder!

Die zum 1. Juli angesagte Premiere des sozialen Dramas „Das Gesetz" von Paul Bader findet Donnerstag, den 3. Juli, statt. Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit und werden an der Theaterkasse umgetauscht.

Vorzugskarten, halbe Kassenpreise, im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, Zimmer 15, von 9—3 Uhr.

Der „Vorwärts" fordert zum Streikbruch auf.

Mit dieser Ueberschrift versieht die „Freiheit" in ihrer Mittwoch-Morgennummer eine ihrer täglichen publizistischen Leistungen. Weil wir der Zuschrift eines langjährigen Parteigenossen im „Vorwärts" Raum gegeben haben, der darin das Treiben gewissenloser politischer Demagogen im Eisenbahnbetrieb kennzeichnete und weil in jener Zuschrift die Regierung ersucht wird, die Arbeitslosen aufzufordern, sich zur Beschäftigung bei der Eisenbahn zu melden, damit der Betrieb wieder auf seine alte Leistungsfähigkeit gebracht werde, bezichtigt dieses Blatt einer berüchtigten Konjunkturpolitik den „Vorwärts", daß er zum Streikbruch auffordere.

Es mag der „Freiheit" und ihrem demagogischen Anhang gewiß unangenehm sein, daß es in dieser Zeit der größten wirtschaftlichen Not des Landes noch Menschen gibt, die dem Volksganzen gegenüber sich etwas Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl bewahrt haben. Solche Eigenschaften haßt die „Freiheit", weil sie sich schlecht in — unabhängige Politik ummünzen lassen.

Um das Koalitionsrecht der Beamten.

Aus Postbeamtenkreisen wird uns geschrieben:

In dem Augenblick, wo der Ukas Noskes gegen den Eisenbahnerstreik zurückgezogen worden ist, prangt an den Schwarzen Brettern der Postämter Berlins folgende Verfügung:

Ober-Postdirektion. Berlin C 2, den 27. Juni 1919.

Der Reichswehrminister hat folgenden Befehl erlassen:

Die Aufstände in Hamburg, die Wühlereien und schweren Streikausschreitungen in Berlin und anderen Orten veranlassen mich zu folgendem Befehl:

1. Aufstände sind mit allen Mitteln schnellstens niederzuschlagen, wenn nötig, unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt.

2. Bei Streiks in gemeinnützigen Betrieben, deren Fortführung für die Allgemeinheit lebensnotwendig ist, kann mit militärischen Machtmitteln der Betrieb aufrechterhalten werden.

Die Freiheit zur Arbeit ist überall zu schützen.

3. Bei Streiks auf Eisenbahnen ist die Durchführung der notwendigen Transporte nötigenfalls unter Anwendung der Waffengewalt zu erzwingen.

Ich behalte mir vor, gegen Aufständische das verschärfte Standrecht zu verhängen. gez. Noske.

Dieser Erlaß findet auch auf den Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr Anwendung. Sönksen.

Soweit mit diesen Anordnungen politische Streiter getroffen werden sollen, auch wenn sie sich unter dem Deckmantel ungerechtfertigter wirtschaftlicher Forderungen verbergen, ist nichts dagegen zu sagen.

Bei der Post besteht nun, wie jedermann, auch Herrn Postrat Sönksen, bekannt sein dürfte, für einen politischen Streik nicht die geringste Neigung. Wenn trotzdem die Postbeamtenschaft in dieser auffälligen Weise auf den Erlaß aufmerksam gemacht wird, so kann der Zweck nur sein, die Beamten und Aushelfer, die bekanntlich wegen der Ablehnung ihrer wohlbegründeten wirtschaftlichen Forderungen in begreifliche Erregung geraten sind, einzuschüchtern.

Wir glauben nicht, daß der Reichswehrminister bei der Herausgabe des Erlasses dieses Ziel im Auge hatte, wir glauben vielmehr, daß die Verantwortung für diese Auslegung lediglich den Herrn Postrat Sönksen trifft. Wenn die Anordnungen des Reichswehrministers aber auch bei rein wirtschaftlichen Kämpfen Anwendung finden sollten, so läge hier eine Vergewaltigung des Koalitionsrechtes vor, wie sie von der alten Regierung nicht schlimmer hätte vollbracht werden können.

Die Post- und Telegraphenbeamten sind sich ihrer Pflicht dem deutschen Volke gegenüber wohl bewußt. Sie wissen die Darlegungen der beteiligten Minister über die traurige Finanzlage des Reiches voll zu würdigen. Aber auch die größte Leere in der Reichskasse kann nicht darüber hinweghelfen, daß es ein gewisses Lebensminimum gibt, unter das die Löhne nicht sinken dürfen. Wenn heute ein verheirateter mittlerer oder unterer Beamter von 25 Jahren ein Gehalt von 335 M. (einschließlich Teuerungszulage) bezieht, so ist es bei den derzeitigen Preisen unmöglich, dafür die nötigen Lebensmittel zu kaufen, geschweige denn etwas für Kleidung usw. zurückzulegen. Auch die geplante Verbilligung der Lebensmittel kann daran nicht viel ändern, um so weniger, als sie zum Teil nur scheinbar ist. Man kann nicht von einer Ersparnis reden, weil das ausländische Fleisch statt 11,50 M. nur 4,50 M. kostet, wenn dafür das billigere inländische Fleisch vollkommen vom Markt verschwindet. Mit der Forderung einer Entschädigungssumme hat die Herabsetzung der Lebensmittelpreise überhaupt nichts zu tun; oder glaubt man etwa, daß der Beamte nun gleich sparen könne?

Die Angestellten der Post- und Telegraphenverwaltung werden angesichts des Abbaus der Lebensmittelpreise zweifellos auch in ihren Forderungen nachlassen; darauf verzichten können sie nicht. Weigert sich die Verwaltung nach wie vor, was notwendig ist, zu bewilligen, dann kommt der Streik, weil er kommen muß — trotz Noske und trotz Sönksen.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Berlin.

An alle Mitglieder! Die Bureauzeit wird laut Beschluß der Ortsverwaltung während des Verkehrsstreiks für die Zeit von 9—3 Uhr festgesetzt. Die Ortsverwaltung.

Angestellte der Spandauer Staatsbetriebe. Donnerstag nachmittag 4 Uhr Vollversammlung in der „Neuen Welt". Vereinigte Angestellten-Ausschüsse.

Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie Charlottenburg. Versammlung am Freitag, den 4. Juli, abends 7 Uhr, bei Korbanski, Kaiser-Friedrich-Str. 13, Ecke Grünstraße. Referentin: Genossin Wally Zeppler.

Die für heute nachmittag 6 Uhr festgesetzte **Versammlung der deutschen Flüchtlinge aus Belgien** im Lehrervereinshaus (Alexanderplatz) **findet** der Verkehrsschwierigkeiten wegen **nicht statt.**

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag: Etwas wärmer. Vielfach heiter, aber noch sehr veränderlich. Im Westen öfter wiederholte, östlich der Oder mehr vereinzelte, im allgemeinen geringe Regenfälle.

Verantwortlich für Politik Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Leipziger Str. Königstraße Moritzplatz Rosenthalerstr.

A. WERTHEIM

G. B. M. H.

Versand-Abteilung Berlin W 66 Leipziger Str.

Preiswerte Waschstoffe und Seide

Schleierstoff eingewebte schöne Streifen **8.50**

Imit. Leinen für Kostüme u. Kleider, in schönen hellen Farben ca. 80 cm breit **17.25**

Voll-Voile weiß, glatt in guter Qualität ca. 115 cm breit **22.50**

Voile Ninon in verschiedenen Farben **14.50**

Chinakrepp schwarz, für Blusen ca. 100 cm breit **33.00**

Schwarz Taffet für Röcke und Kleider ca. 90 cm breit **45.00**

Leipziger Herbst-Mustermesse

31. August bis 6. September 1919

Auskunft erteilt auch der ehrenamtliche Vertreter des Meßamts für den Handelskammerbezirk Berlin: Direktor G. Bach in Berlin, Potsdamer Straße 21, Fernspr. „Amt Lützow" 3366, und die Handelskammer in Berlin.

Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an das

Meßamt für die Mustermessen in Leipzig

Kleidet Sie Ihr Kneifer?

Zunächst muß er gerade sitzen, denn ein schiefes Augenglas wirkt immer häßlich. Dann muß er angenehm sitzen, ohne zu drücken, ohne zu rutschen, denn jede Belästigung macht nervös. Ferner muß er in der Größe zu Ihrem Gesicht passen, denn ein Mißverhältnis zeugt nie für guten Geschmack. Runde Gläser sind Mode, doch kleiden sie nicht jeden, auch sind sie nicht immer notwendig zum richtigen Sehen, aber stets sind sie schwerer als ovale. Wohl jeder legt Wert darauf, durch passende Kleidung einen guten Eindruck zu machen; auch Herren tun das. Jedoch wird das Augenglas kaum dabei berücksichtigt, obgleich es am meisten den Gesichtsausdruck beherrscht.

Damen benutzen für die Straße am besten Ruhnkes moderne Lorgnetten. Wenn aber eine Dame einen Kneifer dauernd tragen muß, so nur einen Ruhnke-Kneifer ohne Randeinfassung.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos.

Wir garantieren für passende Gläser.

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optometer z. Selbstbestimmen pass. Gläser nebst Verzeichnis.

Optiker Ruhnke

20 Geschäfte:

C. Spittelmarkt, Ecke Wallstraße
Alexanderplatz, neben Aschinger
SO. Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
W. Leipziger Str. 113, Ecke Mauerstraße
Linkstr. 1, Ecke Potsdamer Straße
Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße
Friedrichstr. 106, Ecke Ziegelstraße
N. Chausseestraße 72
Invalidenstraße 164, Ecke Brunnenstraße
NW. Friedrichstr. 150, Ecke Dorotheenstraße
Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr. gegenüber der Kaiser-Eiche
Wilmersdorf: Berliner Str. 122a, an der Uhlandstraße
S. Kottbuser Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf
Spandau: Breite Straße 18
Neu!
SW. Belle-Alliance-Straße 4, am Halleschen Tor
N. Schönhauser Allee 81, Hochbahnstation Nordring
Neukölln: Bergstraße 4, gegenüber Richardstraße
Charlottenburg: Tauentzienstraße 13, Ecke Marburger Straße.
Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo.